

pdf-Datei **FREIGEGERBEN**

Man soll die Welt
nicht belachen,
nicht beweinen,
sondern begreifen.

Baruch de Spinoza



Inhaltsverzeichnis

8	Schuldenfreie Nachfrageschaffung durch eine echte demokratische Geldmarktpolitik	493
8.1	Die ökonomischen Funktionen und der Missbrauch von Geld und Zins	495
8.1a	Das Zinsproblem als ein Problem der menschlichen Natur	496
8.1b	Die legale Praxis des Finanzsystems zur Ausbeutung der Bürger	501
8.2	Eine Krisenerklärung in der Manier der „klassischen“ neoliberalen Theorie	512
8.2a	Die Spitzfindigkeiten zur Erklärung der Wirtschaftskrise 2008	513
8.2b	Die Schulden und das angebliche „Leben über die Verhältnisse“	519
8.3	Das Versagen der monetaristisch vervollständigten neoliberalen Theorie	525
8.3a	Es hätte sehr lustig sein können, wenn es nicht so traurig wäre	526
8.3b	Die „Quantitätsformel“ und das tatsächliche Niveau der Preise	530
8.3c	Die angebliche „Neutralität“ des Geldes und die empirischen Tatsachen	536

8.4	Kreislauftheoretisch argumentierte Wirkungsweisen und Folgen des Geldes	549
8.4a	Zyklustypische Preisbewegungen kreislauftheoretisch erklärt	550
8.4b	Die angebliche „zurückgestaute“ Inflation aus dem Buchgeld bzw. der Quantitativen Lockerung (QE)	553
8.5	Das private Geld als Problem und das demokratische als die Lösung	562
8.5a	Das Geld „aus dem Nichts“ und die Möglichkeit die Geldmenge zu regeln	569
8.5b	Geldschöpfung und Geldmengenregelungen vom und für das Volk	580

8 Schuldenfreie Nachfrageschaffung durch eine echte demokratische Geldmarktpolitik

Gib mir die Kontrolle über das Geld einer Nation, und es interessiert mich nicht mehr, wer dessen Gesetze macht.

Meyer A. Rothschild

Ich bin [einige Jahre nach der Unterzeichnung des Federal Reserve Act] ein höchst unglücklicher Mann. Unwissentlich habe ich mein Land ruiniert. Eine große Industrienation wird kontrolliert von ihrem Kreditsystem. Das Wachstum der Nation und alle unsere Aktivitäten befinden sich in den Händen einiger weniger Menschen. Wir haben uns zu einer der am schlechtesten geführten, am meisten überwachten und beherrschten Regierungen der zivilisierten Welt entwickelt. Sie steht unter der Meinung und Herrschaft einer kleinen Gruppe.

Woodrow Wilson

Ich sehe in naher Zukunft eine Krise heraufziehen. In Friedenszeiten schlägt die Geldmacht Beute aus der Nation und in Zeiten der Feindseligkeiten konspiriert sie gegen sie. Sie ist despotischer als eine Monarchie, unverschämter als eine Autokratie, selbstüchtiger als eine Bürokratie. Sie verleumdet all jene als Volksfeinde, die ihre Methoden in Frage stellen und Licht auf ihre Verbrechen werfen. Eine Zeit der Korruption an höchsten Stellen wird folgen, und die Geldmacht des Landes wird danach streben, ihre Herrschaft zu verlängern, bis der Reichtum in den Händen von wenigen angehäuft und die Republik vernichtet ist.

Abraham Lincoln

Unabhängig davon, *wofür* und *wie* man das Geld ausgibt, muss man es zunächst einmal haben. Nun, woher nimmt der Staat das Geld, um die Nachfrage zu schaffen, sei es präventiv und permanent als auch wenn die Wirtschaft in der Krise geraten ist (diskretionär)? Er kann dazu natürlich seine Einnahmen aus Steuern benutzen. Das wäre für den Fall sinnvoll, wenn die ökonomischen Akteure ihre Einkünfte bzw. das Geld nicht selbst gänzlich verbrauchen wollten. Diese wichtige Annahme der klassischen *monetären Nachfragetheorie* hat sich jedoch als nicht ganz richtig erwiesen – im Kapitel 2.3b wurde dazu mehr gesagt. Es mag zwar sein, dass es unter besonderen Umständen plötzlich zur – panikartigen – Geldhortung kommen kann, vor allem wenn die Krise schon ausgebrochen ist. Dann ist es tatsächlich sinnvoll, dass der Staat schnellstmöglich (*ad hoc*) für Nachfrage sorgt, indem er nicht verbrauchte Einkünfte als Staatsausgaben dem Markt zuführt. Solange aber die Wirtschaft normal wächst, ist die Geldhortung nicht von Bedeutung und man braucht sie nicht als Problem zu betrachten – und auch zu lösen. Dann braucht der Staat nicht mit Steuern Nachfrage zu schaffen. Das was er damit den Einkommensempfängern abnimmt, würden die Steuerzahler einfach selbst verbrauchen und das Gleichgewicht bliebe genauso erhalten. Diese nachfrageneutrale Wirkung der Besteuerung und der Staatsausgaben wird als *crowding-out* bezeichnet und diente als gewichtiges und wirksames Argument gegen die keynesianische Wirtschaftspolitik. Wie richtig es auch sein mag, solange die Wirtschaft normal wächst, so falsch ist es, wenn sie in die Krise abgestürzt ist.

In diesem Kapitel wird auch nur der *reale* Nachfragemangel berücksichtigt. Dieser entsteht wenn die Einkünfte nicht ausreichen, das ganze Angebot zu kaufen – im Kapitel 3.2 ist das ausreichend erörtert worden. Als solcher hat dieser Nachfragemangel mit Geld nichts zu tun, aber es gilt trotzdem, dass er sich mit Geld praktisch beheben lässt. Nicht aber mit dem Steuergeld, sondern mit dem neu geschaffenen Geld, das die Notenbanken „drucken“, also es sozusagen „aus dem Nichts“ schaffen und quasi von außen der Wirtschaft zuführen. Wenn Regelungen für eine solche Geldschöpfung konzipiert werden sollen, dann stellt sich die Frage, *wie viel* Geld geschaffen

werden soll und darf, und *wie* (auf welche Weise) man es der Wirtschaft zur Verfügung stellt, ohne dass die Preise stark steigen, aber so viel zusätzliche Nachfrage geschaffen wird wie nur möglich. Die Antworten auf diese Fragen suchen wir im paradigmatischen Rahmen der kreislauftheoretischen Analyse. Diese richtig zu begründen setzt gewisse Kenntnisse über das Geld im Allgemeinen und über die Funktionsweise des heutigen Finanzsystems im Besonderen voraus. Deshalb ist es sinnvoll, zuerst das Geld und das heutige Finanzsystem zu erläutern, aber nicht breiter als unbedingt nötig, also ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Es sollen im Folgenden schließlich nur die für uns wichtigen Begriffe erklärt werden.

8.1 Die ökonomischen Funktionen und der Missbrauch von Geld und Zins

Fangen wir mit der Frage an, was Schulden überhaupt sind. Der Begriff *Schuld* ist nämlich einer der wichtigsten in jedem Finanzsystem. Um diese Frage zu beantworten, bedienen wir uns eines ganz einfachen Beispiels, in dem Schulden zuerst ohne Geld gemacht werden: Person B leiht sich von Person A ein Huhn, das nun ihre Schuld ist. Nach Ablauf einer vereinbarten Frist bringt der Leihnehmer B ein Huhn zurück und aus Dankbarkeit noch 10 Eier dazu. Ein solcher Dank lässt sich sowohl ökonomisch als auch moralisch als angemessen billigen. Person A geht selbstverständlich ein Risiko ein, weil es dem Leihnehmer möglicherweise nicht gelingen könnte, seine Schuld rechtzeitig oder überhaupt zu begleichen. Außerdem hat Person A einen Nachteil davon, das Huhn auszuleihen, denn es legt in dieser Zeit bei ihr zu Hause keine Eier.

Nun dasselbe Beispiel noch einmal, diesmal mit Geld. Geld gibt es schon seit einigen Jahrtausenden und mit ihm ändert sich in unserem Beispiel etwas. Person A würde also Person B das Geld ausleihen, mit dem diese sich ein Huhn kaufen könnte. Nach Ablauf der vereinbarten Frist bekommt sie das Geld mit Zins zurück. Dafür könnte Person A sich dann ein Huhn und 10 Eier kaufen – wenn sie es wollte. Real hat sich also nichts geändert. Der Vorteil der Verschuldung mit Geld

besteht darin, dass Person B nicht wissen muss, wie man Hühner hält und züchtet. Sie kann einfach dem von ihr erlernten Beruf nachgehen und mit ihm das Geld für die Tilgung der Schulden – zuzüglich Zinsen – verdienen.

Verschuldete sich Person B in unserem Beispiel deshalb, weil sie in einem Augenblick bedürftig oder nur nicht flüssig (nicht liquid) war, aber trotzdem etwas zu Essen brauchte, lässt sich unzweifelhaft sagen, dass ein Mensch, der Geld ausleiht, etwas Gutes tut. Menschen verschulden sich aber nicht nur, wenn sie in Not sind, sondern auch, wenn sie ein Geschäft gründen oder erweitern wollen – wenn sie also beabsichtigen zu wirtschaften bzw. zu investieren. Weil sie das tun um zu verdienen, ist es durchaus gerecht, dass sie ihre Gläubiger nachher am Gewinn beteiligen – also ihnen Zinsen zahlen. Das Verleihen von Geld ist dadurch für beide Seiten nützlich. Es ist ein Spiel mit positiver Summe. Leider ist dem nicht immer so. Die Erfahrung hat der Menschheit aber schon vor sehr langer Zeit gezeigt, dass Geldleihen auch große gesamtwirtschaftliche Probleme verursachen kann.

8.1a Das Zinsproblem als ein Problem der menschlichen Natur

In unserer Zeit, wo sich die herrschende neoliberale Wirtschaftswissenschaft mit den Tatsachen nur dann auseinandersetzt, wenn sie sich gezwungen sieht, sie zu leugnen oder zu verdrehen, ist es von großem Vorteil, sich anderswo über die ökonomischen Tatsachen zu informieren, etwa sich an das zu erinnern, was Historiker zu berichten haben. Diese haben tatsächlich herausgefunden, dass bei dem Geldverleih früher oder später meistens nicht die Gläubiger die Verlierer sind, sondern die Schuldner. Geld wurde nämlich von jeher nur gegen Garantien (Hypotheken) verliehen, und wenn der Schuldner nicht imstande ist, sich zu entschulden, hat er bald alles an den Gläubiger verloren. Früher verlor er sogar seine Freiheit: Er musste sich selbst als Sklave verkaufen. Solche Fälle sind in der Geschichte immer wieder aufgetreten. Oft war die Ursache dafür ein unvorhersehbarer Umstand, der den Produktionsprozess beeinträchtigte, wie etwa eine schwache Ernte. Von den Historikern

wissen wir auch einiges mehr. Sie haben herausgefunden, dass die Herrscher in den erfolgreichen alten Zivilisationen dieser Praxis Einhalt geboten haben. Sie waren sich offensichtlich bewusst, dass die große Macht der Gläubiger für den Staat und schließlich für sie selbst höchst gefährlich war. Schon im antiken Nahen Osten haben sie deswegen immer wieder Schuldenerlasse gesetzlich angeordnet. Im *Codex Hammurabbi* (um 1750 vor Christus) wurden den Bauern die Schulden nach Überschwemmungen und Dürren erlassen. Die Herrscher der babylonischen Dynastie verkündeten bei ihrem Amtsantritt einen großangelegten Schuldenerlass für Bauern, um alle Zahlungsrückstände zu beseitigen. Verpfändeter Boden, Leibeigene und andere juristisch festgelegte Ansprüche fielen an den Schuldner zurück. Damit wurde verhindert, dass die zahlreichen Schuldner, die überwiegend am Rande der Subsistenz lebten, in eine Knechtschaft gerieten, aus der sie sich niemals mehr hätten befreien können. Man kann sich hier nicht des Eindrucks erwehren, dass schon manchen Herrscher der großen Zivilisationen klar war, dass Gesellschaften in denen nur Sklaven arbeiten nicht wirtschaftlich effizient sind und nicht lange überleben können. Heute scheint es, dass die „aufgeklärten“ und „ausgebildeten“ Machteliten des real existierenden Kapitalismus zu dumm sind das zu begreifen, auch wenn die historische Erfahrung es so deutlich macht.

Schuldner die ahnen, dass sie nicht imstande sein werden, ihre Schulden zurückzuzahlen, sind verzweifelte Menschen, die dann bereit sind, wirklich alles zu tun, um ihre Existenz zu retten. Die Geschichte ist reich auch an Beispielen dafür, wie gefährdete und hoffnungslose Schuldner gegen die herrschende Ordnung rebellierten. Die populären Volksführer sicherten sich oft ihre Gefolgschaft gerade durch versprochene Schuldenerlasse. So sind im siebten Jahrhundert vor Christus in Korinth und anderen reichen griechischen Städten erfolgreich Umstürze gelungen. Auch Solon gründete 594 vor Christus die athenische Demokratie durch ein Verbot der Schuldenknechtschaft. In einem Imperium, das mehrere Länder umfasst, ist das jedoch anders. Diese imperiale Praxis ist hier erwähnenswert, weil wir diese heute auch haben: mit dem amerikanischen Imperium auf der

globalen und mit der EU auf der kontinentalen Ebene. Ein gutes historisches Beispiel, um dies zu veranschaulichen, ist das Imperium Romanum. Die Völker am „limes“ mussten ihre Schulden immer und unbedingt zurückzahlen. So war es später im Griechenland der römischen Zeit für die Oligarchen üblich, Rom zu Hilfe zu rufen, wenn ein Herrscher vorhatte, Schulden zu erlassen – wie etwa die Könige Agis, Kleomenes und deren Nachfolger Nabis aus Sparta. Diese wurden getötet und ihre Anhänger aus der Stadt vertrieben. Im Jahr 104 vor Christus konnte der Tribun Phillipus in öffentlicher Rede unwidersprochen erklären, dass es in Rom nicht mehr als 2000 Personen gebe, welche ein Vermögen hätten, der Rest waren Sklaven und „proles“. Die ganze Kultur verkam in Dekadenz. Nur noch der Besitzer von Geld wurde geachtet. Die Historiker sprechen von der Bevölkerung in einem schwermütigen, aggressiven, zynischen, abergläubischen und überhaupt gereizten Zustand. „Geld verschafft Geltung“ – war die am weitesten verbreitete Einstellung. Dabei war das römische Reich davor gerade für seine hoch entwickelte Rechtsstaatlichkeit bekannt, aber auch davon war fast nichts geblieben. Erstaunlich ist, dass sich eine fortschreitende Sittenverderbnis mit Erbschleicherei, Erpressung und Bestechlichkeit von Richtern damals in erschreckend kurzer Zeit vollzog. Die Vetternwirtschaft verhinderte immer mehr, dass fähige Personen an entscheidende Positionen gelangen konnten. Diese wurden meist einfach gekauft. Geschichtsschreiber wie Livius, Plutarch und Diodor berichten von zahlreichen politischen Morden, die auf die Unnachgiebigkeit der Gläubiger zurückgehen, z. B. die Verschwörung des Catilina 63–62 vor Christus. Im zweiten nachchristlichen Jahrhundert befand sich bereits ein Viertel der Bevölkerung des römischen Reichs in Leibeigenschaft. Von der arbeitenden Bevölkerung war an Steuern kaum was zu holen und die Gläubiger hatten genug Macht über den Staat, ihre eigene Besteuerung zu verhindern. So konnte es den kleinen Horden von Barbaren während der Zeit der Völkerwanderung immer wieder gelingen, das von innen verfaulte Imperium zu überfallen und auszurauben. Im fünften Jahrhundert brach die römische Verwaltung aufgrund von Geldmangel

endgültig zusammen. So begann im Abendland die lange Epoche genannt „finsteres Mittelalter“, als die Menschen zur Subsistenzwirtschaft zurückkehrten.

Aus der wiederkehrenden Erfahrung heraus, dass die schleichende Verschuldung breiter Schichten der Bevölkerung irgendwann die Gesellschaft ruiniert, kommt man schnell auf eine einfache und grobe Lösung des Problems: Zinsen zu verbieten. Wo es keine Gläubiger gibt, kann es schließlich auch keine Schuldner und keinen Zins bzw. Zinseszins geben. War aber an allen Problemen nur der Zins schuld? Viele kennen die Erzählung vom *Josephsgroschen*, die berühmteste Geschichte vom *Zinseszins-Effekt*. An ihr ist aber so ziemlich alles falsch. In Wirklichkeit treten Überschuldungen meist schon ein, noch bevor die Zinsen überhaupt fällig werden. Hierfür sind meist ungünstige ökonomische Umstände verantwortlich, so dass der Zinseszins-Effekt nicht einmal zu wirken beginnt. Er wirkt nur langfristig, aber auch dann nur, wenn zugleich die Preise und damit auch die Einkünfte der Schuldner, aus denen der Zinseszins ausbezahlt wird, nicht nominal steigen. Es ist also ein Unfug, mit dem Zinseszins-Effekt die durch Verschuldung verursachten Probleme erklären zu wollen. Neben den unerwarteten ungünstigen Umständen, ist für die immer wieder massenhaft aufgetretene Überschuldung aber auch die menschliche Natur maßgeblich verantwortlich. Auch dessen waren sich diejenigen, die in der Geschichte für das Zinsverbot waren, offensichtlich bewusst, wahrscheinlich auch die Begründer der großen Religionen. Um das zu verdeutlichen braucht es eigentlich nicht vieler Worte. Der Mensch als rational beschränktes Wesen weiß nicht, was er nicht weiß. Er neigt zu oft dazu, die eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten zu überschätzen und übersieht dabei die Gefahren. So leiht er sich Geld, das er später nicht imstande ist zurückzuzahlen. Ebenso allzu menschlich ist die Gewohnheit, dass ein Schuldner in der Not dann überall nach Ursachen für den eigenen Misserfolg sucht, nur bei sich selbst nicht. Der Zins kommt ihm dann sehr gelegen, obwohl das so gut wie nie stimmt. Es kommt oft vor, dass schon längst vor der Tilgung der gefährdete Schuldner Probleme damit hat, alleine die ausgeliehene Summe zurückzuzahlen, manchmal reichte es nicht

einmal für den Zins. Dann beginnt er gern zu moralisieren, wie der Zins ein angeblich grober Verstoß gegen die Gerechtigkeit bzw. die Leistungsgerechtigkeit wäre. Der Schuldner besinnt sich in einer solchen Situation gern darauf, was er alles getan hat, um die Anleihe mit dem Zins zu erwirtschaften und welche Risiken er eingehen musste, der Gläubiger dagegen leistete nichts und trotzdem will er am Gewinn beteiligt werden. Das Mitleid mit dem Schuldner, der vom Gläubiger gepfändet und seiner ganzen Existenzgrundlage beraubt wird, hat auch die ganze Geschichte hindurch dafür gesorgt, dass der Zins immer so viel Empörung und Feindseligkeit hervorgerufen hat.

Man kann in der Tat nicht bestreiten, dass sich mit dem *Zinsverbot* eine unkontrollierte Verschuldung und Überschuldung verhindern lässt, aber mit sehr schlimmen Nebenwirkungen: Ohne Aussicht auf Zinserträge sind die meisten Menschen nicht bereit, ihr Geld jemandem auszuleihen. Mag man mit dem Zinsverbot ein Problem gelöst haben, so wird ein anderes verursacht. Die Erfahrung zeigt nämlich, dass dann ein Prozess der Kapitalakkumulation mit fortschreitender Mechanisierung der Produktionsweise unmöglich ist. In unverkennbarer Klarheit ist dies aus der Geschichte der arabischen bzw. islamischen Zivilisation ersichtlich. Nach einer Zeit der allgemeinen Blüte begann diese einst hoch fortschrittliche Kultur zuerst zu stagnieren und zerfiel bald von innen. Das Zinsverbot ist ein Musterbeispiel dafür, wie das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Anders als in den arabischen bzw. islamischen Ländern hat sich das Zinsverbot im christlichen Abendland nicht sehr lange erhalten. Das kann bestimmt nicht daran liegen, dass die Moslems Gott und seine Gesetze mehr fürchten würden als die Christen, sondern nur an verschiedenen Umständen und Möglichkeiten das Geld mit dem Geld zu verdienen. Je verlockender diese Möglichkeit ist, desto eher sind die Menschen bereit, mit den Gesetzen zu brechen und ihre Überzeugungen zu ändern. Man kann also auch hier von einer Konstante in der menschlichen Natur sprechen. Es musste damals einfach auffallen, dass ohne Geld bzw. Kredite die reale Wirtschaft ihre Möglichkeiten nicht ausschöpfen kann. Bereits im Jahr 1179 hatte der Papst den jüdischen Gemeinschaften das Recht zugestanden, Geld

gegen Zins zu verleihen. Die sonst beruflich diskriminierten Juden haben das als eine große Chance gesehen, es hat sich später aber als ihr größter Fluch erwiesen. Sie wurden ausgeliefert. Seitdem konnten sie für alles, was die Christen verbockt und vermurkst haben, zum Sündenbock gemacht werden. Was man aber den Juden einmal erlaubt hatte, darauf wollten bald auch die Christen nicht mehr verzichten. Außerdem ist im späten Mittelalter etwas Besonderes geschehen, das dafür verantwortlich ist, dass immer mehr Menschen des christlichen Abendlandes sich dazu verführen ließen, Geld gegen Zinsen auszuleihen, obwohl es verboten und strafbar war. Dieses Etwas waren die Expeditionen zur Plünderung der neu entdeckten Kontinente. Weil die christliche Kirche mit scheinheiligen Rechtfertigungen immer bereit war, alles zurückzunehmen, worauf sie bei ihrer Entstehung heilig geschworen hatte, war es für sie auch kein Problem, das Zinsverbot nicht mehr zu predigen und zu verfolgen. Sogar die Diener der Kirche selbst konnten den Versuchungen dieser Zeit, als es große Mengen Reichtum zu gewinnen gab, nicht widerstehen. Der Bedarf an Geld stieg am Anfang der Moderne aber noch aus einem anderen Grund immer weiter. Die im Kapitel 4.2a erörterte Auswanderung bzw. der von ihr verursachte Arbeitskräftemangel hatte die Nutzung von Maschinen in der Produktion rentabel gemacht und das hat einen in der ganzen Geschichte einmaligen Prozess der Kapitalakkumulation in Gang gesetzt, der einen historisch einmaligen Bedarf an Geld auslöste. In einer geschichtlich völlig neuen Lage war es zu erwarten, dass auch neue, auf Geldgeschäfte spezialisierte Institutionen entstehen. Diese nennen sich heute Banken und Börsen.

8.1b Die legale Praxis des Finanzsystems zur Ausbeutung der Bürger

Die Banken und Börsen konnten das Sparen und Investieren in völlig anderen Maßstäben organisieren, als es noch bei privaten Individualgeschäften der Fall war. Erst sie haben die Voraussetzungen für eine effiziente Akkumulation des realen Kapitals geschaffen. Das ist ihr großes historisches Verdienst für das Entstehen der industriellen Produktionsweise. Aber die steigende Bedeutung des Geldes und

damit auch seiner Macht in den industriellen Gesellschaften hat die bereits erörterten Probleme des Geldverleihs nicht kleiner gemacht, im Gegenteil. Das staatlich organisierte neue System des Geldverleihs, das die individuellen Wucherer ersetzte, konnte die Geldgeschäfte noch mit weniger persönlichem Risiko betreiben und seine Verdienste ohne Leistung immer weiter steigern. Drei Umstände sind dafür entscheidend: (1) Verwaltung ohne Verantwortung, (2) Aufhebung der Trennung von Banken und Börsen und (3) Privatisierung des Geldes bzw. der Geldschöpfung.

1: In einer wichtigen Hinsicht sind die Banken und Börsen den Aktiengesellschaften in der Realwirtschaft sehr ähnlich. Ihre Geschäftsführungen verwalten nicht eigenes Kapital bzw. Geld, sondern das Geld anderer, der Sparer – und der Notenbank –, also fremdes Geld. Bei Smith können wir nachlesen, dass „die ersten Bankinstitute Europas in der Tat Aktiengesellschaften waren“. Da sollten wir uns sofort daran erinnern, dass Smith in den Aktiengesellschaften die größte Gefahr für Wirtschaft und Gesellschaft sah, und zwar unabhängig davon ob ihr Kapital privat wäre oder nicht. Ihm war also die Floskel seiner selbsternannten Nachfolger, *privat sei immer gut und staatlich immer schlecht*, völlig fremd. Wie schon erörtert (Kapitel 6.2b), er hat seine schlechte Meinung zu Aktiengesellschaften ethisch und anthropologisch begründet. Wiederholen wir jetzt das Wichtigste davon. Bei der Trennung zwischen Kapitalverwaltung und Eigentum trägt nämlich das „Direktorium“ kein persönliches Risiko für eigene Misserfolge. Deshalb ist es nur daran interessiert, seine Macht, Einkünfte und Privilegien unbeschränkt und ohne persönliche Verantwortung zu maximieren. In der Tat hat die Erfahrung immer wieder bestätigt, dass die in komplizierte juristische Sprache gefassten Aussagen und Bestimmungen in den Vorschriften, Satzungen und Gesetzen, die die Verantwortung und leistungsgerechte Entlohnung von Vorständen in Aktiengesellschaften betreffen, nichts weiter sind als Nebel und Staub, die den Blick auf die Wirklichkeit trüben sollen, die eine völlig andere ist. Wenn die „Verantwortlichen“ in den Banken und Börsen nicht gerade goldene Löffel klauen, können sie tun und lassen was sie

wollen – so brachte es einmal der bekannte Börsenguru Kostolany einmal auf den Punkt. Ihre Macht beschränkt sich aber nicht nur auf ihre Aktionäre, sondern gibt ihnen Zugriff auf die wichtigste Kraft, die das politische System beeinflusst oder sogar steuert. In aller Deutlichkeit sieht man das daran, dass der Staat sich immer wieder gesetzlich verpflichtet, zumindest Teile des von Banken verspekulierten und veruntreuten Geldes den Sparern zu ersetzen. So sind zum Beispiel in Deutschland seit Dezember 2010 Geldanlagen bis 100.000 € pro Person zu 100% geschützt. Der den Neoliberalen so verhasste Staat soll die Verluste der Banken durch Einsparungen in den sozialen Systemen ausgleichen – wenn nötig auch mit Steuererhöhungen, natürlich nur zu Lasten der Normalverdiener. Kurz und bündig gesagt: Verluste werden sozialisiert, Gewinne privatisiert. Man hat mit Recht das heutige Finanzsystem als Kommunismus für die Reichen bezeichnet. Der einzige Unterschied ist nur darin zu sehen, dass die Macht der Banken und Börsen über die Gesellschaft nicht auf eine offene Weise zentralistisch und subordinativ verankert ist, wie es in der Planwirtschaft war, sondern sie wirkt „strukturell“, also indirekt durch Institutionen und Gesetze, die genau nach dem Wunsch des Finanzsystems konzipiert sind. So bleibt der Einfluss auf die Regierung und das Parlament vor dem Auge des Wählers gut versteckt, zum Vorteil sowohl der Banken als auch der mit ihnen kollaborierenden Politiker. So kann man sich nicht wundern, dass Smith schon zu seiner Zeit der Gedanke an öffentliche Banken nicht fremd war. Er schätzte die Tätigkeiten um das Geld gering, weil sie keine besonderen Fähigkeiten benötigen, also nur solche, die sich „auf sogenannte Routine, d. h. auf so gleichförmige Regeln zurückführen lassen“, dass sie problemlos öffentlich organisiert werden können.

2: Das Bankensystem lässt sich auf zwei unterschiedliche Weisen organisieren: Entweder werden die *Geschäftsbanken* von den *Investmentbanken* getrennt oder nicht. Um den Unterschied leichter zu verstehen, hilft es uns daran zu erinnern, was Börsen eigentlich sind. Ihr Ruf ist bekanntlich nicht besonders gut. Jene, die den Börsen nicht wohlgesonnen sind, vergleichen sie oft mit Casinos. Tatsächlich lassen sich einige Ähnlichkeiten schnell finden. Die Betreiber der Börse, die

Makler, bekommen Provisionen. Sie verdienen folglich immer, genau wie Casinobetreiber. Die meisten derjenigen, die ihr Geld zur Verfügung gestellt haben, sind dagegen Verlierer. Für sie war es ein Spiel mit negativer Summe. Zwar sind die Makler moralisch verpflichtet, das Geld gut anzulegen, aber wenn ihnen das nicht gelungen ist, tragen sie keine Verantwortung für die Verluste. Man kann sich gut denken, zu welcher Versuchung das führen kann und wie leicht dann aus niedrigsten Motiven heraus gehandelt wird. Indem geschickt Aktien verkauft oder zurückgekauft und die Gewinne buchhalterisch dort ausgewiesen werden, wo man gerade Aktien überteuert verkaufen will, steigen die Aktienkurse immer weiter. Damit kann der Makler selbst im Zusammenspiel mit ein paar Freunden als Insider dann große Gewinne machen. Die Makler sind also nicht erfolgreich, weil sie das Geld ökonomisch am effizientesten investieren, sondern weil sie das legalisierte betrügerische Aktienspiel gut beherrschen. Auf dem Papier werden die übervorteilten kleinen Aktionäre zunächst immer reicher, aber schon im nächsten Schritt sind sie Verlierer – sie werden ganz legal ausgeplündert. „Ich komme von einem Hedgefonds, und meine Zunft ist ja fast so schlimm wie der Teufel“ – so George Soros, einer der erfolgreichsten Börsenspekulanten der letzten Jahrzehnte. Er muss wohl wissen, wovon er spricht. In jüngster Vergangenheit wurde es sogar noch schlimmer, denn mittlerweile sind die Börsenmakler nicht einmal mehr verpflichtet, das Geld der Sparer für richtige (reale) Investitionen auszugeben, sondern es wird in raffiniert verschachtelte Finanz-„Produkte“ gesteckt („Derivate“), womit sich das so genannte Investieren tatsächlich kaum noch von Glücksspielen unterscheidet.

Grundsätzlich kann keiner etwas dagegen haben, wenn Menschen, die genug Geld besitzen und persönliches Risiko nicht scheuen, an der Börse spekulieren. Es darf aber nicht sein, dass die Börsen mit dem Geld spekulieren, das ihre Besitzer dafür nicht vorgesehen haben, erst recht dann nicht, wenn das auch noch hinter ihrem Rücken geschieht. Mit dem Bankentrennungsprinzip, das die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken vorsieht, sollte gerade das verhindert werden. Dieses Prinzip wurde in den Vereinigten Staaten nach dem großen

Börsenkrach an der New Yorker Börse (1929) während der Großen Depression zum Gesetz gemacht (*Glass–Steagall Act*, 1932–33). Nach ihm wurde es nur den *Investmentbanken* erlaubt, mit Wertpapieren zu handeln und risikoreiche Spekulationen abzuwickeln, die *Geschäftsbanken* durften nur Geschäfte mit Konten, Ersparnissen und Krediten für Privatpersonen und Unternehmen machen. Die Aufhebung dieser Trennung im Zuge der neoliberalen Reformen einige Jahrzehnte später wurde mit dem Versprechen durchgeführt, das Geld der Sparer besser, d. h. gewinnbringender, anzulegen. Man kehrte wieder zu den *Universalbanken* zurück, die das Geld der Sparer an der Börse „investieren“ dürfen. Das Perfide an der ganzen Sache mit der Aufhebung der Bankentrennung ist eben, dass die überwältigende Mehrheit der kleinen Sparer keine Ahnung hat, dass mit ihrem Geld an der Börse spekuliert wird. Sie gehen nichts ahnend davon aus, ihre Ersparnisse würden für Kredite an ihre Mitbürger und an die Unternehmen in ihrer Umgebung weitergegeben, tatsächlich sind ihre Ersparnisse aber Spieleinsätze an der Börse von global vagabundierenden „Finanzunternehmen“. Hier kommt die Rücksichtslosigkeit und Bosheit im heutigen Finanzsystem klar zum Vorschein.

Die Aufhebung der Bankentrennung hat also ganz legale Möglichkeiten für Missbrauch geschaffen und es kam wie es kommen musste. Wie immer wenn man die Schranken für das Ausleben niedriger menschlicher Regungen und Triebe öffnet, begann auch diesmal eine kleine, aber einflussreiche Gruppe umgehend damit, großes Unheil anzurichten. Klammheimlich wurde eine Gesetzgebung und Organisation des Finanzsystems entwickelt, die die Reste der Verantwortung der Banken und Makler für Misserfolge und Veruntreuungen praktisch beseitigte. Erwähnenswert ist dazu, dass vor nicht allzu langer Zeit zu diesem Zweck die sogenannten Ratingagenturen geschaffen wurden. Das sind spezialisierte Institutionen, welche die Banken beraten, aber geschäftlich und juristisch nicht zu ihnen gehören. Sie sind also private, gewinnorientierte Unternehmen, die gewerbsmäßig die Kreditwürdigkeit (Bonität) von Unternehmen aller Branchen sowie von

Staaten und deren untergeordneten Gebietskörperschaften bewerten. Die Banken berufen sich auf deren Studien und Prognosen, wenn sie eine Entscheidung treffen, und wenn diese sich als falsch herausstellt, waschen sie einfach ihre Hände in Unschuld. Es ist gar nicht übertrieben zu sagen, dass Ratingagenturen eigentlich Sündenablässe verkaufen. Sie selbst sind ebenfalls gegen ihre eigenen Fehler immun, denn sie können für ihre Fehleinschätzungen zu keinerlei Schadensersatz herangezogen werden, da ihre „ratings“ als bloße „Meinungen“ im Rahmen legitimer Meinungsfreiheit betrachtet werden. So ist zumindest der rechtliche Status in den westlichen Ländern, allen voran den USA, wo die wichtigsten Ratingagenturen ihren Sitz haben.

Bekanntlich kommt es gerade dann, wenn man denkt, schlimmer geht es nicht, doch noch schlimmer. Nachdem das Prinzip *Geld mit Geld zu verdienen* vom Gesetzgeber durch die Aufhebung der Bankentrennung legalisiert und von den marktradikalen Theoretikern mit dem Argument angeblich höchster ökonomischer Effizienz praktisch heiliggesprochen wurde, konnten sich die Banken nicht länger nur mit dem Geld der Sparer zufriedengeben. Es begann ein totaler und skrupelloser Zugriff auf jede Quelle, aus der das Geld fließt. Es war schnell klar, dass am meisten zu holen wäre, wenn man sich des Rentensystems bemächtigen würde. Also überredeten – sprich korrumpierten – die Banken und Makler die Politik, es sollten nicht mehr wie beim alten Umlageverfahren die Jungen unmittelbar für die Rente der Alten aufkommen. Dies würde angeblich wegen der „Überalterung“ der Gesellschaft nicht mehr funktionieren. Stattdessen sollte jeder sein ganzes Arbeitsleben lang für seinen Lebensunterhalt im Alter sparen und diese Altersrückstellungen den privaten Banken bzw. Börsen abtreten, die das Geld an der Börse wertsteigernd anlegen würden. Darüber hinaus sollten auch alle anderen, bisher staatlich organisierten Solidaritätssysteme zerschlagen werden. Kurz gesagt sollen die Bürger alles, was von ihrem Einkommen nach der täglichen Reproduktion ihrer Arbeitskraft (Existenzminimum) übrig bleibt, den professionellen Glücksspielern überlassen, die für nichts Verantwortung tragen. Dieser ungeheuerliche Raub an Renten- und

Sozialkassen wurde dann auch noch als Stärkung der individuellen Verantwortung bzw. finanziellen Sicherheit angepriesen.

Eine neue, noch nicht durchgesetzte List des privaten Finanzsystems, den Bürgern ihre Einkünfte legal zu enteignen, wäre die Abschaffung des Bargeldes. So lange es nämlich Geld in materieller Form gibt, kann der Bürger es notfalls bei sich zu Hause aufbewahren, wo die Banken keinen Zugriff darauf haben. Nun soll ein solches Geld vollständig durch Buchgeld ersetzt werden, das ausschließlich als Bits und Bytes im Datenspeicher der unerreichbaren Bankrechner aufbewahrt wird. Dann wäre das Geld aus dem Einkommen der Bürger völlig dem ungehinderten Zugriff der Banken und Börsen ausgeliefert, womit sie mit diesem Geld nicht nur spielen, sondern es auch durch „negative Zinsen“ entwerten könnten. Klarer ausgedrückt, mit negativen Zinsen würde man die Sparer völlig legal enteignen können. Mit wenig Mathematik kann man sich vergegenwärtigen, wie wirksam diese Methode praktisch ist. Bei dem Zins von minus 3% und einer gleichen Inflationsrate würde sich der wirkliche Wert der Geldeinlage in einem Jahrzehnt halbieren. Die Lebensersparnisse haben sich dem Rentner in einem Jahrzehnt halbiert im zweiten nochmal etc. Die deutschen Sparer haben schon „durch die niedrigen Zinsen etwa 700 Milliarden Euro verloren“, so Hans-Werner Sinn, der viele Jahre Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung war. Ja, das ist sehr ungerecht, aber dieser prominente Neoliberale hatte nie etwas dagegen, als die deutsche Wirtschaft diese Ersparnisse durch die Lohndumping bzw. den Nachfrageklau von ihren Nachbarn gehäuft hat. Mag sein, dass Herr Sinn und kaum jemand in Deutschland davon was hören will. Es ist aber nicht zu erwarten, dass man die deutschen Ersparnisse bei der Rettung des westlichen Kapitalismus oder nur der kollabierenden EU schonen wird, für die man sowieso weiß, dass sie das Ergebnis der rücksichtslosen deutschen Wirtschaftselite sind. Man sucht in diesem Augenblick noch fieberhaft nach vorgeschobenen Gründen und Rechtfertigungen, um zuerst das Papiergeld abzuschaffen und dann die negativen Zinsen zu legalisieren. Das vorerst wichtige Argument ist, mit dem Giralgeld würde man alle Geldflüsse kontrollieren und die Steuerhinterziehung durch Geldwäsche verhindern. Dreister geht es

wirklich nicht. Hat man zu diesem Zweck nicht schon längst legale „Steuerasen“ eingerichtet? Allerdings sind sie den globalen Spielern vorbehalten – den Superreichen und Superkapitalisten. *Quod licet Iovi, non licet bovi.*

3: Wenn Banken und Börsen das Geld, mit dem sie verfügen, von den Bürgern beziehen, ist das sozusagen der normale oder klassische Fall in ihrem Geschäft. Im Grunde ist dann das Geld nichts mehr und nichts Anderes als ein technisches Mittel, um die Einkünfte bzw. Ersparnisse einer Person in einen Kredit einer anderen Person umzuwandeln. Der Andere (Schuldner) bekommt in diesem Fall nur das, was der Eine (Sparer) ihm überlässt. Es handelt sich also nur um eine Verschiebung oder Umschichtung der bereits vorhandenen Kaufkraft zwischen den Wirtschaftsakteuren. Mit dem Kredit entsteht also kein Geld „aus dem Nichts“. Die Banken können aber das Geld für ihre Kredite auch von den Notenbanken beziehen, die dieses tatsächlich „aus dem Nichts“ schaffen. Um zu verstehen, wie und warum diese Praxis überhaupt entstanden ist, werfen wir einen Blick in die Geschichte.

In der mehrere Jahrtausende langen Geschichte des Geldes war es üblich und als selbstverständlich betrachtet, dass das Gold das „richtige“ Geld ist. Die Erfindung des Papiergelds war zweifellos ein einschneidendes zivilisatorisches Ereignis. Sie geht auf die chinesische Tang-Dynastie (618–907) zurück, während der das Papier in China erfunden wurde. Das Papiergeld hat das Problem des unvermeidbaren Verschleißes der goldenen Münzen und der Fälschung ihres Goldgehaltes weitgehend gelöst. Nach der althergebrachten Auffassung über das „richtige“ Geld, sollte das Papiergeld (und Münzen) quantitativ und nominal genau den vorhandenen Goldreserven des Staates entsprechen. Man sagt dazu *Goldstandard*. Als sich viel später die Nutzung des Papiers in Westeuropa verbreitete, kam man auf eine weitere neue Idee, wie sich das Papier in Geldgeschäften praktisch nützlich anwenden lässt. Solange das Geld aus dem Papier nur eine Abschrift der wirklichen Goldmenge (Goldstandard) geblieben ist, konnte es ein nicht harmloses uraltes Problem nicht lösen: das Risiko der Geldtransporte. Diese waren

bekanntlich schon immer sehr gefährdet, weil sie immer wieder überfallen wurden. Bei guten Beziehungen zwischen den Handelstreibenden konnte sich im Laufe der Zeit aber ein ausreichendes Vertrauen festigen, so dass man mit schriftlichen Bestätigungen manchen unnötigen Geldtransport vermeiden konnte. Daraus entwickelte sich der *Wechsel* als ein aus Papier bestehendes Zahlungsmittel. „Es ist erstaunlich, dass der Wechsel erst so spät erfunden wurde, denn es gibt auf der Welt nichts ebenso Nützliches“ – so Montesquieu. Ein Befürworter des Wechsels rief während der Diskussionen über den Napoleonischen *Code de Commerce*: „Der Wechsel ist erfunden worden. Dies Ereignis ist für die Geschichte des Handels fast so bedeutend wie die Entdeckung des Kompasses und Amerikas ... Es hat ein umfangreiches Kreditvolumen geschaffen. Seitdem sind der Expansion des Handels keine Grenzen gesetzt als die des Globus selbst“ (Hirschman 1980: 84). Der Wechsel ist normalerweise kein dermaßen universales Zahlungsmittel wie Geld, aber dem Goldstandardprinzip folgend sollte er genauso mit Gold gedeckt sein. Andernfalls wäre er „aus dem Nichts“ geschaffenes Geld. Es hat sich aber als großes Problem erwiesen die Banken davon abzuhalten, mehr Wechsel herauszugeben als sie Gold besaßen, also sie daran zu hindern, durch Wechsel – und ihm ähnliche Papiere – Geld zu schaffen. Genauer gesagt, die Banken konnten das Geld „aus dem Nichts“ fast nach Belieben schaffen. Das käme tatsächlich einer legalen Geldfälschung sehr nahe. Deshalb wurde eine der Banken offiziell ermächtigt, dies alleine tun zu dürfen und dadurch für Ordnung in den Geldgeschäften zu sorgen: die sogenannte *Notenbank*. Die Notenbanken der Länder sind heute die einzigen, die die staatlichen Goldreserven besitzen bzw. verwalten. Sie allein bestimmen, wie viel Geld es im Umlauf geben soll und natürlich auch die Zinsen für das Geld, das sich die Privatbanken von ihnen leihen können.

Die ältesten Notenbanken der Welt, die Schwedische Reichsbank – die werden wir noch einmal erwähnen – und die Bank von England, sind als private Bankenkonzerne gegründet worden. Sie bekamen staatliche Privilegien dafür, dass sie den Staat mit selbst geschaffenenem

Geld finanzierten, also mit Geld „aus dem Nichts“, das jeder annehmen musste, weil es der Staat zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt hatte. Die Bank von England wurde erst im 20. Jahrhundert verstaatlicht. Die US-Notenbank Federal Reserve wurde 1913 auf Initiative der Rockefeller-Stiftung und der großen Banken gegründet. Auch heute noch wird sie von verschiedenen Stiftungen und Privatbanken finanziert, deren Interessenvertreter und Lobbyist sie ist – sie ist de facto privat. Wie eng die Notenbanken und private Banken immer noch verflochten sind, lässt sich schon aus der Tatsache erahnen, dass hochrangige Manager von großen privaten Geschäftsbanken früher oft Zentralbanker waren und umgekehrt. Mario Draghi, der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) hat sich zum Beispiel sein ganzes Leben lang mit dem großen Geld beschäftigt. In der Welt der global tätigen privaten Banken kletterte er auf der Karriereleiter schnell nach oben und wurde schließlich zum *Vice Chairman und Managing Director* bei der berühmten und heute ebenso berühmten Bank *Goldman Sachs International* in London. Für die Chefs der Notenbanken kann man durchaus sagen, dass sie die Ersten der Seilschaft der nationalen Machteliten sind – oder gar der übernationalen Machtelite, was weitgehend auf die FED zutrifft.

Die Notenbanken in den heutigen parlamentarischen Demokratien der Industrieländer sind in einer Hinsicht nicht privat: Sie können kein Geld schaffen, um es direkt in die Taschen der Angestellten zu stecken. Das wäre zumindest gesetzeswidrig. Die persönlichen Verdienste der Angestellten werden durch Richtlinien und Erlasse bestimmt, welche der Staat erlässt und auch überwacht. Hierin ähneln die heutigen Notenbanken stark einer staatlichen Institution. Deshalb hat es gewisse Berechtigung, sie doch nicht privat, sondern *unabhängig* zu nennen. Vom Staat völlig unabhängig sind die Notenbanken allerdings in der Entscheidung, wie viel Geld sie schöpfen bzw. verleihen und welchen Zins sie dafür verlangen. Sie können also für die privaten Banken so viel Geld schaffen wie sie wollen – wie und wann es ihnen beliebt. Deshalb ist es ebenso berechtigt zu sagen, dass unser Finanzsystem als Ganzes doch *privat* ist. Es ist tatsächlich eine große kartellähnliche Organisation mit eigener, also *privater Geldschöpfung*

und folglich *privatem Geld*. Deshalb ist es keine Übertreibung auch noch zu sagen, dass durch die „Unabhängigkeit“ der Notenbank eine kleine Gruppe privater Personen in den führenden Positionen des Finanzsektors sich das Recht auf legale Geldfälschung usurpiert hat. Damit aber nicht genug.

Man würde als selbstverständlich annehmen, dass der Staat sich das Geld von der Notenbank direkt ausleihen kann – so wie es die Banken sonst tun. Das ist jedoch den Notenbanken in den westlichen Staaten streng untersagt. Die Notenbank gibt ausschließlich den privaten Banken das Geld, diese schlagen dann einige Prozent Zins auf und geben das Geld an den Staat weiter. Sie machen also nur mit einer Umbuchung, die im Handumdrehen erledigt ist, gewaltige Verdienste. Und das ist ein großes Problem oder besser gesagt ein legalisierter Staatsraub. Über diese Praxis haben sich schon viele empört und ihre Stimme gegen sie erhoben. Auf eine Weise, der es weder an Deutlichkeit noch an Genauigkeit fehlt, hat das Wright Patman, US-Kongressabgeordneter der Demokraten von 1928–76 und Vorsitzender des Komitees für Bankwesen und Währung 1963–1975 getan: „Wenn ich mir ansehe, wie unsere Bundesregierung, die exklusiv die Befugnis hat, Geld zu schöpfen, dieses schöpft, um es dann auf den offenen Markt zu bringen, wo sie es sich ausleiht und für den Gebrauch ihres eigenen Geldes Zinsen zahlt, scheint es mir, dass das zu weit geht. Mir konnte noch niemand eine auf Logik und Vernunft basierende Rechtfertigung liefern, warum die Bundesregierung sich ihr eigenes Geld ausleihen soll. Das ist nicht nur umständlich, es ist Verschwendung. Es ist absolut unnötig. Ich glaube, eines Tages wird das Volk verlangen, das zu ändern. Ich glaube, eines Tages wird man Ihnen und mir sowie jedem anderen, der mit diesem Kongress zu tun hat, vorwerfen, durch untätiges Herumsitzen dafür gesorgt zu haben, dass so ein idiotisches System fortbestehen konnte.“

Aber das Privileg, dem Staat Geld leihen zu dürfen, bringt den privaten Banken nicht nur große Einnahmen ohne jegliche Verantwortung und Leistung, sondern auch sehr viel Macht. Sie können einer Regierung,

der Geld fehlt, beliebige Bedingungen stellen, also sie – wieder einmal ganz legal – erpressen. Sie können sie z. B. zwingen, Steuern zu senken, woraufhin bald danach noch mehr Geld im Staatshaushalt fehlt. Dann können die Banken dem Staat weiteres Geld ausleihen gegen die Bedingung, eine weitere Steuersenkung durchzuführen usw. So erreichten die Staatsschulden in wenigen Jahren ein so hohes Niveau, dass es nicht mehr möglich ist, sie aus dem realen Volkseinkommen, das zugleich auch noch zurückgeht, zurückzuzahlen. Das ist momentan der Stand in der großen Mehrheit der Länder der Welt, auch der in der EU.

Darauf wird meist entgegnet, das Monopolrecht der Banken den Staat zu finanzieren wäre gut oder gar unabdingbar, die Politik in die Schranken zu weisen, also zu verhindern dass der Staat Geld unverantwortlich ausleiht und verschwendet. „Der Staat kann mit dem Geld nicht umgehen“ – so der althergebrachte berühmte Vorwurf der Liberalen. Ein ahnungsloser und gutmütiger Mensch fragt sich dann verwundert: Können die privaten Banken bzw. ihre hohen Führungskräfte, die größtenteils Mitglieder der traditionell reichsten Familien sind, besser für das Gemeinwohl des Volkes sorgen als die vom Volk gewählten Politiker? Und darüber hinaus auch noch gegen ihre eigenen Interessen? Würden die Banken etwa bei „unverantwortlichem“ Verhalten der gewählten Volksvertreter wirklich auf eigene zinsbringende Geschäfte einfach verzichten, um übermäßige Staatsverschuldung zum Wohle der Bürger zu verhindern? Verlogener und zynischer geht es kaum. Bildlich gesprochen ist das heutige Finanzsystem mit den Notenbanken in der Tat juristisch so eingerichtet, dass man die Füchse beauftragt hat, den Hühnerstall zu bewachen.

8.2 Eine Krisenerklärung in der Manier der „klassischen“ neoliberalen Theorie

Man kann nicht oft genug daran erinnern, dass heute im ökonomischen Mainstream außer Zweifel steht – zwei Ingenieure des Zeitalters der Postkutsche und der Dampflokomotive, Walras und

Pareto, hätten es mathematisch streng nachgewiesen –, dass in einer völlig freien Marktwirtschaft eine Krise unmöglich sei. Je freier also eine Wirtschaft ist, desto stabiler müsste sie sein. Nachdem es in den drei Jahrzehnten der keynesianisch geprägten Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich keine große Krise gab, hätte es nach den neoliberalen freiheitlichen „Reformen“ erst recht keine geben dürfen – ja nicht einmal eine ernsthafte konjunkturelle Delle. Als völlig ausgeschlossen galt es vor allem, dass die Ursachen der Instabilität und der Krise im Finanzsystem liegen würden, da vom Geld und dem (absoluten oder nominalen) Preisniveau keine realen Wirkungen hervorgehen würden. Diese Auffassung gehörte zu den ältesten und hartnäckigsten allgemeinen Dogmen der Wirtschaftswissenschaft überhaupt. Sie sollte bis in alle Ewigkeit als eine richtige Erkenntnis oder Wahrheit gelten. Wer nach dem Beginn der neoliberalen Konterrevolution nur leiseste Zweifel daran äußerte, wurde mit verächtlicher Überheblichkeit und moralischer Empörung zu einem „Ewiggestrigen“ erklärt, zum Freiheits- und Kapitalismusfeind, zum bösen Kommunisten und Sozialisten, zum Spinner, Verschwörungstheoretiker o. ä. Als dann völlig unerwartet die Krise ausgebrochen ist (im Jahr 2008) und die wichtigsten Banken auf einmal pleite waren, stand diese Theorie vor einem gar nicht kleinen Problem, eine Erklärung dafür zu finden. Wir erinnern uns jetzt an ein paar Versuche, bei denen im Vorherein ausgeschlossen wurde, dass alles was geschehen ist, seine Ursache im Geld bzw. Finanzsystem haben könnte – erst recht nicht im Marktversagen, in welchem Sinne auch immer. Alle diese Versuche haben eine kennzeichnende Gemeinsamkeit. Da es in der paradigmatischen Struktur der neoliberalen Markttheorie unmöglich ist, logisch widerspruchsfrei einen Fall herzuleiten oder konstruieren, der empirisch der Krise entsprechen würde, stehen für die Erklärung der Krise bzw. ihrer Ursachen nur die im Nachhinein gebastelten Ad-hoc-Hypothesen zur Verfügung – also Spitzfindigkeiten, um es ganz einfach zu sagen.

8.2a Die Spitzfindigkeiten zur Erklärung der Wirtschaftskrise 2008

Fangen wir mit der Lage unmittelbar nach dem Platzen der „Spekulationsblase“ im Herbst 2008 an. Was damals geschehen ist, ähnelte offensichtlich nicht einer üblichen konjunkturellen Delle, sondern den Anfängen der Großen Depression von vor fast einem Jahrhundert (1929). Selbstverständlich bekamen die Machteliten Angst. In ihrer Ratlosigkeit ist ihren Auftragsschreibern nichts Besseres eingefallen, als ein Stück für die Öffentlichkeit zu inszenieren, in dem der Finanzsektor bzw. die Banken und Börsen allein für das Scheitern des neoliberalen Modells beschuldigt wurden. Als eine Ablenkung, einfach nur um Zeit zu gewinnen, war es auf einmal erlaubt, die Spekulanten an den Pranger zu stellen, da sie ohnehin nie beliebt waren und immer auch als besonders gierig und rücksichtslos gesehen wurden. Man hat implizit die „jüdische Karte“ gespielt. Die Krise 2008 wurde also kurzerhand zur Finanzkrise erklärt. Sie sei also kein Fall vom Marktversagen, da für alles, was schief gelaufen ist, allein die Banken und Börsen verantwortlich wären. Überall wurde hoch und heilig versprochen, die Schuldigen aus dem Finanzsektor würde man ausfindig machen und zur Rechenschaft ziehen. Man lebe doch in einem vorbildlichen Rechtsstaat und einer funktionierenden Demokratie. „Holt die Guillotine aus dem Keller – für die Banker“ – forderte der Finanzsprecher der britischen Liberaldemokraten in der *Daily Mail* (9. Februar 2009). Nicht ganz zu Unrecht haben die Bankiers und Börsianer schon begonnen von einer Hexenjagd zu sprechen.

Parallel dazu haben sich die vernagelten neoliberalen Hardliner fieberhaft Gedanken gemacht, wie man das Finanzsystem nachträglich doch wieder freisprechen könnte. Die Vertreter der österreichischen Schule, also der neoliberalen Meisterdenker Mises und Hayek, waren auch diesmal wieder allen anderen voraus. Wir sind von ihnen gewohnt, dass sie kein noch so abstruses und hirnrissiges Argument auslassen um zu missionieren, dass vom „freien Markt“ nur Gutes kommen könnte, und wenn es trotzdem Marktprobleme gibt, dann sei immer dafür nur die Dummheit und Bosheit seiner Feinde verantwortlich. Auch an der Krise 2008 durften nicht die – nach der

neoliberalen Konterrevolution – in die Freiheit entlassenen Banken und Börsen schuld sein, sondern die überhöhten Ansprüche der Arbeiterklasse und des Staates. Es würde sich im Jahre 2008 angeblich doch nicht um eine Finanzkrise handeln, so die findigen Jünger von Mises und Hayek, sondern um eine *Immobilienkrise*. Die Banken seien nicht auf einmal deshalb pleite, weil im Finanzsystem grundsätzlich etwas schief gelaufen ist, sondern allein deshalb, weil die privaten amerikanischen Häuslebauer plötzlich massenhaft zahlungsunfähig geworden wären. Die Arbeiter hätten sich in den Jahren davor leichtsinnig verschuldet, hätten prestigebehaftete Häuser auf Kredit gekauft, die sie eigentlich niemals hätten abbezahlen können. Auf den ersten Blick ist diese österreichische Umdeutung der Finanzkrise in eine Immobilienkrise dem gesunden Menschenverstand der schwäbischen Hausfrau schon einleuchtend, es stimmt an ihr trotzdem so gut wie nichts.

Fangen wir mit der Aussage von Alexander Dubček, des Protagonisten des Prager Frühlings (1968), der rückblickend auf seine revolutionäre sozialistische Vergangenheit feststellte: „Ich hatte stets nur das bescheidene Ziel vor Augen, ein anständiges Leben zu führen, einen gesicherten Arbeitsplatz zu haben und ein kleines Haus, in dem ich und meine Frau unsere Kinder großziehen konnten. Aber diesen kleinen Traum träumen fast alle, glaube ich, auch heute noch. ... Freiheit verliert ihre Bedeutung, wenn man sie aus Mangel an grundlegenden Mitteln nicht ausüben kann.“ Könnte man den amerikanischen Arbeitern im 21. Jahrhundert verübeln, wenn sie angenommen haben, sie würden sich aus der eigenen Arbeit eigene vier Wände leisten können? Was die amerikanischen Arbeiter vor der Krise 2008 konkret betrifft, kann schließlich keine Rede von Unverantwortlichkeit sein, sondern sie wurden einfach Opfer der verlogenen neoliberalen Versprechungen. Hätten ihre Einkünfte nach all den „Reformen“ doch nicht steigen sollen? Tatsächlich sind sie aber gefallen und nicht nur das. Auch immer mehr Arbeitsplätze wurden vernichtet, was nicht einmal die eifrige und dreiste Fälschung der Daten durch offizielle Stellen verbergen konnte. Dafür wie unsinnig es ist, die Finanzkrise in eine Immobilienkrise umzudeuten, spricht auch

noch die Tatsache, dass es auf unserem alten Kontinent keine signifikante Zahl überschuldeter Häuslebauer gab, die Krise jedoch nicht weniger heftig einschlug. Die europäische Realwirtschaft steckt auch nach Jahren sogar immer noch tiefer in der Krise als die amerikanische. Es ist nur dreist und unverschämt zu sagen, das würde sich schon damit erklären, dass in der heutigen globalisierten Welt „alles mit allem“ verbunden sei. Hat man vor der Krise nicht immer behauptet, die Globalisierung sei unter anderem so etwas wie ein automatisch wirkender Schutz gegen nationale bzw. regionale Probleme?

Aber sogar wenn es richtig wäre, dass die amerikanischen Arbeiter übermütig oder gar leichtsinnig nach den Krediten gegriffen haben, könnten sich die Banken trotzdem nicht auf eigene Unschuld berufen. Wenn sich jemand, obwohl nicht kreditwürdig, verschulden kann, dann müssen auch die Banken mitspielen. Die Banken hätten also die Kreditwürdigkeit ihrer Klientel nicht richtig eingeschätzt, was doch gerade ihre wichtigste Aufgabe ist. Dann hätten sie schwere fachliche Fehler gemacht. Wir ahnen schon, dass den schlaun Jüngern von Mises und Hayek auch dazu eine spitzfindige Erklärung eingefallen ist. Die privaten Banken hätten angeblich von sich aus alles richtig gemacht, wenn ihnen der Staat nicht etwas Anderes eingeredet hätte. Nach der Versprechung von Präsident Bush Jr. und seiner Regierung sollte jeder amerikanische Arbeiter nach der neoliberalen Konterrevolution den amerikanischen Traum von den eigenen vier Wänden verwirklichen können und das hätte ja nur schief gehen müssen. Demnach wären die Banken also nur leichtgläubige Opfer der „populistischen“ Versprechungen der Politik, aber dennoch nur Opfer. Man will es nicht glauben, dass es anerkannte „Experten“ und „Kapazitäten“ geben kann, die unwidersprochen und mit ernster Miene behaupten könnten, die in die völlige Freiheit entlassenen Banken und Börsen würden irgendwelchen politischen Empfehlungen des ökonomisch angeblich so inkompetenten Staates folgen.

Wie ging es nach der so genannten Finanzkrise im Jahre 2008 weiter? Um vorerst zu verhindern, dass die reale Wirtschaft durch Geldmangel

(Illiquidität) zusammenbricht, ist den Regierungen nichts Anderes übrig geblieben, als den pleite gegangenen privaten Banken zu genehmigen, sich von den Notenbanken so viel Geld zu holen, wie viel sie es für nötig hielten. Sie hätten angeblich gedroht, die Finanzierung der realen Wirtschaft einzustellen, solange man die Löcher in ihren Bilanzen nicht mit frischem Geld stopfen würde. Und sie haben sich bekanntlich praktisch über Nacht durchgesetzt. Danach hörte man überall: Die Banken seien einfach *too big to fail* gewesen. Das war die Botschaft, die von den schon längst gleichgeschalteten westlichen Medien ständig in den Schlagzeilen verbreitet wurde, um die Bankenrettung zu rechtfertigen. Die Regierungen sollten also schnell handeln, um zu verhindern, dass die Realwirtschaft zusammenbricht. So wurde zum Beispiel den Autobauern General Motors, Ford und Chrysler durch Banken mit zinsgünstigen Krediten im Umfang von 25 Milliarden Dollar geholfen. Zur Absicherung dieser Kredite wurden 7,5 Milliarden an Steuergeldern eingesetzt. Mit einer merkwürdigen Mischung aus selbstgerechter Arroganz und ätzender Heuchelei traten dann die Politiker als „Wahrer des öffentlichen Interesses“ vor die Medien, um ihre heldenhafte „Rettung der Arbeitsplätze“ auf Kosten der Allgemeinheit großmäulig zu preisen. Das schlimmste konnten sie damit tatsächlich gerade noch verhindern, nämlich den totalen Zusammenbruch der Wirtschaft, aber Arbeitsplätze wurden nicht gerettet.

Das größte Paradox der Steuersenkungen und Bankenrettungen ist, dass diese großen Geldgeschenke kaum investiert wurden. Die Brutto-Ausrüstungsinvestitionen (also ohne Berücksichtigung von Abschreibungen) in den erfolgreich „reformierten“ Wirtschaften wachsen seit Jahrzehnten kaum oder gehen sogar zurück. Es kann durchaus sein, dass das Wachstum pro Beschäftigtem heute keine zusätzlichen Investitionen bzw. reales Kapital mehr benötigt (Kapitel 4.3c). Wie dem auch sei, wegen der anhaltenden Arbeitslosigkeit blieb der Bedarf nach der Kapitalakkumulation in dieser Zeit zweifellos bestehen. Die Versprechungen der Neoliberalen, die von den reformwilligen Politikern nachgeplappert wurden, waren wieder einmal falsch – und gereichten wie immer den Reichsten zum Vorteil

und allen anderen zum Nachteil. Da drängt sich eine weitere Frage auf: Was ist nun mit dem Geld geschehen, das man den Reichsten nachgeworfen hat? Dieses konnte natürlich nicht einfach ins Nichts verschwinden und die Reichen haben es auch nicht irgendwo begraben. Sie haben Güter gekauft. Auch Luxusgüter natürlich, aber dazu sind sie schon zu lange zu reich. Sie kaufen in den letzten Jahrzehnten vor allem etwas anderes auf, was früher allen und anderen gehörte. Zuerst waren es hauptsächlich die Naturressourcen und öffentlichen Güter im Besitz des Staates, der Gemeinden und der Städte. Diese stille und legale Art von Übergriffen auf das Gemein- und Fremdeigentum war schon immer in der Geschichte für die Reichen und Mächtigen kennzeichnend, wenn dagegen die Armen die Reichen enteigneten, ging es immer jäh und gewaltsam vor sich. Es liegt in der Natur der Sache. Die Armen tun nämlich solche Dinge aus der Verzweiflung und ohne theoretische Vorbereitung, die Reichen wegen ihrer moralischen Degeneration und mit Hilfe der sich bei ihnen geistig prostituierten Experten. Nachdem die Reichen und Mächtigen in den ersten Jahrzehnten nach der neoliberalen Konterrevolution bei dem Staat und der Gemeinschaft weitgehend aufgeräumt haben, sind nun die Mittelschichten an der Reihe. Mögen diese heute äußerlich noch nach ihrem alten Standard und Lebensstil leben, so verbrauchen sie damit ihre früheren Reserven und verkaufen die noch übriggebliebenen produktiven Ressourcen. Im Volksmund sagt man dazu: Familiensilber verscherbeln. Deshalb rebellieren die Mittelschichten gegen den Kapitalismus nicht – noch nicht. Bei den unteren Schichten ist das in der Form anders aber im Grunde geschieht das Gleiche. Das Leben junger Arbeitsloser und Geringverdiener auf dem Niveau, das in der vorigen Generation üblich war, wird immer mehr aus den Altersrenten und Erbschaften ihrer Eltern und Großeltern finanziert. In der Sache selbst liegt es, dass dies nicht unendlich so weitergehen kann. Hier taucht die Erinnerung an die oben erwähnten 2000 Reichsten im alten Rom auf, also an die Zeit, in der der unaufhaltsame Niedergang des Imperiums begonnen hat.

Das ist der Stand des real existierenden Kapitalismus ein Jahrzehnt nach der Krise 2008. In der realen Wirtschaft läuft also nichts mehr

richtig, obwohl der als krisenauslösend angesehene Finanzmarkt inzwischen als stabilisiert gilt. Diese Entwicklung spricht zugleich klar dafür, dass das Geschehen im Jahre 2008 keine reine Finanzkrise sein konnte. Was damals geschah, war in der Tat eine ganz normale – sozusagen klassische – Krise des Kapitalismus, ein Marktversagen im echten Sinne des Wortes. Der früher übliche totale Zusammenbruch der Wirtschaft wurde nur durch die rechtzeitige Bankenrettung verhindert. Nach dieser Krise wurde also ganz anders als nach der früheren reagiert. Das ist ganz bestimmt einem gewissen theoretischen Fortschritt in der Wirtschaftswissenschaft zu verdanken, konkret gesprochen der *monetaristischen Theorie*. Ihr Verdienst ist es also, weshalb die Wirtschaft nach der „Finanzkrise“ nicht wie damals, nach dem Börsencrash am Schwarzen Donnerstag (24. Oktober 1929) wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrach. Wir können und wollen diesen Verdienst der monetaristischen Theorie nicht absprechen, aber wir werden ihn im Folgenden etwas anders als die Neoliberalen begründen und rechtfertigen. Daraus wird zugleich ersichtlich, warum die monetaristische „Weiterentwicklung“ oder „Vervollständigung“ der neoliberalen Theorie doch keine Wirtschaftspolitik zu bieten hat, die für mehr als eine *ad hoc* Rettung des Marktes vor dem totalen Zusammenbruch zu gebrauchen wäre. Ließe sich mit den Maßnahmen der monetaristischen Theorie die Krise seit 2008 endgültig überwinden, dann wären die Wirtschaften nach der „Stabilisierung“ des Finanzsektors zum Wachstum und zum Wohlstand zurückgekehrt, was nicht geschehen ist. Schließlich hat sich das Schlagwort „Finanzkrise“ in der Öffentlichkeit abgenutzt und die Neoliberalen mussten sich eine neue Ad-hoc-Hypothese, eine neue Spitzfindigkeit ausdenken, warum man sich doch noch ein bisschen gedulden muss, bis die guten Jahre zurückkommen. Angriff ist bekanntlich nicht selten die beste Verteidigung. So kamen sie bald darauf, die durch die Bankenrettung außer Kontrolle geratenen Staatsschulden dafür zu instrumentalisieren. Die angebliche Finanzkrise wurde allmählich zur staatsverschuldeten *Schuldenkrise* verklärt.

8.2b Die Schulden und das angebliche „Leben über die Verhältnisse“

Erinnern wir zuerst daran, wie sich die Staatsverschuldung in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. Schon lange vor der „Finanzkrise“ haben die multinationalen Konzerne und Kartelle rücksichtslos den Staat bzw. die Gesellschaft mit den Steuersenkungen ausgenommen und erpresst. Unter den Bedingungen der freien globalisierten Wirtschaft ist es für sie nämlich möglich geworden ganz legal zu wählen, im welchen Staat sie Gewinne und im welchen Verluste ausweisen, um damit ihre Besteuerung zu „optimieren“. Die Regierungen wurden gezwungen, für sie ein „unternehmensfreundlicheres Klima“ zu schaffen, durch immer weitere Subventionen, Steuersenkungen, Lohnkürzungen, Beschneidung der Arbeiterrechte, Senkung der Sozialabgaben und – bezüge usw. Durch diese Praktiken waren die westlichen Staaten noch vor der „Finanzkrise“ sogar mehr als doppelt so hoch verschuldet als drei Jahrzehnte davor, während des „Goldenen Zeitalters“ des Kapitalismus, als der Staat mit Staatsausgaben das Wachstum auf der Nachfrageseite unterstützte. Was tun? Angriff ist bekanntlich die beste Verteidigung, manchmal sogar die einzige. Nun haben die Neoliberalen mit einem schonungslosen und rücksichtslosen Angriff auf den „verschwenderischen“ Staat begonnen.

In Wahrheit geht der Staat gar nicht unverantwortlich mit dem Geld um. Man kann sich alle Staatsausgaben genau anschauen und sich davon überzeugen, dass er sich in den letzten Jahrzehnten nicht deshalb immer mehr verschuldete, weil er immer mehr verbrauchte, sondern aus anderen Gründen. Begonnen hat es mit den Steuersenkungen. Wie schon festgestellt, sind aus ihnen nicht die vollmundig versprochen Investitionen von heute, die Arbeitsplätze von morgen und die Steuereinnahmen von übermorgen geworden, und zwar aus ganz einfachen Gründen. Warum sollte jemand seine Steuersenkungen investieren, wenn er diese nach dem Drehtürprinzip dem Staat ausleihen kann und von ihm ohne Risiko und Leistung auch noch Zinsen bekommt? Die Schulden des Staates sind dann erwartungsgemäß durch die angebliche „Bankenrettung“ schlagartig

gestiegen und dann – schon ein Jahrzehnt lang – immer weiter wegen der fortwährenden Versorgung der Banken mit dem Geld „aus dem Nichts“ der Notenbanken. Das bezeichnet man als *Quantitative Lockerung*, im Folgenden mit dem Kürzel QE bezeichnet, von englisch *quantitative easing*. Über den Sinn und Zweck dieser Maßnahme werden wir noch einiges sagen, jetzt wird sie nur erwähnt, um die Ursachen der immer weiter steigenden Staatsverschuldung anzusprechen. Gerade die QE bringt den kalten Zynismus und die hämische Heuchelei der geistigen Söldner des Kapitals zum Ausdruck. Unverschämte und dreist befürworten sie *einerseits* jede Art der Steuersenkung, aber spielen *andererseits* in der Öffentlichkeit die Gutmenschen, die sich wegen der Staatsverschuldung große Sorgen über die Zukunft machen. Angeblich dürfen wir nicht „auf Kosten der zukünftigen Generationen“ und „über unsere Verhältnisse“ leben. Denken wir darüber nach.

Beginnen wir mit der Frage: Wer ist hier mit „wir“ gemeint? Das sollten nach den Apologeten der neoliberalen Lehre natürlich die Arbeiter mit ihren zu hohen Löhnen, die Rentner mit ihren hohen Renten und schlicht und ergreifend all diejenigen, die angeblich allzu üppige Sozialleistungen beziehen, sein. Also vorbildlich nach dem bekannten völkischen Sprichwort: Haltet den Dieb! Dass diese Einkünfte stagnieren oder sogar zurückgehen, auch wenn die Produktivität der Wirtschaft, zwar bei weitem nicht wie früher, aber doch ein bisschen wächst, stört das Gewissen der heutigen Ökonomeprofessoren, Wirtschaftsexperten, Nobelpreisträger, Wirtschaftsweisen, Politiker und der anderen Schreiber und „Denker“ im Solde der Reichen nicht im Geringsten. Insoweit bringt die neoliberale Suche nach den Schuldigen nichts Neues. Viel interessanter ist etwas anderes.

Ist es überhaupt möglich, auf „Kosten der Zukunft zu leben“? Ganz bestimmt: Wenn wir die Umwelt zerstören und die der Menschheit nützlichen bzw. für sie notwendigen Naturre Ressourcen völlig ausschöpfen. Aber die neoliberalen Mahner haben gerade das nie im Sinne, im Gegenteil. Für sie steht das Wachstum der Profite an erster

Stelle, koste es die Natur buchstäblich was es wolle. Wenn sie sich Sorgen über „ein Leben über unsere Verhältnisse“ machen, meinen sie, dass die Staatsschulden ein unbestreitbarer Beweis dafür seien, dass „wir“ zu viel auf Kosten der zukünftigen Generationen konsumiert haben. Denkt man nur ein wenig darüber nach, wird die Absurdität dieser Aussage schnell offensichtlich. Wie kann nämlich eine Wirtschaft oder Gesellschaft überhaupt „über ihre Verhältnisse“ leben? „Anleihen geben der Sache den Anschein, als ernähre sich die Gegenwart von der Zukunft, aber das ist ein Ding der Unmöglichkeit; niemand kann von einem Brot satt werden, das es noch gar nicht gibt“ – bemerkte der große Logiker und Mathematiker Bertrand Russell (1995: 171). Das war in der Zeit der Großen Depression vor fast einem Jahrhundert. Es fällt gleich auf, dass das neoliberale Mantra „vom Leben auf Kosten der zukünftigen Generationen“ alles andere als neu ist. Man hat hier nur nach einer längst bekannten Spitzfindigkeit aus der großen neoliberalen Mottenkiste gegriffen. Warum glaubt man, dass sich mit ihr erfolgreich hausieren gehen lässt? Auch das herauszufinden ist nicht schwer.

Man kann den ökonomischen Laien vorgaukeln, die Staatsschulden wären nichts anderes als die privaten Schulden eines Haushaltes. Wenn Eltern sich verschulden, aber ihre Schulden nicht zurückzahlen, dann müssen es ihre Kinder tun: Die Eltern haben sich also auf ihre Kosten verschuldet. Aber nur deshalb, weil das für individuelle Schulden richtig ist, muss es für die Staatsschulden nicht auch stimmen, und es stimmt tatsächlich nicht. Der bäuerliche Betrieb oder der Haushalt der „schwäbischen Hausfrau“ und der Staat sind nicht dasselbe. Wir haben es hier mit dem *pars-pro-toto* Irrtum zu tun. Zieht man die ganze Wirtschaft in Betracht, dann geschieht bei der Verschuldung zugleich etwas, was bei den privaten Personen nicht der Fall ist. Für jede in die Zukunft verschobene Schuld wird innerhalb der Volkswirtschaft gleichzeitig auch ein genau gleichwertiges Guthaben in die Zukunft verschoben. Die Staatsverschuldung auf die ganze Gesellschaft bezogen ist ein *Nullsummenspiel*. Was die Reichen durch immer weitere Steuersenkungen als Gläubiger dem Staat ausgeliehen haben, werden morgen ihre Nachfolger erben. Die Zinsen und

Zinseszinsen für sie werden von denjenigen erwirtschaftet werden müssen, die keine Guthaben beim Staat geerbt haben. In dieser Hinsicht kann man durchaus vom Leben der Erben der heutigen Reichen „auf Kosten der zukünftigen Generationen“ sprechen. Früher hätte man das einfach als Schuldenknechtschaft bezeichnet.

Erst recht lässt sich die Gegenwart von der Zukunft dann nicht ernähren, wenn sich der Staat nicht mit dem Geld der Bürger verschuldet, sondern mit dem der Notenbank. Ein solches Geld „aus dem Nichts“ ist nur eine Buchungszahl, die sich immer einfach „deleten“ lässt, womit es keine Schuld mehr gibt, die sich auf irgendwelches Guthaben beziehen würde, auf das jemand Anspruch erheben könnte. Man kann es auch so ausdrücken: Ist das Geld aus dem Nichts geschaffen, können folglich auch die Staatsschulden aus solchem Geld auch nur aus dem Nichts bestehen. Würde sich der Staat das Geld „aus dem Nichts“ direkt von der Notenbank ausleihen, stünde hinter den Staatsschulden buchstäblich Nichts. Als solche wären sie in jedem Augenblick allein eine Sache der reinen Abschreibung. Das würde dann natürlich auch für die Zinsen gelten, die der Staat heute für die Banken ohne jegliche moralische Rechtfertigung und ökonomischen Nutzen zahlen muss. Wäre der Staat nicht gezwungen, den Tribut an die privaten Banken zu zahlen, würde man an einer wichtigen Stelle verhindern, dass sich die Gegenwart tatsächlich von der Zukunft ernährt, genauer gesagt, dass sich die Banken bzw. ihre Führungskräfte durch Zins und Zinseszins aus dem Einkommen derjenigen ernähren, die materielle Werte erzeugen.

Abschließend zu unserer rein theoretischen Überlegung darüber, wie sich im Hinblick auf die Staatsschulden die Gegenwart angeblich von der Zukunft ernährt, soll noch kurz erwähnt werden, was wir aus der Geschichte darüber wissen. Die ausufernde Staatsverschuldung ist nämlich eine so alte Erscheinung wie der Staat selbst. Nun haben sich die neoliberalen Meisterdenker Mühe gegeben aus der historischen Erfahrung nachzuweisen, dass durch die Staatsverschuldung die Zukunft der Gegenwart geopfert wird. Unter anderen hat sich auch Kenneth S. Rogoff von der Harvard University der Herausforderung,

das empirisch präzise und endgültig nachzuweisen, gestellt. Er hat sich damit einen großen Ruf erworben und wurde zum „Mastermind“ der Sparpolitik (Austeritätspolitik), nachdem es ihm angeblich gelungen ist, mit empirischen Daten genau nachzuweisen, dass hohe Staatsverschuldung nachhaltig die Zukunft schädigt, indem sie das Wachstum für eine längere Zeit beeinträchtigt. Um Daten dafür zu sammeln, griff er 8 Jahrhunderte zurück in die Geschichte und erforschte die wirtschaftliche und politische Entwicklung von 66 Ländern. Aus seiner Analyse (*Growth in a Time of Debt*, 2010), für die er das leistungsfähigste Kalkulationsprogramm Excel benutzte, gelangte er zu der Schlussfolgerung, dass eine über 90% verschuldete Volkswirtschaft kaum mehr wachsen könne, und zwar für eine ziemlich lange Zeit. Diese empirisch bewiesene Argumentation wurde von vielen Regierungen mit Begeisterung aufgegriffen, um die Kürzungen der Staatsausgaben noch drastischer mit gutem Gewissen fortzuführen. Was war aber diese „bahnbrechende“ Analyse von Rogoff wert?

Peinlicher konnte es kaum kommen. Ausgerechnet ein Student ist es gewesen, der Rechenfehler in den Kalkulationen des weltberühmten Ökonomieprofessors aufdeckte. Manches spricht dafür, dass Rogoff nur deshalb der „Nobelpreis“ für Wirtschaftswissenschaft entgangen ist. Zugegeben, auch ein Professor darf mal ein Stümper sein, wenn es um die Bedienung der neuesten komplizierten Computerprogramme geht. Dass er sich jedoch die Tatsachen zurechtbiegt wie es ihm am besten passt, ist unentschuldig. Als geborener Amerikaner musste Rogoff gerade aus der amerikanischen Erfahrung wissen, dass sich Staatsschulden auch ohne irgendwelche negativen Nebenwirkungen beseitigen lassen. Zum Beispiel war der amerikanische Staat nach dem Zweiten Weltkrieg hoch verschuldet, 120% relativ zum Bruttoinlandsprodukt; in den beiden folgenden Jahrzehnten ist diese Verschuldung unter ein Fünftel zurückgegangen, ohne dass die Amerikaner in dieser Zeit enthaltsam gelebt haben, im Gegenteil. Es war bekanntlich das historisch einmalige „Goldene Zeitalter“ des Kapitalismus. Zu diesem drastischen Rückgang der Schulden haben zweifellos auch die hohen Steuern für die Reichen beigetragen, aber

ganz wesentlich auch das Geld „aus dem Nichts“. Und Rogoff? Wir können es leicht erraten. Ein braver Neoliberaler lässt sich nie von widersprechenden Tatsachen einschüchtern. Seine Rechenfehler waren Rogoff zwar auch ein bisschen peinlich, dass sie aber auf seine zentralen Forschungsergebnisse Einfluss hätten, so etwas könnte er sich nicht einmal im Traum vorstellen. Die ganze Kritik sei für ihn nichts anderes als ein „orchestrierter Angriff, vor allem von linken Bloggern und Lobbygruppen“ – ja eine „Hexenjagd“ auf ihn. Es hat einen gewissen Unterhaltungswert jetzt noch hinzuzufügen, dass Rogoff einer ist, der die oben erwähnten „negative Zinsen“ vehement verteidigt. In einer nicht allzu langen Zukunft, so seine Prophezeiung, würde man „negative Zinsen von minus 6 oder minus 5 Prozent brauchen“. Er ist hier nur konsequenter neoliberaler Dummkopf, dass die Kosten Alpha und Omega des Wachstums sind. Lassen wir das jetzt aber seine persönliche Meinung sein und fragen nicht nach, ob er die Kalkulationsprogramme endlich in den Griff bekommen hat?

Damit nicht der Eindruck entsteht, in den USA geschah nach dem Zweiten Weltkrieg ein einmaliges Wunder, ist es angebracht an Beispiele zu erinnern, die uns näher sind. Im Jahre 1945 hatten Frankreich und Deutschland eine Staatsverschuldung von etwa 200% des BIP, also zweimal mehr als es Rogoff zulassen würde. Und 1950 fiel sie in beiden Länder auf nur noch 20 bis 30% des BIP. Ist das dem Staat durch Einsparungen und Kürzungen gelungen? Das wäre unmöglich. Es war anders. Zum einen hat die Inflation die Schulden verringert und in der damaligen BRD wurden sie im Jahre 1948 durch die – von den Amerikanern geforderten und dann durchgeführten – Währungsreform einfach aus der Welt geschafft. Also buchhalterisch im vollen Sinne des Wortes. Was danach folgte, ist als „Wirtschaftswunder“ bekannt. Keynes hat solche Lösungen schon vor der Großen Depression gefordert: „Die Stimmen, die uns in einer solchen Situation sagen, dass der Ausweg in strengem Haushalten zu finden sei ... sind die Stimmen von Dummköpfen und Verrückten“ (Skidelsky: 127). Ein Mensch mit ein wenig Verstand würde aus dieser Tatsache folgern, dass sich später keiner in der EU – oder gar in der ganzen Welt – so prinzipiell und so entschieden gegen

eine restriktive staatliche Haushaltsführung (Austeritätspolitik) stellen würde wie die Deutschen. Aber gerade das Gegenteil ist bekanntlich richtig. Man kann sich sicher sein, dass Nulldefizit („schwarze Null“) für die deutschen renommierten Ökonomen nicht weniger als der Paternoster des Gläubigen ist. Sie sind dem deutschen Geist gewöhnten metaphysischen Reflex „desto schlimmer für die Tatsachen“ (Hegel) treu geblieben.

8.3 Das Versagen der monetaristisch vervollständigten neoliberalen Theorie

Die gerade erörterten neoliberalen Erklärungen des drohenden Zusammenbruchs der Banken und Börsen im Jahre 2008 kann man durchaus als Spitzfindigkeiten bezeichnen. Sie lassen sich zwar dem neoliberalen Paradigma zuordnen, da bei ihnen letztendlich an allem die Lohnbezieher, die sozial Schwachen oder der Staat schuldig sind – bzw. alle zusammen. Spitzfindigkeiten sind es trotzdem, da sie analytisch nicht direkt und zwingend aus den Grundlagen der neoliberalen Lehre, also dem Modell von Walras und Pareto, hervorgehen. Es sind dem einfachen „gesunden Menschenverstand“ einleuchtende Erzählungen („Narrative“) mit losen Ad-hoc-Hypothesen, die so gewählt werden, wie es die Tatsachen *ex post* verlangen. Wir haben bisher nur die wichtigsten solcher Erzählungen in Bezug auf die letzte Krise (2008) erörtert, es gibt aber noch viele weitere davon. Jetzt schauen wir uns an, was zu der hier erörterten Problematik die angeblich *seriöse akademische* neoliberale monetäre Theorie zu sagen hat. Bevor wir aber damit anfangen, ist es sehr angebracht etwas im Allgemeinen darüber zu sagen, wie berechtigt es ist, die Erklärungen der letzten Krise (2008) in spitzfindige und kompetente, oder laienhafte und wissenschaftliche aufzuteilen. Der Leser sollte sich eine eigene Meinung darüber bilden, was in der heutigen akademischen „Wirtschaftswissenschaft“ als kompetent und seriös gilt. Hier soll nur am Beispiel des „Nobelpreises“ für Wirtschaftswissenschaften verdeutlicht werden,

was von den „kompetenten“ und „wissenschaftlichen“ Erklärungen dieser Krise im Allgemeinen zu halten und zu erwarten ist.

8.3a Es hätte sehr lustig sein können, wenn es nicht so traurig wäre

Der schwedische Erfinder und Industrielle Alfred Nobel (1833–1896) legte in seinem Testament fest, dass mit seinem Vermögen eine Stiftung gegründet werden sollte, deren Zinsen „als Preis denen zugeteilt werden, die im verflossenen Jahr der Menschheit den größten Nutzen geleistet haben“. Das Geld sollte zu fünf gleichen Teilen auf die Gebiete Physik, Chemie, Physiologie oder Medizin, Literatur und für Friedensbemühungen verteilt werden. Von der Ökonomie war dabei also gar keine Rede, im Gegenteil. Heute sagen die Großnichten und –neffen von Nobel, dass er die Volkswirtschaftslehre richtig verabscheut habe. „Ich habe keine Ausbildung in Ökonomie und hasse sie aus tiefstem Herzen“, heißt es in einem Brief von Nobel. Woher kommt dann das Geld für den „Nobelpreis“ für Ökonomen überhaupt? Von der – oben schon erwähnten – schwedischen *Reichsbank*, also der schwedischen Notenbank. Es fällt auf, dass dieser Bank gerade dann eingefallen ist, den Preis zu stiften, nämlich seit 1969, als die Neoliberalen den Kreuzzug gegen die Keynesianer begonnen haben. Im Nachhinein stellt man auch fest, dass mit diesem Preis fast immer liberal gesinnte Ökonomen ausgezeichnet werden. Als Feigenblatt für diese offensichtliche Befangenheit des Auswahlkomitees wird hin und wieder ausnahmsweise auch ein nicht liberal gesinnter Ökonom ausgezeichnet, wie etwa Gunar Myrdal (1974). Er musste sich aber den Preis mit seinem neoliberalen Antipoden Hayek teilen. Offensichtlich durfte nicht der Eindruck entstehen, es gäbe auch wirtschaftswissenschaftliche Ansätze, die nicht neoliberal wären und zugleich als unbestritten gelten könnten. Der Preis Myrdal & Hayek sagt zugleich in größter Deutlichkeit alles über den wahren wissenschaftlichen Wert der „Nobelpreise“ in der Ökonomie aus. „Die Ökonomie ist die einzige Wissenschaft, in der sich zwei Menschen den Nobelpreis teilen können, weil ihre Theorien sich gegenseitig widerlegen“ – so Joseph Stiglitz ironisch, selber ein Nobelpreisträger.

Heute wird Stiglitz den Neukeynesianern zugeordnet, ganz anders als damals, als er den „Nobelpreis“ bekam. Ein Fall „vom Saulus zum Paulus“? Das würde man sonst für moralisch verwerflich halten, aber in der heutigen Zunft der Mainstreamökonomien darf man mit viel milderem Maßstäben messen und kann die Bekehrung von Stiglitz folglich sogar würdigen.

Wenn schon die Finanzwirtschaft den „Nobelpreis“ stiftet, wäre es zu erwarten, dass sie die Forschungen im monetären Bereich besonders gut kennt und schließlich auch richtige wissenschaftliche Errungenschaften schnell erkennen würde. Aber nicht einmal das hat sich bestätigt, im Gegenteil. Dies belegt etwa der Fall der Ökonomen Robert Merton und Myron Scholes. Für ihre „bahnbrechenden“ Arbeiten und die Entwicklung einer Methode zur Bewertung von Optionsscheinen und anderen Finanzderivaten, um Spekulationen sicher und gewinnbringend zu gestalten, haben sie den „Nobelpreis“ für Ökonomie kassiert (1997). Die Begeisterung in der Fachwelt war riesig, als hätten sie den sprichwörtlichen „Stein der Weisen“ für die Börse entdeckt. Danach gründeten die Nobelpreisträger selbst einen eigenen Hedge-Fonds („Long Term Capital Management“), der eine Anlagestrategie nach ihrer äußerst komplexen – also völlig konfuse und durchgeknallten – Methode verfolgte. Sie spekulierten genau nach ihrer eigenen Theorie und haben ganz schnell alles verloren. Schon nach einem Jahr brach der Hedge-Fonds mit seinen mehr als fünf Milliarden „wissenschaftlich“ investierten Dollar zusammen. Nebenbei bemerkt: 2005 wurde Scholes wegen Steuerhinterziehung verurteilt. Man mag es fast nicht glauben. Entweder wissen die Sponsoren des „Nobelpreises“ für die Wirtschaftswissenschaft bzw. ihr Komitee nicht was sie tun, oder sie tun etwas anderes als das, was sie öffentlich lautstark verkünden. Es ist sogar berechtigt, noch tiefere Zweifel ihnen gegenüber zu hegen. Sie haben einen Preis geschaffen, die durch den Namen mit dem guten Ruf wahren Nobelpreis unbewusst und intuitiv verbunden wird, obwohl diese Preise nicht mehr gemeinsam haben als eben den Namen. Wieder ein klarer Fall von Mimikry bei der neoliberalen Theorie.

Es kann auch nicht als ein reiner Zufall betrachtet werden, dass im Durchschnitt der Ökonom den Nobelpreis bekommt, wenn er schon fast siebzig Jahre alt ist; in keiner anderen Disziplin sind die Preisträger so alt. Der Ökonom muss sich offensichtlich erst als neoliberaler Kämpfer erwiesen haben. Nicht weniger bemerkenswert ist auch, dass die „Nobelpreisträger“ in der Ökonomie mit seltenen Ausnahmen immer aus den USA und Großbritannien stammen – aus den traditionell liberalsten Ländern. Ein Laie würde annehmen, dass diese Länder, wo an fast jeder Ecke ein Nobelpreisträger oder zumindest ein weltbekannter Ökonom wohnt, eine ökonomische Krise kaum je ausbrechen würde. Aber gerade dort, wo man drei Jahrzehnte lang nach den Weisungen und mit dem Segen dieser wirtschaftstheoretischen „Kapazitäten“ die „nötigen“ Reformen am konsequentesten durchführte, stand im Jahre 2008 auf einmal das ganze Finanzsystem am Abgrund. Nicht nur die Nobelpreisträger, die sich mit allgemeinen Prinzipien und Gesetzen nur theoretisch und abstrakt befassen, sondern auch die unzähligen Praktiker wie Wirtschaftsweisen, Kontrolleure, Analysten, Inspektoren, Steuerfahnder und Politiker, ahnten nicht einmal einen Tag davor, was geschehen würde. „Why did nobody notice it?“ soll Queen Elisabeth II gefragt haben, als sie im November 2008 die *London School of Economics* besuchte, aus der ein Viertel der Nobelpreisträger in der Wirtschaftswissenschaft stammt. Schauen wir uns nun an, was diesen ewig ahnungslosen Nobelpreisträgern und anderen Meisterdenkern hinterher (*ex post*) eingefallen ist, sich selbst und die in die Krise gestürzte „reformierte“ Marktwirtschaft zu rechtfertigen.

Den „Nobelpreis“ hat auch Milton Friedman bekommen (1976) und zwar als der Begründer des *Monetarismus*. Im Monetarismus geht es um Geld, wie der Name schon ahnen lässt und das hat schon was in sich. Zwar hat schon Keynes die Wirtschaftswissenschaft auf das Geld aufmerksam gemacht, Friedman ist aber etwas gelungen, was davor schlicht unvorstellbar war: Er hat die davor extrem reale neoliberale Theorie mit den monetären Aspekten komplettiert. Noch besser gesagt, er hat dem Geld, das davor in der Theorie nur eine mikroökonomische Bedeutung hatte, eine makroökonomische

gegeben. Galt es davor als selbstverständlich, dass sich mit dem Geld in der Volkswirtschaft nichts erklären lässt und es in der Praxis nicht auf die reale Wirtschaft wirkt, wurde nun von Friedman auch die falsche Geldpolitik für Probleme der Marktwirtschaft verantwortlich gemacht, insbesondere für alle ihre früheren periodischen Krisen. Er meinte nicht nur, ihm sei es gelungen dies zu erkennen und zu erklären, sondern er hätte auch noch die endgültige Abhilfe gegen alle zukünftigen Krisen gefunden. In seiner Rede anlässlich des 90. Geburtstags von Friedman (am 8. November 2002) hat Ben Bernanke, damals Gouverneur im Federal Reserve Board – also der amerikanischen Notenbank – auf rührende Weise alle Schuld für den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Jahre 1929–32 auf sich bzw. seine Vorgänger genommen. Friedman und Schwartz hätten angeblich in ihrer *Monetary History* endgültig nachgewiesen, so Bernanke, dass damals „die Fed die Zügel angezogen hat, um der Spekulation zu begegnen“ und damit die Katastrophe verursachte. Und dann schloss Bernanke seine Rede pathetisch mit den Worten: „Erlauben Sie mir, meine Rede zu beenden, indem ich meine Stellung als offizieller Vertreter der Federal Reserve ein wenig missbrauche. Ich möchte Milton und Anna gern sagen: Was die Große Depression angeht, habt Ihr Recht. Wir waren schuld. Es tut uns sehr leid. Aber eurentwegen werden wir es nie wieder tun.“ Das war nun zu viel der Bescheidenheit. Und es war nur wenige Jahre vor der Krise 2008, die nie mehr möglich sein sollte. Was man aber Friedman trotzdem zuerkennen muss: Er war *zum einen* derjenige, der das Geld zu einer wichtigen Variable in der „seriösen“ Wirtschaftswissenschaft machte. Das ist zweifellos eine große Leistung. Damit hat er etwa die Hälfte seines Preises tatsächlich im Sinne von Nobel verdient, die andere Hälfte müsste er allerdings Keynes zurückerstatten. *Zum anderen* hat er – wie man üblicherweise über ihn zuerst berichtet – eine neue Version der herkömmlichen Quantitätstheorie des Geldes entworfen. Im Folgenden präsentieren wir die alte Version dieser Theorie und vervollständigen sie mit dem, was Friedman daran geändert hat. Insbesondere zwei Säulen der Theorie des Geldes sind für uns wichtig, die *Quantitätsformel* und das *Neutralitätsprinzip*. Zuerst unterziehen wir diese Theorie der Kritik, um

ihr dann eine alternative monetäre Theorie auf kreislauftheoretischen Grundlagen gegenüberzustellen.

8.3b Die „Quantitätsformel“ und das tatsächliche Niveau der Preise

Fangen wir mit der Geschichte der Quantitätstheorie an. Ihr Anfang war ausdrücklich empirisch. Während der bereits erörterten Preissteigerung am Ende des Mittelalters, die durch große Mengen von Silber und Gold aus der Neuen Welt verursacht wurde, postulierte der Staatstheoretiker Jean Bodin (1529 – 1596), dass es zwischen der Geldmenge (M) und den Preisen (P) einen eindeutigen und festen Zusammenhang gibt. Wenn es mehr Gold gibt, verliert es seinen Wert in Bezug auf die Gütermenge, womit die Preise der Güter in Goldeinheiten gemessen („numéraire“) steigen. Für die Gütermenge gilt das umgekehrt. Bleibt die Goldmenge gleich und die Produktion von Gütern (Y) steigt, wird das Gold wertvoller und die Preise der Güter fallen. Mathematisch formuliert:

$$P = f(M / Y)$$

Für Bodin war Geld, also Gold, schließlich nur ein Gut wie alle anderen. Im 17. Und 18. Jahrhundert haben die empirischen Philosophen John Locke und David Hume diesen Zusammenhang mit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (V) ergänzt. Sie haben richtig festgestellt, dass das Geld ein Mittel ist, mit dem sich Käufe und Verkäufe, also Transaktionen, einfacher durchführen lassen. Führen die Menschen ihre Transaktionen schneller und öfter durch, so ihre weitere Überlegung, würde eine gleiche Geldmenge mehr Güter umsetzen können, was im Endeffekt einer größeren Geldmenge entsprechen würde. Das ist im Kern der Sinn der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (V). Diese Überlegung, angewandt auf die ganze Wirtschaft bzw. das gesamte Handelsvolumen von realen Gütern (Y), lässt sich als eine einfache Gleichung schreiben.

$$P = V \times M / Y$$

Wir können es nicht wissen, es ist aber naheliegend, dass die standhaften Empiristen (Locke, Hume) auf die Umlaufgeschwindigkeit (V) gestoßen sind, weil es ihnen als guten Beobachtern der Tatsachen nicht entgehen konnte, dass das tatsächliche Preisniveau nicht alleine mit der Geldmenge zu erklären ist. Die offensichtlichen Abweichungen sollte dann die Umlaufgeschwindigkeit, als ein zusätzlicher zweiter Faktor des Preisniveaus, abfangen. Diese Überlegung scheint sinnvoll und schlüssig zu sein, aber nur auf den ersten Blick. Je mehr man über die Umlaufgeschwindigkeit nachdenkt, desto mehr zweifelt man an ihrem Sinn. Wie schnell nämlich ein Gut verkauft wird, hängt vor allem davon ab, wie schnell es sich herstellen lässt und verbraucht wird. Ändert sich die reale Struktur der Wirtschaft, weil sich die Produktionstechniken und die Produktivität geändert haben (und mit ihnen die Kaufgewohnheiten), dann ändern sich auch die Transaktionsperioden der betreffenden Konsumgüter. Aber diese Veränderungen haben objektive (produktionstechnische) Hintergründe und Ursachen, die mit dem Geld an sich so gut wie nichts tun haben. Daraus folgt, dass sich die Umlaufgeschwindigkeit (V) nur langfristig ändert und somit nicht die Ursache der kurzfristigen Dynamik der Marktwirtschaft sein kann. (Das schließt nicht aus, dass sie sich als Folge von etwas auch relativ schnell ändern kann, aber das ist was anderes.) Die Umlaufgeschwindigkeit ist schließlich theoretisch völlig nutzlos für die Erklärung der Schwankungen, Stagnationen und Krisen. Ein weiteres theoretisches bzw. wissenschaftliches Problem der Umlaufgeschwindigkeit ist noch ernster. Sie lässt sich – wie auch immer man sie interpretiert (monetär, real, psychologisch) – nicht messen. Wozu sollte sie dann überhaupt gut sein? Es spricht manches dafür, dass nicht rein wissenschaftliche, sondern andere Beweggründe dazu beigetragen haben, warum man sich von ihr nicht schon längst verabschiedet hat. Diese Beweggründe lassen sich schon erahnen, wenn wir uns darauf besinnen, wer von der Relevanz der Umlaufgeschwindigkeit überzeugt war. Es ist zwar so, dass bei der Bewertung der wissenschaftlichen Erkenntnisse die biografischen Daten keinen Einfluss haben sollten, aber bei den Sozialwissenschaften kann man sich nicht strikt daran halten. *Zum*

einen sind sie allgemein genommen noch keine vollentwickelten Wissenschaften und *zum anderen* sind sie immer politisch voreingenommen und vertreten damit bewusst oder unbewusst Interessen bestimmter Gruppen und Klassen. Deshalb ist es manchmal doch wichtig, sich anzuschauen, was für ein Mensch jemand ist, der in der Sozialwissenschaft bzw. in der Wirtschaftswissenschaft etwas vertritt.

Um die gerade dargestellte mathematische Form der Quantitätstheorie, wir bezeichnen sie im Weiteren kurz als Quantitätsformel, hat sich insbesondere der amerikanische Ökonom und Geldtheoretiker Irving Fisher (*The Purchasing Power of Money*, 1911) verdient gemacht. Er war ein überzeugter Anhänger der neoliberalen Theorie und rücksichtsloser Verfechter der aus ihr folgenden Wirtschaftspolitik. Als solcher hat er sich zum Beispiel vor der Großen Depression leidenschaftlich dafür eingesetzt, den Arbeitern den Alkohol zu verbieten und ihnen persönliche Hygiene anzuordnen. Die nüchternen und gesünderen Arbeiter lassen sich eben besser ausbeuten. Er hat sogar ausgerechnet, dass es sich dabei etwa um 20% handeln kann. Auch sonst, als Ökonom, hat er sich seinen guten Ruf mit statistischen Untersuchungen erworben, aus denen er praktische Ratschläge ableitete, die er sogar dem damaligen marktradikalen republikanischen Präsidenten Herbert Hoover antrug. Wenige Tage vor dem Börsenkrach (1929) machte er seine berühmte Prognose, dass die „Aktienkurse, wie es scheint, ein dauerhaft hohes Niveau erreicht haben“. Was gekommen ist, war der größte Zusammenbruch des ganzen Finanzsystems in der kurzen Geschichte des Kapitalismus. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, konnte dies für Fisher nichts anderes als nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Folglich sagte er eine sehr baldige und schnelle Erholung der Wirtschaft voraus. Ein ehrliches Vertrauen in seine eigene Überzeugung kann man ihm bestimmt nicht abstreiten, da er selbst – also der eigenen Prognose folgend – danach mächtig spekulierte und über Nacht sein ganzes Vermögen verloren hat. Mit dieser pathologischen Sturheit den rebellischen Tatsachen gegenüber bleibt Fisher ein würdiger Vertreter der „Wirtschaftswissenschaft“ der

neoliberalen Prägung. Bei einer solchen Verfehlung der Realität würde ihm in den Naturwissenschaften, um sich dem Hohn und Spott seiner Kollegen zu entziehen, nichts anderes übrigbleiben, als sich durch die Hintertür hinauszuschleichen und sich nie mehr blicken zu lassen. Aber darüber brauchte sich Fisher keine Gedanken zu machen, da die neoliberale Wirtschaftswissenschaft gar keine Wissenschaft, sondern nur eine wissenschaftlich getarnte Ideologie des Kapitalismus ist, und da kann man sich einem sicher sein: Solange man auf der „richtigen“ Seite steht, gibt es keinen Verstoß gegen die Tatsachen, der den einmal erworbenen Ruf schmälern würde. Eher würde man ein solches Versagen als unglücklich verlorene Schlacht eines Guten gegen die bösen Tatsachen verkauft. Den heutigen Studenten wird Fisher jedenfalls als tiefer Denker mit vielen originellen Gedanken vorgestellt und als jemand angepriesen, der die moderne monetäre Theorie auf eine streng analytische Grundlage stellte. Das nur nebenbei. Kommen wir jetzt auf die Quantitätsformel zurück, um zu erörtern, wie sie wirklich zu den Tatsachen steht.

Heben wir zuerst hervor, dass alle drei erwähnten Vordenker der Quantitätstheorie (Bodin, Locke, Hume) keine Ökonomen waren. Als solche sind sie von jedem Verdacht frei, die Tatsachen durch die Brille irgendeiner ökonomischen Theorien betrachtet zu haben. Ihnen ist auch gemeinsam, dass sie zu ihren Lebzeiten keine voll entwickelte kapitalistische Wirtschaft beobachten konnten. Sie kannten nur eine seit Jahrhunderten stagnierende und wenig produktive feudale Produktionsweise, in der das Geld schon deshalb nicht von großer Bedeutung sein konnte, weil der Tausch von Ware gegen Ware noch weit verbreitet war. Als dann die Edelmetalle aus den neuen Kolonien sprunghaft zu fließen begonnen hatten, war die Zunahme der Geldmenge (M) in Bezug auf das vorhandene Handelsvolumen bzw. die Produktion (Y) riesengroß. Da kann es nicht verwundern, dass die Preise (P) immer weiter gestiegen sind – dass das Gold bzw. Geld immer billiger wurde. Es lassen sich auch viele andere Beispiele dafür finden, dass exzessives Gelddrucken einen starken Preisanstieg bewirkt. Den Fall hatte man auch während der großen deutschen Inflation nach dem Ersten Weltkrieg. Der Korb mit Geld, den man

damals zum Einkauf trug, war voller als bei der Rückkehr, als in ihm die gekauften Waren lagen. Man kann sich gut vorstellen, welche Unmengen von Geld damals im wahrsten Sinne des Wortes *gedruckt* wurden. Man kann weitere Beispiele für eine galoppierende Inflation hinzufügen, bei denen man jedoch immer feststellen würde, dass die Geldschöpfung zur beachtlichen Inflation nur dann führt, wenn die Geldmenge über alle Maßen stark und schnell steigt. Aber rein mathematisch betrachtet sagt das die obige Formel nicht aus. Sie postuliert einen allgemeingültigen linearen Zusammenhang zwischen dem Preisniveau (P) und der Geldmenge (M) und das bedeutet, sie müsste auch dann die Realität richtig abbilden, wenn die Änderung der Geldmenge *nicht groß* ist. Das hat sie aber niemals getan.

Im 19. Jahrhundert wuchs die Wirtschaft im Durchschnitt etwa um 2% jährlich. Zugleich hat sich die Goldproduktion erheblich vergrößert. Von geschätzten 15 Tonnen jährlich Anfang des Jahrhunderts auf etwa 160 Tonnen jährlich ab 1850. Wenn diese Zahlen nur einigermaßen stimmen, dann ist das eine Steigerung um etwa 1000%. In den Jahren 1901 bis 1910 wurden sogar 567 Tonnen jährlich produziert. Das ist eine fast vierzigfache Steigerung bezogen auf den Anfang des Jahrhunderts. In dieser Zeit entstand das *British Empire*, über dem die Sonne nie unterging. Setzen wir die Produktion von Gold ins Verhältnis zur etwa zehnfachen Steigerung der Produktion, dann hätten die Preise erheblich steigen müssen. Sie sind aber nicht gestiegen, im langfristigen Trend sind sie eher moderat gesunken. Die Erfahrung in den letzten Jahrzehnten bestätigt ebenfalls, dass ein nicht zu schneller und zu starker Anstieg der Geldmenge keine beachtenswerte Inflation verursacht. Um die lang andauernde Deflation in ihrem Land zu bekämpfen, haben die Japaner schon im Jahre 2001 mit der lockeren Geldpolitik begonnen. Nach Ausbruch der Finanzkrise taten sie das in noch größerem Umfang, die Preise ließen sich davon aber so gut wie gar nicht beeindrucken: Japan ist weiterhin am Rande der Deflation geblieben. Es kam auch zu keiner Inflation, als die amerikanische Notenbank, um den Zusammenbruch des amerikanischen Finanzsystems nach der Insolvenz der Bank Lehman Brothers (2007) zu verhindern, beachtliche Geldmengen „gedruckt“ hat. In der EU hat die

EZB lange Zeit eine vorsichtige, also dogmatisch neoliberale Geldschöpfung betrieben. Je nachdem wie man die Geldmenge misst, hat sich diese in anderthalb Jahrzehnten nur verdoppelt (M2 und M3) bzw. verdreifacht (M1). Eine große Inflation im Euroraum, vor der die „Geldexperten“ in dieser Zeit besserwisserisch wie eindringlich warnten, blieb jedoch aus. Es drohte später sogar eine Deflation, gegen die dann der Präsident der EZB, Mario Draghi, die „Geldschleusen öffnete“ (2015). Es ist die Rede von doch beachtlichen 60 Mrd. Euro pro Monat und es heißt, man würde nicht aufhören – so die ursprüngliche Ankündigung – bis die Preissteigerung den optimalen Wert von nahe 2% erreicht. Sollte sich in der EU die japanische Erfahrung wiederholen, wird auch diese „Geldschwemme“ immer noch nicht reichen, um eine Preissteigerung anzustoßen.

Wenn man so will, kann man also sagen, dass die Quantitätsformel in den extremen Situationen funktioniert, wenn auch nur ganz grob. Eigentlich so grob, dass dann die Umlaufgeschwindigkeit (V) von keinem praktischen Gebrauch sein kann, messbar ist sie dann erst recht nicht. Viel schlimmer ist es, dass sie sich auch im Bereich zwischen den Extremen nicht richtig empirisch bestimmen lässt. „Das Verhältnis zu bestimmen, in welchem das umlaufende Geld eines Landes zum Gesamtwert des durch seine Vermittlung umlaufenden Jahresertrags steht, ist vielleicht unmöglich. Von einigen ist es auf ein Fünftel, von andern auf ein Zehntel, ein Zwanzigstel, oder selbst ein Dreißigstel dieses Wertes geschätzt worden“ – so Smith damals (*Wohlstand*: 357), also vor über zwei Jahrhunderten. Daran hat sich bis heute nichts geändert, auch wenn die Experten nach draußen den Eindruck vermitteln, sie hätten große Fortschritte erzielt, was die Messungen betrifft. Wäre dem so, dann würden ihre aus der Quantitätsformel abgeleiteten Prognosen stimmen, was aber nicht im Entferntesten der Fall ist. Sie sind nicht besser als Handlesen und Sterndeuten. Entweder hat man noch keine Ahnung, wie man die Umlaufgeschwindigkeit messen kann, oder ist sie nur eine reine theoretische Fiktion. Ob nun das Eine oder das Andere zutrifft, die Quantitätstheorie des Geldes hat wissenschaftlich betrachtet völlig

versagt. Warum die Umlaufgeschwindigkeit um ihren „wissenschaftlichen“ Status trotzdem nicht bängen muss, kann man sich schnell ausdenken. Gerade weil sie eine nicht messbare Variable ist, ist sie „gut brauchbar“. Sie lässt sich als „Restvariable“ *ex post* immer so hinbiegen, dass die Quantitätsformel zu den Tatsachen gut passt. Man braucht nur spitzfindig und wortklauberisch zu sein. Hier kommt die auch sonst gut bekannte bewundernswerte „Kompetenz“ der neoliberalen Experten zum Ausdruck, *heute* exakt nachweisen zu können, warum die Prognose von *gestern* falsch war.

Zusammenfassend kann man schlussfolgern, dass die Quantitätstheorie des Geldes keine wissenschaftliche Theorie ist. Sie bringt nie empirisch richtige Ergebnisse. Ihre mathematische Formulierung dient dem gleichen Zweck, zu dem die neoliberalen Theorien auch sonst mathematisiert werden, nämlich um sich die Reputation, welche sich die Mathematik in den exakten Wissenschaften erworben hat, zu erschleichen. Hier erinnert man sich zurecht an den postmodernen Philosophen Glucksmann, als er feststellt, dass jede „moderne Dummheit von Anfang an Methode hat“, die als solche „Mittel und Zweck in einem ist. Sie ist ein Weg, der seine Bestimmung vorwegnimmt, und ein Ziel, das den Weg vorzeichnet, der zu ihm führt.“ Insofern ist die Quantitätsformel nur eine der großen Blendungen der neoliberalen mathematischen Ökonomen.

8.3c Die angebliche „Neutralität“ des Geldes und die empirischen Tatsachen

Eine der berühmtesten Formulierungen von Say, die unermüdlich wiederholt wurde, betrifft gerade das Geld: „On n’achète des produits qu’avec des produits“ oder auf Deutsch „Güter werden mit Gütern gekauft“ – also nicht mit Geld. Sie bringt deutlich zum Ausdruck, dass das Geld unwichtig ist. Das Geld macht demnach nur den Gütertausch leichter und schneller, dem Schmieröl in der Maschine ähnlich, etwas darüber hinaus soll es nicht bewirken. Diese Auffassung wurde später als „Neutralität“ des Geldes und auch als „Klassische Dichotomie“ bezeichnet. Es hat seine Berechtigung, sie „klassisch“ zu

nennen. Sie galt noch viele Jahrzehnte nach dem Entstehen der Wirtschaftswissenschaft als eine Erkenntnis, an der kaum jemand ernsthaft zweifelte. Marx etwa würdigte den „faden Say“ nicht einmal einer seriösen Kritik und ging nie über eine rein persönliche Herabsetzung und Schmähung hinaus, was aber das Geld betrifft, war er keiner anderen Meinung als er. Es gibt kein Geld in seinen „Reproduktionsschemata“. In dem unvergleichbar komplizierteren neoliberalen Modell des allgemeinen Gleichgewichts selbstverständlich auch nicht. „Wir ziehen die Einführung der Münze hier nicht in Betracht“, wurde von Walras mit geradezu peinlicher Lässigkeit verkündet. Das heißt, das Geld kein Faktor sein kann, der das Gleichgewicht und die Funktionsweise der Wirtschaft wesentlich bestimmt. Es würde weder das Niveau der (realen) Güterproduktion noch das Wachstum irgendwie beeinflussen. Schließlich gibt es in dem neoliberalen Stammmodell zwar Tauschwerte oder relative Preise (*numéraire*) aber keine nominalen (*absoluten*) Preise. Letztere sollte dann die zusätzlich herangezogene Quantitätstheorie mathematisch streng erklären. Doch kann sie das wirklich?

Betrachten wir die quantitätstheoretische Formel zuerst rein formal – sozusagen *a priori*. Sie ist an sich eine gewöhnliche mathematische Gleichung, die als solche immer nur eine Identität und eine Korrelation ausdrückt, aber nie eine kausale Richtung zwischen ihren Variablen. Sie selbst sagt nämlich nicht, ob die zusätzliche Geldmenge eine kausale Richtung hat, wie links oder rechts dargestellt:

$$\mathbf{M} \rightarrow \mathbf{P} \times (\mathbf{Y} / \mathbf{V})$$

Geldmenge bestimmt Preise

$$\mathbf{M} \rightarrow \mathbf{Y} \times (\mathbf{P} / \mathbf{V})$$

Geldmenge bestimmt Produktion

Nach der Schreibweise links ändert die Geldmenge nur die Preise bzw. das Preisniveau. Es gibt dann keine Auswirkungen auf die reale Wirtschaft. Das Geld gilt hier also als „neutral“. Rechts ist eine andere Möglichkeit dargestellt, wie sich die Quantitätsgleichung formulieren

lässt. Mathematisch ist beides gleichwertig. Wenn also die quantitätstheoretische Gleichung einen objektiv existierenden *kausalen* Zusammenhang ausdrücken sollte, müsste dieser erst nachträglich argumentiert werden. In der Wissenschaft haben das letzte Wort die Tatsachen. Schauen wir jetzt an, was sie uns sagen.

Die schon erwähnten Vordenker der Quantitätstheorie sowie verschiedene Historiker haben auch die rechts dargestellte Auswirkung des Geldes bemerkt und sie nicht geleugnet. Sogar Hume, dem die Deutung auf der linken Seite wichtiger erschien, stellt fest, dass „seit der Entdeckung der Minen in Amerika der Fleiß in allen europäischen Nationen zugenommen hat ... und dies kann neben anderen Gründen sicher der Zunahme von Gold und Silber zugeschrieben werden“. Er geht sogar noch weiter: „Entsprechend stellen wir fest, daß in jedem Königreich, in das mehr Geld fließt als zuvor, alles ein neues Gesicht bekommt, Arbeit und Gewerbe sich beleben, Kaufleute unternehmungslustiger, Manufakturisten fleißiger und geschickter werden und sogar der Farmer seinem Pflug mit mehr Eifer und Aufmerksamkeit folgt“ (*Politische und ökonomische Essays*: 209). Hume betrachtete das Geld also realökonomisch nicht als ganz „neutral“. Für die späteren neoliberalen Ökonomen, für die das Geld nur neutral sein sollte, weil nicht sein kann was nicht sein darf, konnte nur die links dargestellte kausale Richtung als richtig gelten. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts hat sich diese Auffassung durchgesetzt und ihr Einfluss war fatal. So wie im ausgehenden Mittelalter die Menschen von der Angst vor der Hexerei benommen waren, war die Welt zwischen den beiden Weltkriegen von der Inflationsangst gelähmt. Was damals gegen die Hexerei das Feuer des Scheiterhaufens war, war später gegen die Inflation der Goldstandard. Man kann fast nicht glauben, wie vollständig das Gespenst Goldstandard damals alle Köpfe eroberte. „Ob das Gold selber Wert habe, weil es Arbeitsleistung verkörpere, wie die Sozialisten meinten, oder weil es nützlich und selten war, wie die traditionelle Lehre verkündete, machte in diesem Fall keinen Unterschied. Der Krieg zwischen Himmel und Hölle ließ die Geldfrage völlig außer Acht, so daß Kapitalisten und Sozialisten auf wunderbare Weise sich völlig einig

waren. Wo sich Ricardo und Marx eins waren, konnte das 19. Jahrhundert keinen Zweifel haben. Bismarck und Lassalle, John Stuart Mill und Henry George, Philip Snowden und Calvin Coolidge, Mises und Trotzki akzeptierten gleichermaßen diesen Glauben. ... Der russische Bolschewik Sokolnikow war der erste Staatsmann nach dem Krieg, der den Wert der Währung seines Landes wiederum auf das Gold ausrichtete; der deutsche Sozialdemokrat Hilferding gefährdete durch sein festes Eintreten für eine gesunde Währung die Einheit seiner Partei. Der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer unterstützte die von seinem Hauptgegner Seipel bei dessen Versuch zur Rettung der Krone angewandten monetären Grundsätze; der englische Sozialist Philip Snowden wandte sich gegen die Arbeiterpartei, als er zur Ansicht gelangte, das Pfund sei bei ihnen nicht gut aufgehoben; und der Duce ließ den Goldwert der Lira bei 90 in Stein meißeln und schwor, für dessen Verteidigung sterben zu wollen.“ (Polanyi 1977: 44).

Neben der Lohnsenkung war der Goldstandard damals für die marktradikalen Liberalen das Heilmittel für alle marktwirtschaftlichen Probleme. Gustav Cassel (1866–1945) stand hier an der Spitze, auf dem Fuße folgten Mises und sein berühmtester Schüler Hayek. Schon damals war letztgenannter geübt darin, jeden neoliberalen Unsinn eindrucksvoll zu formulieren: „Solange die Regulierung des Geldes in den Händen der Regierung liegt, glaube ich nach wie vor, daß der Goldstandard mit allen seinen Unvollkommenheiten das einzig tragbare System ist“ (Hayek 1977: 127). Fest davon überzeugt, in einer stabilen Währung und nicht anderswo liege die Lösung aller damaligen ökonomischen Probleme, kehrte schließlich auch Winston Churchill zum strengen Goldstandard zurück (1925). Das Ergebnis war, dass es Großbritannien nie gelungen ist, die Industrieproduktion auf das Niveau von vor dem Krieg zu bringen. Auch anderswo setzte sich zwischen den beiden Weltkriegen die neoliberale „Kontinuität des Irrtums“ oder zumindest der Illusionen fort. Obwohl Keynes den Goldstandard schon heftig – und zwar öffentlich – als „große Dummheit“ und „barbarisches Relikt“ angeprangert hatte, kamen noch im Jahre 1929 alle zehn Professoren der Volkswirtschaft von

Australien zusammen und erklärten der Labour-Regierung, dass es für das Land verhängnisvoll wäre, vom Goldstandard abzugehen. Der Regierung war das nicht recht, aber sie wollte nichts gegen den Willen der „Experten“ unternehmen, so dass in den Jahren vor der Großen Depression der Goldstandard souverän die Welt regierte. Als die amerikanische Notenbank, dem höchsten Ziel einer gesunden Währung verpflichtet eine Reduktion der Geldmenge verursachte – laut Friedman um einen Drittel –, kam es zum größten Aktienmarkt-Crash in der Geschichte (1929).

Die deutsche Inflation nach dem Ersten Weltkrieg haben wir schon erwähnt und gesagt, dass sie zu einer schnellen Erholung der Wirtschaft nach dem vernichtenden Krieg und zum stärksten Wachstum in der damaligen westlichen Welt geführt hat. Das sollte man als einen eindeutigen Beweis betrachten, dass das Geld real stark wirken kann, wenn man es richtig anwendet. Doch schon nach wenigen Jahren wollte in Deutschland keiner mehr etwas von der positiven realen Wirkung der Inflation wissen. Es hieß weiterhin, dass die Wirtschaft trotz der Inflation wuchs. Die restriktive Geldpolitik hat seitdem nirgendwo mehr fanatische Anhänger gefunden als in Deutschland. Man begann die Geldmenge stark und schnell zu drosseln, was eine sehr negative reale Wirkung zeigte. Der deutschen Wirtschaft ging es seitdem bekanntlich drastisch schlechter und die Steuereinnahmen sanken. Schließlich wurden die Staatsschulden zu einem immer größeren Problem. Nach dem Ausbruch der Großen Depression hat dann eine deutsche Regierung nach der anderen „der Haushaltssanierung den Rang eines höchsten wirtschaftspolitischen Zieles zugemessen. Selbst noch ... im Mai 1931, als die Arbeitslosenziffer bereits die 4-Mill.-Grenze überschritten hatte, forderte der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Schaffer, in einer Denkschrift zur Krisenfrage, dass der Deckung des Haushaltes das Primat vor allen anderen Aufgaben' zuzuweisen sei“ (Petzina 1977: 102). Das erste Land, so der Reichskanzler Brüning Anfang Oktober 1930, das die im Innern unpopulären Opfer auf sich nehmen, werde „an die Spitze kommen“ (Mommsen 1997: 439). Deutschland konnte aber nicht an die Spitze kommen, dafür kam an die Spitze Deutschlands der

Landstreicher Hitler. Es folgten ein abrupter Abschied vom Irrtum der Geldneutralität und des Wahns des Goldstandards und der Beginn eines systematischen „Gelddrucks“ im Dienste der Staatsausgaben. Was hat diese radikale Wende in der Wirtschaftspolitik tatsächlich bewirkt?

Hitler hat sozusagen über Nacht ein Land – in dem durch Anwendung der neoliberalen Dogmen ein sozialer Genozid herbeigeführt wurde – ökonomisch zu einem einmaligen Erfolg geführt, der sich mit Recht als Wirtschaftswunder bezeichnen lässt. Das ist Hitler gelungen, indem er das Geld in die Hand nahm und es investierte. „Hitler hatte ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit gefunden, bevor Keynes seine Erklärung zu Ende geführt hatte, warum es überhaupt Arbeitslose gab“ – so hat es die bekannte Keynesianerin der ersten Stunde, Joan Robinson, auf den Punkt gebracht (1972: 8). Auch in Schweden hatte man in dieser Zeit mit staatlichen Geldausgaben Erfolge erzielt. Die Nazi-Regierung hat während der katastrophalen Wirtschaftskrise, als die liberale Theorie nur weitere Zins- und Lohnsenkungen forderte, „das Wagnis an die Stelle des Dogmas gesetzt. Durch planmäßigen Einsatz der brachliegenden Kräfte zur Schaffung von Reichsautobahnen, Schiffahrtswegen, Meliorationen, Siedlungsbauten und Versorgungsanlagen wurden die Arbeitslosenziffern innerhalb weniger Jahre fast restlos beseitigt. Die Mittel zur Finanzierung dieser Investitionen wurden ... durch kreditschöpfende Banken zur Verfügung gestellt“ (Föhl 1955: 6). Der durchschnittliche Arbeiterwochenlohn zwischen 1933 und 1939 stieg um 2,8% pro Jahr, was „zu einem Lebensstandard führte, der höher war als der von 1933, wenn auch nicht unbedingt höher als der von 1928“, also im besten Jahr zwischen den beiden Weltkriegen. Später, „zwischen 1939 und 1941 stiegen die privaten Einkommen um 21 Prozent. Folglich erhöhte sich die überschüssige Massenkaufkraft auf mehr als das Doppelte“ (Aly: 94). Als erstaunlich wirksam haben sich die Staatsausgaben insbesondere bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erwiesen. Seit 1922 war die Arbeitslosigkeit in Deutschland nie unter den niedrigsten Stand von 6,9% (1925) gesunken, im Jahre 1938 lag sie nur noch bei 3%, während sie in Großbritannien 13% und in den Niederlanden sogar 25% betrug.

Um diese Erfolge der Staatsausgaben wegzureden, spotten die Neoliberalen genüsslich über sie als über eine staatlich finanzierte Beschäftigung von Unqualifizierten, die auf Kosten der Steuerzahler hier und da sinnlos gebuddelt hätten. Wie wir von den Neoliberalen gewohnt sind, leugnen sie auch hier dreist die Tatsachen. Von einem sinnlosem Buddeln hätte sich niemals „das reale Volkseinkommen zwischen 1933 und 1939 mit einer jährlichen Rate von 8,2% erhöhen und 1939 den Stand von 1936 um ein Drittel überschreiten“ können (Petzina 1977: 121). Dieser Anstieg des realen Volkseinkommens übertraf sogar das wirtschaftliche Wachstum in dem erfolgreichsten ersten Jahrzehnt (1949 bis 1959) der Bundesrepublik (Deutschland), dem gemeinhin die größte Dynamik in der deutschen Wirtschaftsgeschichte seit Beginn der Industrialisierung zugeschrieben wird. Um was für einen Erfolg es sich wirklich handelte wird man sich erst richtig bewusst, wenn man sich an die Ausgangslage erinnert. Im Wochenbericht des „Instituts für Konjunkturforschung“ vom 17. Februar 1932 stand knapp aber deutlich formuliert: „Die industrielle Produktion hat sich seit ihrem Höchststand von Mitte 1929 um etwa 46% vermindert. Bis zum Ende 1931 war sie auf den Stand von Ende der neunziger Jahre zurückgefallen“. Mehr darüber, was Hitler alles anders und ökonomisch richtig gemacht hat, als ihm die damaligen Neoliberalen vorgeschlagen haben, die die wahren Totengräber der Weimarer Republik waren, findet man in Beiträgen auf der Website des Autors [Website: Link 8.3c].

Auf der anderen Seite des Atlantiks haben die Vereinigten Staaten mit etwas Verspätung auch eine Wirtschaftspolitik mit Staatsausgaben begonnen. Roosevelt war jedoch kein Diktator. Die Demokratie und die Arbeiterrechte hat er bekanntlich sogar erheblich gestärkt. Als der braune Mob in Nazideutschland die Gewerkschaftler schlug, kämpfte Roosevelt auf ihrer Seite (*National Labor Relations Act*) gegen die Schlägergarden der gewerkschaftsfeindlichen Industriellen. Diese hatten zu ihren Diensten sogar die übelsten Gangster beschäftigt, klagte der damalige Gouverneur von Michigan, Frank Murphy. Der Anführer der 600 „Gorillas“ im Ford-Konzern etwa war der frühere Ringkämpfer Harry Bennet. Die in den 30er Jahren vom *Lafollette*

Committee on Civil Liberties aufgedeckten Waffenarsenale der Industriellen waren größer als die der Chicagoer Polizei. Mit seinem Einsatz für die Gewerkschaften tat Roosevelt also das genaue Gegenteil von dem, was die Nationalsozialisten taten. Er bewahrte die Demokratie, aber war auch wirtschaftlich erfolgreich, auch wenn nicht so wie der Diktator auf der anderen Seite des Atlantiks. „Die Nazis ... hatten mehr Erfolg bei der Beseitigung der Wirtschaftsnot in den 30er Jahren. Sie verringerten die Arbeitslosigkeit und regten die industrielle Produktion schneller an als die Amerikaner, und wenn man ihre Hilfsquoten berücksichtigt, handhabten sie die monetären und Handelsprobleme erfolgreicher, jedenfalls einfallreicher. Dies deshalb, weil die Nazis eine defizitäre Finanzpolitik betrieben ... Um 1936 war die Depression in Deutschland im wesentlichen überwunden, in den Vereinigten Staaten war sie noch lange nicht vorbei“ (Garatty: 944). Daraus lässt sich folgern, dass damals die politische Form allein nicht darüber entschieden hat, wer ökonomisch erfolgreich war. Es waren einfach gesagt diejenigen Staatschefs und Regierungen, die mutig genug waren, die heiligsten Kühe der orthodoxen neoliberalen Ökonomie zu schlachten. Das können wir bei vielen Historikern nachlesen. Eine Anekdote drückt dies auf eine besonders prägnante Weise aus: „Herr Bundeskanzler“ sagte der bekannte amerikanische Ökonom Galbraith zu Bruno Kreisky, als dieser österreichischer Kanzler war „wie erklären Sie sich Österreichs hervorragende wirtschaftliche Lage in der Nachkriegszeit: niedrige Inflation, Vollbeschäftigung, stetig wachsende Produktivität, ein dichtes und umfassendes System sozialer Sicherung und öffentlicher Investitionen?“ Worauf Kreisky erwiderte: „Ich erkläre mir das damit, dass wir dem Export viel Beachtung schenkten. Wir haben alle unsere Wirtschaftswissenschaftler exportiert.“ Ein Schelm wer dabei gleich an Mises und seinen geistigen Ziehsohn Hayek denkt.

Nicht nur die Beseitigung der Arbeitslosigkeit machte die Anziehungskraft des Faschismus aus. In Frankreich sind zum Beispiel „die wichtigsten Elemente des umfangreichen Wohlfahrtsstaates – Rentenversicherung, Kindergeld und die technokratische Überwachung der Wirtschaft – von dem faschistischen Vichy-Regime

geschaffen worden, das während des Zweiten Weltkriegs mit Hitler kollaborierte“ (Greider: 503). Kein Wunder, dass Hitler in ganz Europa als Wohltäter und Menschenfreund bewundert wurde, etwa bei den spanischen Frankisten, den italienischen Anhängern Mussolinis, den kroatischen Ustascha – und selbst bei einigen serbisch–orthodoxen Popen. Einer von ihnen, der Hochwürdige („vladika“) Nikolaj Velimirović, erblickte in Hitler sogar einen Missionar, der mit dem Heiligen Sava (1175–1236) zu vergleichen sei, dem Begründer der serbisch–orthodoxen Kirche.

Man kann natürlich nicht sagen, dass Hitler nach klaren ökonomischen Vorsätzen handelte, und schon gar nicht sollte man annehmen, er wäre im Besitz einer schlüssigen ökonomischen Theorie gewesen. Ganz einfach betrachtet war er nur nicht so dumm, die offensichtlich völlig verfehlten und verhängnisvollen Erklärungen und Ratschläge der damals etablierten Ökonomen für bare Münze zu nehmen. Und er war zugleich mutig genug zu sagen, dass jede Theorie, welche die Tatsachen nicht so nehmen will wie sie sind, sondern sie erst uminterpretieren muss, eine falsche und missratene Theorie ist, werde sie auch von noch so vielen Akademikern und Professoren vertreten. Interessanterweise war Hitler – anders als viele seiner Zeitgenossen – auch kein ökonomischer Pessimist, also einer von denjenigen, die damals sakrosankt „das Ende des Wachstums“ und das unumgängliche „Gürtel–enger–schnallen“ verkündeten. Er war sogar fest davon überzeugt, dass eine vollständig automatisierte Produktion möglich ist und wandte sich gegen das „törichte Denken“, demzufolge der Lebensstandard nicht weiter gehoben werden könne bzw. dürfte. „Dabei liegt doch der Fortschritt darin, dass den Menschen das Leben schöner gemacht wird!“, hatte er immer wieder in aller Klarheit verkündet und stellte sich damit sogar gegen den Urvater des Faschismus Mussolini, der den Gedanken verbreiten ließ, dass man sich „auf ein Zeitalter zubewegt, in dem die Menschheit auf einem niedrigeren Existenzniveau leben wird“. Sogar vor den Industrieführern vertrat Hitler unverhohlen die Ansicht, die Regierung habe die Aufgabe die Konsumkraft der Massen langsam zu heben, um den Produktionsstätten Aufträge zu sichern. Er vertrat also eine

Kaufkrafttheorie, die als Theorie der Gewerkschaften von den Industrieführern immer wieder scharf attackiert wurde. Während seiner Wahlkampagne im Jahr 1926 sprach Hitler zum Beispiel vor der konservativen Elite des Hamburger Nationalklubs und erklärte, dass sozialpolitische Zugeständnisse an die Arbeiterschaft dringend nötig seien, allerdings nicht solange es noch eine jüdisch-marxistische Bedrohung gäbe. Dies ist wiederum eine völlig andere Vorstellung als die von Mussolini sowie von Pilsudski, Gömbös, Uriburu, Justo, Vargas, Laval oder MacDonald. Für diese waren Lohnkürzungen der Schlüssel zur Gesundung der Wirtschaft (James, H. 1988). Ihr Faschismus war nichts anderes als ein orthodoxer Neoliberalismus, nur ohne menschenfreundliche Maske.

Nicht verschweigen darf man da die Tatsache, dass die Wirtschaftspolitik der deutschen Nationalsozialisten keine nennenswerte Inflation verursachte, obwohl sie gegen alle neoliberalen Dogmen der „seriösen Staatsfinanzierung“ krass verstieß. „Ich habe mich in diesen Jahren nicht mit den Finanzleuten geärgert“, sagt Hitler in seinen *Monologen*. „Ich habe niemals mit Schacht mich unterhalten darüber, welche Mittel nun endgültig bewilligt werden. Ich habe ihm gesagt: Diese Mittel sind notwendig. Hat die deutsche Mark bisher gelitten? ... Von fünf Milliarden sind wir auf 24 Milliarden gekommen, ohne Preisänderungen und ohne Geldentwertung“ (Heim: 345). Das Geld hatte damals also eine enorme reale und seltsamer Weise gar keine monetäre Auswirkung. Fügen wir aber dem gleich hinzu, dass Hitler, obwohl er mit seinen erfolgreichen Entscheidungen nicht zu Unrecht prahlte, auch hier nicht nach einer durchdachten und schlüssigen Finanzstrategie handelte. Vielmehr lag dieser Praxis der atavistische Gedanke zu Grunde, dass kein Volk je an Defiziten im Staatshaushalt zu Grunde gegangen wäre, sondern eher an fehlenden Waffen, wie Goebbels es auszudrücken pflegte. Allerdings konnte die nationalsozialistische Regierung nicht sofort ihre groß angelegte Aufrüstung beginnen, wie so oft wie falsch behauptet wird. Auch dafür liefert uns die Analyse der Wirtschaft des Dritten Reichs klare Beweise, über die sich die neoliberale Wirtschaftswissenschaft mit dreister Scheinheiligkeit hinwegsetzt. „Nicht durch die Kriegsindustrie habe ich

das Problem [der Arbeitslosigkeit] gelöst. Jahrelang konnte ich in der Richtung überhaupt kaum etwas tun“, erinnert sich Hitler in seinem Monolog am 12. November 1941. „Private Waffenproduzenten, wie die Fried. Krupp AG in Essen, partizipierten sogar erst ab 1935 an entsprechenden Staatsausgaben“ (Abelshausen. 57). Diese sind zu Anfang der Nazizeit auch nur langsam gestiegen. In der Tat „wurden in den Jahren 1935 bis 1938 von den gesamten öffentlichen Ausgaben in Höhe von 34 Milliarden RM nur 18 Milliarden für Rüstungszwecke verwendet.“ Noch im Jahre „1939 waren die Militärausgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt kaum höher als in Großbritannien“ (Landes 1973: 383–384).

Wenn man über die Erfolge der Naziwirtschaft nachdenkt, ist man zunächst überrascht, dass gleichzeitig beides, sowohl die Produktion der zivilen als auch der militärischen Güter gestiegen ist. Die Militärwirtschaft der deutschen Nationalsozialisten ist ein hervorragendes Beispiel für das angebliche Paradox, dass mehr Kanonen auch mehr Butter bedeuten. Ein weiteres gutes Beispiel dafür bietet Ronald Reagans Angebotspolitik. Wir haben schon den gigantischen Anstieg der Staatsverschuldung in seiner Regierungszeit erwähnt. Den hohen Staatsschulden standen die höchsten Verteidigungshaushalte der amerikanischen Geschichte in Friedenszeiten gegenüber. „In der zweiten Hälfte der 80er Jahre waren mehr als 20.000 Unternehmen und weitere 100.000 Zulieferfirmen finanziell vom Verteidigungsministerium abhängig. Mehr als 10 % aller während der Reagan/Bush-Ära in den USA hergestellten Güter waren für militärische Zwecke bestimmt. ... Insgesamt beliefen sich die Verteidigungsausgaben der USA in den 80er Jahren auf mehr als 2,3 Billionen Dollar. Von je 100 Dollar investierten Kapitals flossen 46 in die Rüstungsindustrie“ (Rifkin 1995: 39). Damit war seine Angebotspolitik zugleich auch eine keynesianische Nachfragepolitik. Manche Beobachter in den USA stellten also mit Recht fest, dass die Nachfragetheorie schon lange nicht mehr so wirksam in die Praxis umgesetzt worden sei wie unter Reagan. Man könnte diese Angebotspolitik auch als Rüstungskeynesianismus bezeichnen. Aber auch in diesem Fall ist nicht

nur die Produktion der militärischen Güter gestiegen, sondern zugleich auch aller anderen. Reagans Wirtschaftspolitik konnte sich gerade deshalb einer breiten Unterstützung erfreuen, weil parallel zu den Rüstungsinvestitionen auch die Konsumgüterproduktion gestiegen ist. Historisch betrachtet ist es in der Tat so, dass „die wirtschaftliche Entwicklung häufig ein Nebenprodukt des Strebens nach politischer und militärischer Stärke war“, so der bekannte Wachstumstheoretiker Albert O. Hirschman (1967: 10). Der historisch wiederholt aufgetretene Fall, in dem mehr Kanonen auch mehr Butter bringen, ist zugleich ein fester Anhaltspunkt dafür, dass keine Wachstumsschwäche – wenn es sich nicht um Naturkatastrophen oder Kriege handelt – etwas mit Kapitalknappheit zu tun hat, sondern mit einer Erdrosselung der Produktionskräfte durch Nachfragemangel. Dafür spricht eindeutig auch die historisch niedrigste Sparquote (3,9%) der amerikanischen Wirtschaft, als Reagan durch forcierte Aufrüstung eine Wachstumsrate von durchschnittlich 4% erreichte.

Als sich im Jahre 1997 der Preisanstieg der Produktionsgüter abgeschwächt hatte und 1998 sogar negativ wurde, hat der Chef der US-Notenbank Alan Greenspan auf die Geldmenge gesetzt. Im Jahr 1998 hat er für eine sehr rasche Ausdehnung der Geldmenge gesorgt, die mit Raten um knapp über 10% wuchs, um der Wirtschaft so viel Geld zur Verfügung zu stellen wie sie benötigte. Das Ergebnis war, dass die Konjunktur bald stärker wurde als vor dem Abschwung mit Preisrückgang. Nachdem sich die Produktion und die Preise wieder erholt hatten, fiel die Zuwachsrate der Geldmenge auf etwa die Hälfte. Dieser Aufschwung in Amerika war also kein Verdienst der *unsichtbaren Hand* des Marktes, sondern vor allem der *sichtbaren Hand* der US-Notenbank und hier vor allem ihres Chefs Greenspan. Sein Nachfolger Ben Bernanke hat im Amt des US-Notenbankchefs (2006–2014) fast vier Billionen Dollar „lockergemacht“ – eine in der Tat beachtliche Menge. Auch in dieser Zeit ging es der amerikanischen Wirtschaft deutlich besser als der europäischen. Trotzdem wurde ihm das „Gelddrucken“ ständig mit dogmatischer Borniertheit und ideologischer Überheblichkeit als unverzeihliche Sünde angelastet. Das hat ihn aber nie eingeschüchtert. Es überraschte ihn nicht, so Bernanke

am Ende seiner Amtszeit, dass unter den Ewiggestrigen – anspielend auf die 1930er Jahre – „es wieder zu populistischen Reaktionen gekommen ist“. Mit einer Gelassenheit, die auf der angelsächsischen empirischen Tradition fußt, sich im Zweifelsfall auf die Seite der Tatsachen zu schlagen und nicht sich fieberhaft an die Theorie zu klammern, fügte er noch trotzig, aber äußerst treffend hinzu: „Das Problem mit der Quantitativen Lockerung ist nur, dass sie in der Praxis funktioniert, nicht aber in der Theorie.“ Sie funktioniert zwar mehr schlecht als recht, aber zumindest in schweren Lagen und kurzfristig schon.

Erwähnenswert ist hier noch, dass Amerikaner mit der QE genau genommen nicht erst nach der „Finanzkrise“ 2008 begonnen haben, sondern schon nach der „Ölkrise“. Der damalige Präsident Richard Nixon hat 1971 bekanntlich die Konvertierbarkeit des Dollar in Gold ausgesetzt – das „Goldfenster“ von Bretton Woods geschlossen – und die Amerikaner haben damit begonnen, nach rein pragmatischen Überlegungen Dollars „aus dem Nichts“ zu schaffen. Das scheint auf den ersten Blick eine große Ungerechtigkeit dem Rest der Welt gegenüber zu sein. Doch die Amerikaner brauchen kein schlechtes Gewissen zu haben. Sie haben schließlich der Welt das weggenommen, was ohne ihre negative Handelsbilanz sowieso nicht erwirtschaftet bzw. produziert worden wäre. Für das arbeitende europäische Volk bedeuteten die amerikanischen Auslandsschulden jenes „liebenswürdige, gutmütige Laster, das den Schornstein rauchen und den Kaufmann gedeihen läßt“, also Arbeit und Brot. Danke, Amerika! Bis heute ist Amerika der „letzte Abnehmer“ (William Greider) geblieben – man kann auch sagen der *last resort* für die reale Wirtschaft in der kapitalistischen Welt. Geld nach Belieben zu „drucken“ ist natürlich die wichtigste Stütze der imperialen Macht der Vereinigten Staaten, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass die Amerikaner mit der Dollarschöpfung „aus dem Nichts“ den Kapitalismus für mehrere Jahrzehnte gerettet haben.

Aber nichts dauert ewig. Zu der Zeit als diese Zeilen geschrieben werden, scheint etwas in der Wirtschaftspolitik der USA in Bewegung

zu geraten. Es ist so, als wollte ein Teil der amerikanischen Machtelite mit dem Präsidenten Trump (2017) an der Spitze den Zustand beenden, in dem die USA immer die „letzten Abnehmer“ für die ganze Weltwirtschaft sind. Wie es sich erwarten ließ, hat das einen anderen Teil der Elite, vor allem die Geldelite, in Angst und Schrecken versetzt. Ja, von den größten Gewinnern würde sie zu den großen Verlierern werden. Wenn man nämlich für die Welt nach Lust und Laune Geld „drucken“ und als Militärmacht alle Ländern zwingen kann, Güter für dieses Geld zu liefern, *de facto* umsonst, ist das für den Finanzsektor zweifellos ein märchenhafter Zustand. „Der Dollar ist unsere Währung und euer Problem“, so John Connally wörtlich, der Finanzminister unter dem Präsidenten Nixon. Er meinte damit natürlich das Problem für den Rest der Welt. Aber einen gar nicht geringen Preis dafür zahlte in den folgenden Jahrzehnten die amerikanische reale Wirtschaft. Viele Wirtschaftszweige in der Güterproduktion schrumpften („Rust Belt“) und nur wenige sind geblieben, die weltweit konkurrenzfähig sind. Wenn sich aber ein Land deindustrialisiert und wirtschaftlich auf eine Gelddruckerei beschränkt, dann wird sich sein Untergang nicht mehr lange verhindern lassen, wie stark es militärisch vorerst auch sein mag. Der Dollar ist schließlich doch zu einem amerikanischen Problem geworden, sogar zu einem nicht gerade kleinen. Und dessen sind sich offensichtlich immer mehr Amerikaner bewusst. Es ist also gar nicht falsch zu sagen, dass der begonnene Krieg innerhalb der amerikanischen Machtelite unter dem Präsidenten Trump eigentlich ein Krieg zwischen der raffenden Geldwirtschaft und der schaffenden Realwirtschaft ist. Dieser Krieg ist vorerst nur noch ein politischer, aber so heuchlerisch, verlogen, schmutzig, rücksichtslos und hasserfüllt, wie man ihn sich eigentlich nur im Alptraum vorstellen kann. Der Ausgang ist offen und die Folgen können katastrophal sein. Bei den Höhergestellten gab es bekanntlich immer viele Verrückte, die sich für auserwählt oder auf andere Weise „exceptional“ hielten und meinten, wenn sie „abtreten müssten, dann soll der Erdkreis erzittern“, wie es damals Goebbels formulierte.

8.4 Kreislauftheoretisch argumentierte Wirkungsweisen und Folgen des Geldes

Neben den bereits erwähnten Tatsachen gibt es noch viele, die sich gegen die Quantitätsformel und die Geldneutralität als rebellisch erwiesen haben. Deshalb ist es eigentlich zu harmlos zu sagen, dass die Quantitätstheorie falsch ist: Sie hat die Realität einfach gänzlich verfehlt. Alles spricht dafür, dass die Umlaufgeschwindigkeit ihr Problem ist. Die reale Nachfragetheorie bietet eine Möglichkeit die Umlaufgeschwindigkeit als Faktor der Preisbildung mit einem besseren zu ersetzen: mit dem Nachfragemangel. Dass dies sinnvoll und berechtigt sein kann, leuchtet ein, wenn man die Möglichkeit des gesamtwirtschaftlichen Nachfragemangels als Annahme zulässt und dann das allgemeine Prinzip des Angebots und der Nachfrage auf die ganze Wirtschaft anwendet. Wenn nämlich die aggregierte Nachfrage der ganzen Wirtschaft kleiner als das aggregierte Angebot sein kann, ist folgerichtig zu erwarten, dass wegen der gleichzeitigen Absatzschwächen in vielen Bereichen die Preise mehr oder weniger fallen müssen („general glut“), auch wenn sich monetär sonst nichts geändert hätte. Rein logisch betrachtet, lässt sich an diesem Denkvorgang nichts beanstanden. Aber damit sind wir noch nicht bei der Wissenschaft. Eine logisch korrekte Schlussfolgerung wird zu einer wissenschaftlichen Erkenntnis erst dann, wenn sie sich für empirische Tatsachen als relevant erwiesen hat. Das muss auch für den Nachfragemangel gelten, wenn er ein (zweiter) Faktor des Preisniveaus (P) sein sollte. Sollte es zwischen ihm und dem Preisniveau einen Zusammenhang geben, müsste man ihn also anhand von Tatsachen gut diagnostizieren können. Solche Tatsachen lassen sich wirklich unschwer finden. Zu ihnen gehört eine große Menge gut erforschter Tatsachen betreffend (a) die Preisbewegung während der ökonomischen Zyklen und seit neuestem (b) die Quantitative Lockerung (QE).

8.4a Zyklustypische Preisbewegungen kreislauftheoretisch erklärt

Die prinzipielle kreislauftheoretische Erklärung des ökonomischen Zyklus ist schon im Kapitel 4.3a dargelegt. Wir erinnern uns jetzt an das Wichtigste, was dazu gesagt wurde. Während des Aufschwungs verschwindet die Nachfragerlücke (Γ) und für eine Zeit lang (Hochkonjunktur) bildet sie sich nicht mehr. Das makroökonomische Gleichgewicht bietet manchen Unternehmen eine Möglichkeit ihre Preise zu erhöhen – wenn sie sich nicht vor der Konkurrenz fürchten. Man spricht dabei mit gutem Grund von Anbieterinflation. Steigern die Hersteller der Produktionsgüter ihre Preise, ist diese Preissteigerung selbst ein Faktor, der den Nachfragemangel verhindert. Stürzt die reale Wirtschaft dann ab (Abschwung und Depression), geht das allgemeine Gleichgewicht verloren. Der Gesamtwert aller verfügbaren Einkünfte ist plötzlich kleiner als der Gesamtwert der angebotenen Güter. Wegen dieser Nachfragerlücke können nicht mehr alle Güter abgesetzt werden. Das führt direkt zu einem unerbittlichen Preiswettbewerb, so dass das allgemeine Preisniveau immer weiter sinkt und noch mehr Nachfragemangel induziert. Damit ist die Preisbewegung innerhalb des ökonomischen Zyklus schon vollständig erklärt, und zwar ohne Berücksichtigung des Geldes. Um die argumentative Kraft dieser kreislauftheoretischen Erklärung der prozyklischen Preisbewegung besser einzuschätzen, stellen wir ihr die quantitätstheoretische gegenüber.

Wie soll aus der quantitätstheoretischen Sicht erklärt werden, dass die Preise vor dem Absturz steigen? Wird während der Erholung und Hochkonjunktur das Geld immer schneller „gedruckt“? Die Tatsachen bestätigen das nicht. Meistens ist sogar das Gegenteil der Fall. Wenn sich das Wachstum beschleunigt, ist es für die Notenbanken üblich, die Zinsen heraufzusetzen, um die Nachfrage nach Geld zu drosseln, in der Erwartung, die angebliche Überhitzung der Konjunktur und die Anbieterinflation zu bremsen. Die Preise lassen sich aber von solchen Verknappungen der Geldmenge bekanntlich kaum oder gar nicht beeindrucken. Was die Quantitätstheorie über sie sagt, kümmert sie also nicht. Auch wegen der steigenden Gütermenge (Y) sollten die

Preise während des Aufschwungs immer mehr fallen. Völlig ratlos steht die Quantitätstheorie aber vor der Tatsache, dass die Preise nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft fallen, also gerade wenn das Handelsvolumen von realen Gütern (Y) durch den Absatzstau schlagartig und dann immer weiter zurückgeht, obwohl sich das Geld nicht in Luft aufgelöst hat. Weil sich die Umlaufgeschwindigkeit (V) nicht messen lässt, ist es für die Quantitätstheoretiker nur bequem, plump zu verkünden, sie hätte sich plötzlich verlangsamt. Eine scheinbar plausibel klingende Spitzfindigkeit lässt sich immer leicht finden. Die Psychologisierung des Wirtschaftsprozesses steht dann an erster Stelle, und schon wird die Erklärung stimmig und die Quantitätstheorie wird scheinbar bestätigt. Spätestens hier lässt sich nicht mehr übersehen, dass die Umlaufgeschwindigkeit nichts anderes als die Restvariable der Quantitätstheorie ist, also der Joker in der Formel.

Wenn wir über die prozyklische Bewegung der Preise sprechen, ist auch noch der Pigou-Effekt – benannt nach Arthur Pigou (1877–1959) – erwähnenswert. Heute wird kaum jemand diesen Effekt ernst nehmen, aber während der Großen Depression gehörte er zu den wenigen übriggebliebenen Spielzeugen der neoliberalen Theorie. Empirisch gescheiterte Theorien greifen bekanntlich nach jedem Strohalm. Pigou galt als ein neuer Hoffnungsträger der Marktfundamentalisten, auch – oder vielleicht gerade – deshalb, weil ihm eine Flucht nach vorne eingefallen ist, wie man die Schwäche der Quantitätstheorie zur Tugend umdeuten kann. Er wollte nicht mit der Umlaufgeschwindigkeit tricksen, aber die Quantitätsformel nicht verwerfen. Wenn die Preise fallen und das Geld nicht auf geheimnisvolle Weise aus der Wirtschaft verschwinden sollte, der Quantitätsformel folgend, dann könnte die Wirtschaft eine kleinere Geldmenge benötigen als früher, der Rest sei dann freigesetzt. Dieser Rest würde laut Pigou wie ein Wundermittel bei der Selbstheilung der freien Marktwirtschaft wirken. Das ins Abseits geratene Geld würde angeblich nicht lange von der Wirtschaft unbemerkt bleiben. Ganz sicher würde es jemand früher oder später schon benutzen wollen und dann zugleich mehr Kaufkraft schaffen. Die überquellenden Lager

würden sich leeren, so dass die Wirtschaft bald wieder zu wachsen beginnen würde. Die Deflation wäre damit ein Segen für die Wirtschaft. Dank ihr würde sie sich sozusagen am eigenen Schopf aus dem Sumpf der Depression ziehen. Pigou ließ zu, dass dieser Prozess auch eine längere Zeit in Anspruch nehmen könnte, aber er riet geduldig zu sein.

Der *Pigou-Effekt* hat starke nachfragetheoretische Züge, aber die damaligen Nachfragetheoretiker ließen sich nicht täuschen. „Langfristig gesehen sind wir alle tot“ – so die bekannte sarkastische Bemerkung von Keynes dazu. Auch den anderen wichtigen Nachfragetheoretiker der damaligen Zeit, Kalecki, hat der Effekt nicht überzeugt. Sein Widerspruch zu Pigou beinhaltet wichtige und weitreichende Gedanken. Das sogenannte „richtige“ Geld – Bargeld und Sichteinlagen –, auf das sich die Quantitätsgleichung bezieht, macht etwa ein Zehntel des ganzen Volumens aus, der übergroße Rest sind Bankeinlagen, also das über kürzere oder längere Fristen gebundene Geld der Sparer, dem die Kredite bzw. Schulden in der Wirtschaft korrespondieren. Vor diesem Hintergrund betrachtet, so Kalecki damals, würde die Preissenkung höchstens etwas vom Bargeld freisetzen, die Nachfrage in der ganzen Wirtschaft würde sich damit aber nicht nennenswert vergrößern. Beim weit größeren Teil der Geldmenge, nämlich den Bankeinlagen, kann die Preissenkung keine automatische Freisetzung des Geldes für zusätzliche Nachfrage bewirken. Deshalb, so Kalecki abschließend, kann die Preissenkung keine automatische Steigerung der Nachfrage bewirken. Allerdings hatte Pigou das gleiche Problem wie die damaligen (monetären) Nachfragetheoretiker, nämlich zu erklären, wo das Geld „begraben“ ist? Ein weiterer Grund, warum die neoliberale und insbesondere die monetaristische Theorie vom *Pigou-Effekt* bald nichts mehr wissen wollte, war viel schwerwiegender. Betrachtet man nämlich die Umlaufgeschwindigkeit so nüchtern wie Pigou, wenn man also in sie nicht alles Mögliche hineinphantasiert, bedeutet das, die ganze Quantitätstheorie sozusagen ans Messer zu liefern.

8.4b Die angebliche „zurückgestaute“ Inflation aus dem Buchgeld bzw. der Quantitativen Lockerung (QE)

Als es während der Großen Depression immer offensichtlicher wurde, dass die Wirtschaft nicht einmal auf lange Sicht, sondern schon sehr bald tot sein könnte, ließ sich das Dogma bzw. der Irrtum von der Geldneutralität und der Irrelevanz des Preisniveaus für die reale Wirtschaft nicht mehr aufrechterhalten. Die unheilvollen betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Deflation sind offensichtlich geworden. Wenn die Preise sinken, dann sinken mit ihnen zugleich auch die Einnahmen und Einkünfte der Unternehmen, der nominale Wert ihrer Verschuldungen bleibt dagegen unverändert; schließlich reichen ihre Gewinne immer weniger für die Rückzahlung ihrer Kredite. Das treibt sie in den Konkurs. Gerade das hat damals Fisher sehr beunruhigt. Er erklärte daher die Deflation zur größten Gefahr für die reale Wirtschaft. Diese Auswirkung der sinkenden Preise ist als *Fisher-Effekt* bekannt. Hier wurde die Idee geboren, der später Friedman mit seinem Monetarismus zum großen theoretischen Durchbruch verholfen hat. Sie ist an sich sehr einfach und klar: Immer wenn die Marktwirtschaft in der Geschichte nicht richtig funktionierte und periodisch zusammenbrach, dann sei angeblich die Deflation die wichtigste oder gar alleinige Ursache gewesen. Würde man also mit einer richtig dosierten Geldschöpfung (Quantitätsformel) der Notenbank verhindern, dass eine Deflation entsteht, dann hätte die Marktwirtschaft keine Stabilitäts- und Wachstumsprobleme. Diese Auffassung hat man nun fast ein halbes Jahrhundert praktisch getestet, was bestimmt mehr als ausreichend ist, um sie vor das Gericht der Tatsachen zu stellen.

Es stimmt, dass die westlichen Wirtschaften etwa drei Jahrzehnte nach der neoliberalen Konterrevolution mehr oder weniger stabil funktioniert haben. Es ist schwer vorstellbar, dass die monetaristisch orientierte Geldpolitik dazu nicht beigetragen hätte. Indem sie für langsam steigende Preise sorgte, war das angebotsseitig für die Wirtschaft nützlich, weil der Fisher-Effekt verhindert wurde. Das wäre die genuin monetaristische Argumentation, die man nicht einfach

abtu n kann. Die nachfragetheoretische ist, dass die langsam steigenden Preise für mehr Nachfrage sorgten. Hier hat der Monetarismus auch aus der Perspektive der (realen) Nachfrage Theorie die Praktiker gut beraten und diesen Verdienst muss man ihm zuerkennen. Aber diese Jahrzehnte waren nicht Jahrzehnte eines schnellen, sondern eines langsamen Wachstums und Produktivitätswachstums, obwohl die sonst üblichen neoliberalen kostensenkenden Maßnahmen – vor allem Lohndumping, Steuer- und Zinssenkung – durchgängig und rücksichtslos durchgepeitscht wurden. Es waren Jahrzehnte einer immer tiefer greifenden sozialen Spaltung der Gesellschaft, die sogar im früheren Kapitalismus so nicht üblich war. Hat sich in den keynesianischen Jahrzehnten das Verhältnis der Managerverdienste zum Durchschnittslohn in den USA in einem Bereich zwischen 30 bis 40 zu 1 bewegt, erreichte es zu Beginn des neuen Jahrtausends die schwindelerregende Marke von 300 bis 400 zu 1 erreicht. Es hat sich also verzehnfacht. Vieles spricht dafür, dass der Kapitalismus nie zuvor in der Geschichte dermaßen drastische soziale Unterschiede verursachte. Die neue monetaristische Praxis in der staatlichen Geldpolitik und im Finanzsektor im Allgemeinen hat schließlich nicht einmal den Zusammenbruch der freien Marktwirtschaft 2008 verhindert. Man kann also Friedman seine eigenen Worte vorhalten, die er bei der Verleihung des Nobelpreises gegen Keynes und die Keynesianer richtete: Der Monetarismus ist widerlegt durch „die Macht der Ereignisse. Die Erfahrung zeitigte weit mehr Wirkung, als der mächtigste ideologische oder politische Wille es vermocht hätte“.

Das Verhältnis der Geldmenge zum Preisniveau in dieser „monetaristischen“ Zeit, so wie es sich aus den statistischen Daten ergibt, kann allerdings die Richtigkeit der Quantitätsformel nicht bestätigen. Man kann also nicht davon ausgehen, dass die Notenbanken diese Formel benutzten, wenn sie Geld geschöpft haben. Wenn der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi immer wieder erklärt, er würde so viel Geld schöpfen, bis die als erwünscht betrachtete Preissteigerung von 2% erreicht wäre, dann ist das ein indirektes, aber sehr klares Geständnis, dass er keine Ahnung

hat, wie viel Geld man dazu benötigen würde. Indirekt hat er uns auch wissen lassen, dass er nicht vor hat die Quantitätsformel von Friedman – oder welche von zahlreichen Versionen auch immer – zu benutzen. Eigentlich haben wir von den Notenbankiers niemals gehört, wie sie der mit dem „Nobelpreis“ gekrönten Quantitätstheorie ihre Anerkennung zollen, weil diese für ihre praktische Arbeit eine große Hilfe gewesen wäre. Der Vollständigkeit halber soll noch darauf hingewiesen werden, dass man sich für die QE erst entschieden hat, nachdem sich mit der Lohn- und Zinssenkung die wirtschaftliche Lage nicht bessern ließ. Man konnte schließlich nicht mehr einfach damit fortfahren, nichts zu tun, weil der Hauch des Todes schon in der Luft lag. Deshalb wäre es nicht falsch, die QE als *last resort* der Hoffnung zu bezeichnen. Sie bedeutet die sprichwörtliche Rettung des überschuldeten Staates und der privaten Wirtschaft im letzten Augenblick. Mit der QE zieht man bildlich gesprochen die Notbremse, weil der Zug genannt freie Marktwirtschaft offensichtlich dem Abgrund entgegen rast. Die Tatsache selbst, dass man sich im kritischen Augenblick für die QE entscheiden konnte, kann man auch nicht anderes deuten, als den Verdienst des Monetarismus. Früher war so etwas unvorstellbar. Man muss hier aber dennoch vorsichtig sein.

Es ist offensichtlich und sogar auffällig, dass die Entscheidung der Regierungen und Notenbanken für die QE mit dem Monetarismus im strengen theoretischen Sinne, in dem sich alles um die Quantitätsformel dreht, nicht viel und nur indirekt zu tun hat. Es waren vor allem pragmatische Überlegungen, so viel Geld zu schaffen, wie viel man es „für nötig“ hält, um schädliche mikroökonomische (betriebswirtschaftliche) Effekt der Deflation – vor allem den *Fisher-Effekt* – zu verhindern und die Liquidität der Unternehmen aufrecht zu erhalten. Hier leuchtet sofort ein, warum die QE zuerst von den pragmatischen Amerikanern als notwendig und unumgänglich angewandt worden ist, die anderen folgten. Zuerst die Japaner und mit einer Verspätung die EU, auch wenn so etwas in der Europäischen Notenbank (ECB) nicht vorgesehen war – eigentlich durfte es unter keinen (legitimen) Umständen stattfinden. Man kann schließlich

feststellen, dass heute alle alten kapitalistischen Länder das Gleiche tun und die Ergebnisse auch sehr ähnlich sind. Nicht eine ausufernde Inflation ist das Problem ihrer Wirtschaften geworden. Stattdessen gibt man sich immer noch große Mühe, die Deflation zu verhindern. Die „Geldschwemme“ verursacht also keine Inflation. Für die Quantitätstheorie bedeutet das nicht weniger als ihr totales Versagen. Dieses „Paradox“ verschwindet, wenn man den Nachfragemangel berücksichtigt. In dieser nachfragetheoretischen Erklärung wird auch keine Inflation als späte Folge erwartet. Warum ist das erwähnenswert? Die Inflation würde aber ganz bestimmt kommen, so die herkömmlichen Realitätsverweigerer aus dem Mainstream: Sie hätte sich nur „zurückgestaut“. Im Rahmen der kreislauftheoretischen Analyse werden wir jetzt erklären, warum sie doch nicht zurückkommen muss und was bei der – durch die QE verursachten – „Geldschwemme“ wirklich geschieht. Im Grunde wird hier die schon erklärte Dynamik des ökonomischen Zyklus (Kapital 4.3a) mit Geld erweitert und vervollständigt. Wir gehen hier also im Sinne der Methode der abnehmenden Abstraktion vor. Dieses Geld wird das „das Geld aus dem Nichts“ sein. Die Stelle, wo dieses Geld der Wirtschaft zugeführt wird, ist das Unternehmen U_x sein, das unter den betreffenden allgemenwirtschaftlichen Umständen typisch reagiert und handelt.

Nehmen wir an, unser Unternehmen U_x ist eine kleine Baufirma, die Einfamilienhäuser und Wohnungen baut. Zwei seiner Betonmischer hat das Unternehmen bereits abbezahlt, zwei neue hat es gerade auf Kredit gekauft. Das Geld für diesen Kredit, wie für alle seine anderen Kredite, haben der Bank die Sparer zur Verfügung gestellt. Als der Unternehmer sich entschieden hat zu investieren, hat er völlig rational gehandelt, in dem Sinne, dass er davon ausgegangen ist, dass die Wirtschaft weiterhin stabil funktionieren wird. Das wird übrigens während des Aufschwungs von allen Meisterdenkern des Neoliberalismus und ihren zahlreichen Jüngern sakrosankt behauptet. Aber auch in unserem Beispiel, wie es mit solchen Prognosen so der Fall ist, kam es ganz anders. Wir nehmen in unserem Beispiel an, dass gerade als unser Unternehmer den Kreditvertrag unterschrieb und das

geliehene Geld für die zwei Betonmischer überwiesen wurde, die Wirtschaft plötzlich in die Krise stürzte. Auch unser Unternehmen U_x hat seitdem erhebliche Mühe damit, genug Aufträge zu ergattern. Nehmen wir an, diese reichen ihm jetzt gerade noch für die Auslastung von drei seiner Betonmischer aus. Mit dem vierten muss er etwas tun.

Die Banken brauchen und können sich für die wirtschaftliche Lage bzw. die finanziellen Probleme ihrer Schuldner nicht interessieren. Sie verlangen, dass alle von ihnen gewährten Kredite laut den in den Verträgen festgelegten Tilgungsplänen zurückbezahlt werden. Für unseren Unternehmer ist das unmöglich, sogar wenn er den eigenen Konsum radikal reduzieren würde. Seine ganze private Existenz steht auf einmal vor dem Abgrund, obwohl er nichts falsch gemacht hat. Nicht er, sondern der Markt hat versagt. Der Markt ist es, der periodisch Existenzen zerstört: wahllos, schlagartig und erbarmungslos. Während der Krise findet also keine angeblich „kreative Zerstörung“ statt, über die Schumpeter als Anwalt der freien Marktwirtschaft fabulierte, sondern eine sinnlose. Das einzige, was das Unternehmen U_x noch retten würde, wäre dann nur ein neuer Kredit, mit dem sich der alte refinanzieren ließe. Wir nehmen jetzt einfach an, dass die Notenbank das Geld „aus dem Nichts“ schafft und es den Banken überlässt, damit sie den notleidenden Unternehmen großzügig Kredite gewähren. Dank diesem Vorgehen der Notenbank bekommt auch unser Unternehmen U_x einen neuen Kredit, um den vorigen tilgen zu können. Wenn das Geld „aus dem Nichts“ sehr großzügig „gedruckt“ wird, wie es bei der QE der Fall ist, können viele Unternehmen solche Rettungskredite bekommen. Nach der Quantitätstheorie sollten sie einen schnellen Preisanstieg bewirken, aber wir stellen heute fest, dass dies nicht geschieht. Mit der Quantitätstheorie lässt sich das nicht erklären, aber wenn man den (realen) Nachfragemangel als Preisfaktor berücksichtigt, schon.

Unser Unternehmen U_x und viele andere konnten mit den Rettungskrediten, die dank der Geldschöpfung der Notenbank möglich wurden, ihre Schulden tilgen, auch wenn ein Teil ihrer Produktionskapazitäten stillgelegt ist. So gelingt das Geld der

Notenbank „aus dem Nichts“ über die Banken zu den Gläubigern. Diese können es konsumieren und damit den vorhandenen Nachfragemangel reduzieren. Während der Krise konsumiert man bekanntlich aber nicht gern. Die Gläubiger überlassen ihr Geld lieber weiter der Bank, die es während der Krise zwar kaum für neue Investitionen braucht, aber desto mehr für neue Rettungskredite. Das Geld wird sozusagen für die finanzielle Stilllegung und Instandhaltung der Überkapazitäten aufgewandt. Die Gläubiger sind zwar auf diese Weise den Unternehmen in der Not nützlich, aber als Konsumenten fallen sie aus. Mehr oder weniger drastisch reduzieren auch die geretteten Unternehmen ihren Konsum, so dass sie damit einen zusätzlichen Nachfragemangel bewirken. Die sinkende Nachfrage nach Konsumgütern senkt auch die Nachfrage nach Produktionsgütern und die sinkenden Preise dieser Güter vergrößern den (realen) Nachfragemangel noch mehr. Das ist eine kurze Erklärung, warum auch eine große Geldmenge „aus dem Nichts“ (QE) schon seit Jahren keine Inflation verursacht.

Wir wissen aber allzu gut, dass für die neoliberalen Ökonomen nicht sein kann, was nicht sein darf. Die ausgebliebene Inflation trotz der QE hätte sich angeblich nur vorübergehend „zurückgestaut“, so sagen es mit fast einer Stimme heute die theortreuen neoliberalen Experten, Wirtschaftsweisen, Professoren, Politiker, Journalisten und viele andere. Mehr oder weniger ist diese Auffassung in allen europäischen Ländern dominant. In Deutschland, in dem Land, das seit dem späten Mittelalter so großzügig wie kein anderes dem Geist der Metaphysik Asyl bietet, ist man sich des baldigen Ausbruchs der Hyperinflation nicht weniger sicher, als die ersten Christen des Jüngsten Gerichts und der Rückkehr Jesu. Da unterscheiden sich die marktradikalen „Österreicher“ von den angeblich sozialorientierten deutschen „Ordnungsökonomern“ nicht im Geringsten. Also: Die gewaltige Inflation als Geißel Gottes steht vor der Tür. Auch wenn sie bisher noch so lange auf sich warten lässt, sie würde *irgendwann* bestimmt kommen. Sollte vielleicht dieser Zeitpunkt kommen, wenn der Aufschwung beginnt und die reale Wirtschaft ihre Kredite zurückzahlen würde? Würde das Geld „aus dem Nichts“ die Wirtschaft

dann wirklich überschwemmen und eine Hyperinflation auslösen, wenn sich die verschuldeten Unternehmen entschulden würden? Unser Unternehmen U_x wurde gerade mit solchem Geld gerettet, an ihm können wir also nachvollziehen, was bei der Entschuldung wirklich geschieht.

Wir nehmen jetzt an, unserem Unternehmen gelingt es wieder, genug Aufträge für sich zu holen, um den vierten Betonmischer in Betrieb zu nehmen. Dann verdient er wieder genug und ist auch im Stande, seinen Kredit – wie ehemals geplant – zu tilgen. Die Bank reicht das von ihm erhaltene Geld weiter zur Notenbank und damit hat es die Wirtschaft endgültig verlassen. Das Geld „aus dem Nichts“ wird bei der Rückzahlung der Rettungskredite wieder zu dem, was es am Anfang war: zu Nichts. Kreditgeschäfte sind immer *selbstliquidierend*. Die Summe der Aktiva (Haben) und der Passiva (Soll) in den Büchern ändert sich immer um den gleichen Betrag. Deshalb ist es richtig, bei der Kreditvergabe von einer *Bilanzverlängerung* zu sprechen, bei der Tilgung von einer *Bilanzverkürzung*. Bei der Rückzahlung der Kredite aus dem Geld der Notenbank liquidiert sich dieses Geld normalerweise erst, wenn es die Notenbank erreicht, also das Wirtschaftssystem verlässt. Das gilt unabhängig davon, ob das Geld für die Kredite Buchgeld ist, wie es heute hauptsächlich der Fall ist, oder Papiergeld, wie es früher der Fall war. Einen wichtigen Unterschied gibt es aber. Ist dieses Geld Buchgeld, kann es sich auch innerhalb des Wirtschaftssystems selbst liquidieren, also vernichten. Es gibt mehrere Möglichkeiten dafür.

Eine der Möglichkeiten lässt sich auch mit unserem Unternehmen U_x erörtern. Nehmen wir an, dem Unternehmen ging es so schlecht, dass es nach seiner Pleite und Auflösung (Konkurs) für die Rückzahlung des Rettungskredits nicht reichte. Für die Bank würde dadurch ein Minus in der Bilanz entstehen. Wenn aber die Notenbank und der Gesetzgeber dazu nichts sagen würden, wäre für die Bank die Welt auch weiterhin völlig in Ordnung. Diese Praxis wird von den Notenbanken und Regierungen nicht nur toleriert, sondern den Banken wird heute auch noch nachgeholfen – allerdings müssen sie

meistens „too big to fail“ sein. Um den Finanzsektor zu „entlasten“ und zu „genesen“, ist es heute üblich, die faulen Kredite in eine „Bad Bank“ auszulagern, für die man verspricht, irgendwann später eine endgültige Lösung zu finden. Das dauert aber, die „Bad Bank“ verschwindet immer mehr aus den Schlagzeilen und irgendwann wird man sie in aller Stille sterben und begraben lassen. Schlimmer geht es auch: Die Lobbyisten der Wirtschaft korrumpieren die Politiker, die dann die faulen Kredite dem Staat unterjubeln, damit dieser noch weniger Mittel für soziale Ausgaben, Renten, Ausbildung, Infrastruktur usw. hat. Damit entzieht man der Wirtschaft noch zusätzlich Geld, womit die Geldmenge (M) schrumpft und damit auch der Druck auf die Preise.

Das Buchgeld, das im Grunde nur als Buchungszahlen existiert, verschwindet automatisch immer auch dann, wenn die Gewinne der Wirtschaftsakteure schrumpfen. All diejenigen, die an der Börse Geld angelegt haben, das letztendlich „aus dem Nichts“ der Notenbank stammte, bewirken das Verschwinden des Geldes, wenn der Wert der Aktie unter den Kaufpreis fällt. Es findet auch hier eine Bilanzverkürzung statt. Werden die Aktien wertlos, ist das Geld vollständig verschwunden, ausgenommen des Anteils, den die Banken und Börsen davor als „Verdienst“ eingezogen haben. Die Börsianer schließen dann den abgewirtschafteten Aktienfonds und legen unter einem neuen Namen schnellstmöglich den nächsten auf, in den dann das neue Geld „aus dem Nichts“ fließen kann. Es ist nur wenig übertrieben zu sagen, dass die Banken und Börsen legalisierte Hehler für das Geld „aus dem Nichts“ sind. Natürlich wird von den Banken und Börsen nicht nur dieses Geld vernichtet, sondern auch das der Aktionäre, die ihr Geld in der Realwirtschaft verdient haben. Im Grunde verschwindet das Buchgeld immer, wenn die Preise der Güter fallen. Gehören diese Güter zu den Produktionsgütern, dann vernichten sie zugleich die Nachfrage. Auch das bewirkt, dass sich die Inflation bisher nicht gemeldet hat und warum es die rätselhafte „zurückgestaute“ Inflation trotz der QE nicht geben wird. Sie ist nichts anderes als ein akademisches Hirngespinnst der neoliberalen Ideologen

und Scharlatane. Vorsichtshalber soll aber dazu gleich etwas hinzugefügt werden:

Inflationen und sogar Hyperinflationen sind keine neue und seltene Erscheinung in der Geschichte. Daraus lässt sich zumindest schließen, dass sie sich leicht verursachen lassen. Allgemein gesehen ist es so: Wenn die Wirtschaft außer Kontrolle gerät und gar nichts mehr geht, dann versucht man üblicherweise in einem ersten Schritt die Lage mit „Geld drucken“ in den Griff zu bekommen. Wir können also nicht ausschließen, dass die heutige QE zu einer Inflation führen könnte. So wie es fast immer im Leben der Fall ist, kommt es auch beim Geld „aus dem nichts“ letztendlich auf das Maß an. Wie schon der alte Paracelsus sagte: „Dosis sola facit venenum“ („Nur die Dosis macht das Gift“). Eine solche gefährliche Grenze ist bei der QE vorerst offensichtlich noch nicht erreicht. Auch wenn ihr Ausmaß furchterregend erscheint, ist sie immer noch nicht größer, als den stets größeren Nachfragemangel zu kompensieren sowie die immer größere Vernichtung des Geldes zu decken, die durch die Verluste im realen Sektor und an den Börsen entsteht.

Die Vernichtung des Geldes ist zugleich auch eine Erklärung, warum auch das Geld der QE bis heute nicht zu realen Investitionen und zum Wachstum verholfen hat. Die monetaristische Auffassung vom Wachstum hat sich damit ebenfalls als falsch erwiesen. Wenn aber die freie Marktwirtschaft länger nicht wächst, ist das ein existentielles Problem für die ganze kapitalistische Ordnung. Anders als alle anderen politischen Ordnungen in der Geschichte, die problemlos auf dem gleichen (*stationary state*) oder gar sinkenden ökonomischen Niveau existieren und funktionieren konnten, kann der Kapitalismus mit der freien Marktwirtschaft nicht ohne Wachstum existieren. Bleibt es aus, bekommen die unteren sozialen Schichten existentielle Probleme und die Mittelschichten erodieren. Die Folgen sind Unruhen, Revolutionen und Kriege. Unsere ganze Erfahrung mit der freien Marktwirtschaft bestätigt das und wir sehen heute alle Anzeichen dafür, dass sich diese Geschichte wiederholen kann. Um dieser gefährlichen ökonomischen und sozialen Entwicklung eine neue Richtung zu geben, können keine

„Stückwerk–Techniken“ der neoliberalen Experten reichen, sondern manches muss grundlegend geändert werden. Einige Maßnahmen bzw. Regelungen für die reale Wirtschaft sind im vorigen Kapitel vorgelegt, jetzt geht es uns um solche für den monetären Bereich.

8.5 Das private Geld als Problem und das demokratische als die Lösung

Das kreislauftheoretische Modell ist keine rein reale Analyse der Marktwirtschaft, wie es das neoliberale partikel–mechanische ist und zwar deshalb, weil es nicht nur relative („numéraire“), sondern auch nominale (absolute) Preise erfasst. Es sind im Grunde Geldpreise. So haben wir sie bisher nicht genannt, aber nur weil im Modell bisher das Geld nicht berücksichtigt worden ist. Die Erweiterung und Vervollständigung der kreislauftheoretischen Analyse mit dem Geld soll die notwendigen Grundlagen für monetäre Maßnahmen bzw. Regelungen für die praktische Wirtschaftspolitik zur Verfügung stellen. Bei unseren Überlegungen und Folgerungen werden uns auch manche der bisherigen ökonomischen Auffassungen und Theorien in Bezug auf das Geld hilfreich sein. Dies gilt sowohl für die falschen – man soll bereits begangene Fehler nicht wiederholen – als auch die richtigen. Die aktuellste und zurzeit wahrscheinlich die wichtigste Erfahrung mit dem Geld bietet uns natürlich die Quantitative Lockerung (QE). Sie ist für uns deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie auch eine nachfragetheoretische Maßnahme ist. Wenn man den Unternehmen finanziell hilft, sorgt man zugleich makroökonomisch für mehr Nachfrage, oder zumindest verhindert, dass diese schrumpft. Allgemein genommen ist eigentlich jede von außen zugeführte Geldmenge immer eine zusätzliche Nachfrage für die Volkswirtschaft. Das reicht aber nicht aus um zu beurteilen, ob die QE als eine gute Art der Geldschöpfung gelten kann. Auch für die Blüten der kriminellen Geldfälscher gilt nämlich, dass sie volkswirtschaftlich nützlich sind, indem sie die Nachfrage vergrößern; wegen der Ungerechtigkeit und der Schäden, die sie anrichten, haben sie aber trotzdem zu keiner Zeit eine Berechtigung. Dasselbe gilt auch für die QE, weil auch sie im

Grunde nur eine legalisierte Geldfälschung in einer institutionellen Form ist und ihre negativen Folgen für die große Mehrheit der Gesellschaft entsprechend größer sind. So etwas zu behaupten würde heute ein akademisch verbildeter „Experte“ natürlich ungeheuerlich finden. Er würde sagen, das könne schon deshalb nicht stimmen, weil das Geld aus der QE *allen* Subjekten in der Wirtschaft nützlich ist und sie zahlen es auch noch mit Zinsen zurück. Das ist aber nur zum Teil richtig und das ist hier der springende Punkt.

Wenn sich die mittleren und kleineren Unternehmen das Geld ausleihen, werden sie es irgendwann zurückzahlen müssen – auf Biegen und Brechen. Die Mittelschichten sind kein Teil der Machtelite, sondern sie gehören, um mit Bourdieu zu sprechen, zum „beherrschten Teil der Herrschenden“. Weil sie sich irgendwann bis auf Haller und Pfennig entschulden müssen, vernichten sie letztendlich die Nachfrage, die von der QE davor geschaffen wurde. Gegenüber den großen Unternehmen, also Konzernen und Kartellen, verhalten sich die Banken und der Staat jedoch völlig anders. Sie können beim Unterzeichnen der Kreditverträge praktisch versprechen was sie wollen, sie wissen allzu gut, dass sie von dem geliehenen Geld kaum etwas zurückzahlen werden. Sie sind „too big to fail“. Kurz gefasst: Gewinne werden privatisiert und Verluste sozialisiert. Die Regierungen werden ihnen im Nachhinein alles verzeihen und der Öffentlichkeit Märchen erzählen, am liebsten von der „Rettung der Arbeitsplätze“. Ihnen gewährte Rettungskredite sind nichts anderes als getarnte Geschenke, die ganz legal als Einkünfte hauptsächlich in den Taschen der Wirtschaftsbosse landen sowie der Mitglieder der Aufsichtsräte und der anderen zahlreichen Sinekuren der Wirtschaft. Auf indirektem Wege wandert ein Teil dieses Geldes – sowie die Steuersenkungen – zu den Lobbyisten dieser Unternehmen in den staatlichen Institutionen und in der Politik sowie für die Bestechungen. Neben der Steuersenkung ist im heutigen Kapitalismus gerade das Geld „aus dem Nichts“ die wichtigste finanzielle Quelle für die Bestechungen im großen Stil. Deshalb ist es angebracht etwas mehr dazu zu sagen.

Es gibt illegale und legale – man kann auch sagen „strukturelle“ – Formen der Bestechung der Politik durch die Wirtschaft. In den sogenannten Demokratien und Rechtsstaaten hat die Bestechung hauptsächlich legale Formen. Die allgemein bekannte, sozusagen klassische, aber immer noch wichtigste Form von legaler Bestechung ist die Beschenkung der hörigen Politiker nach ihrer Abwahl mit fiktiven, aber gut honorierten Funktionen in der Wirtschaft. Der Sozialdemokrat Schröder und einige Mitglieder seiner Regierung, die die neoliberale Konterrevolution in Deutschland durchführten, bieten hierfür Beispiele, die für das Bilderbuch bestens geeignet wären. Aber in den „rechtsstaatlichen Demokratien“ verbreitet sich eine andere Form der legalen Bestechung immer mehr: so genannte „Beratungen“. Die Wirtschaft lässt sich von den Politikern, ihren Verwandten und Kumpanen für viel Geld „beraten“, aber mit Beratungen im echten Sinne des Wortes hat das nichts zu tun. Die Wirtschaftsbosse erwarten dabei nicht etwas Kluges zu hören. Die Politiker sind für sie bekanntlich sowieso der Inbegriff der Dummheit. Sie wissen ganz genau, dass sie sie dadurch nur kaufen – also ganz legal korrumpieren. So erhalten die „wirtschaftsfreundlichen“ ehemaligen Präsidenten wie etwa Clinton und Obama für einzelne Auftritte bis zu 400.000 \$. Das wird nicht einmal geheim gehalten, im Gegenteil. Die Wirtschaft sendet damit der ganzen politischen Klasse klare Signale. Um sich die Dimensionen solcher Bestechungen zu vergegenwärtigen, nehmen wir einmal den echten Nobelpreis für die größten naturwissenschaftlichen Entdeckungen zum Vergleich. Dieser honoriert lebenslange Bemühungen und Leistungen, ist aber gerade doppelt so hoch wie ein Honorar für ein paar Stunden „Beratungsleistungen“, und nicht selten müssen ihn sich mehrere Wissenschaftler untereinander teilen. Selbstverständlich wird die Politik auch mit illegalen Wahlspenden etc. korrumpiert und gekauft, es erübrigt sich aber hier darüber zu reden, weil es darüber genug Recherchen und Literatur gibt.

Organisierte Kriminalität, Unterschlagung und Korruption der Herrschenden waren schon immer verrechtlicht und rechtsstaatlich. Deshalb gibt es in den so hochgelobten „rechtsstaatlichen Demokratien“ viele und große kriminelle Taten, aber keine Täter. Es

war eigentlich schon immer so, dass mehr Macht weniger Verantwortung und Leistung bedeutet. Deshalb sind die Führungskräfte der Konzerne und Kartelle vom Fach her meist Juristen und Ökonomen, also wie die in den Banken und an den Börsen, die von der realen Wirtschaft – geschweige denn von der Produktion – keine Ahnung haben und auch zu haben nicht brauchen, sondern sich nur damit beschäftigen, wie sie immer mehr Geld, Privilegien und Macht an sich reißen können, ohne irgendwann dafür vor Gericht zu landen. In der real existierenden Demokratie und dem Rechtsstaat sind also nur die Formen der Machtausübung und der Herrschaft subtiler und legitimer, aber nicht weniger umfangreich und brutal. Eine Erfindung in diesem Sinne ist gerade die sogenannte „Unabhängige Notenbank“, die ihre Aufgabe des Geldrucksens so verrechtlicht hat, dass dieses Geld ganz legal und problemlos den Weg in die Taschen der Reichen und ihren Dienern findet. Das ist die ungeheuerlichste Schande der QE. Fügen wir aber gleich hinzu, dass dies trotzdem nichts an der Tatsache ändert, dass auch das Geld für die raffgierigen und unersättlichen Reichen, wie auch für die von ihnen alimentierten politischen, akademischen und medialen Eliten, für mehr Nachfrage sorgt und damit makroökonomisch nützlich ist. Deshalb fiel es schon so manchem ein, den monetaristisch geprägten Neoliberalismus als „Keynesianismus für die Reichen“ zu bezeichnen. Da ist was dran, doch lässt man das so stehen, wird man Keynes gegenüber doch ungerecht. Bekanntlich hielt er gerade die Reichen für die schlechtesten Konsumenten. Deshalb lassen wir jetzt von solchen Einfällen ab.

Was die Geldschöpfung „aus dem Nichts“ und insbesondere QE betrifft, ist an dieser Stelle noch etwas zu bemerken. Man braucht nicht viel zu überlegen um darauf zu kommen, dass es eigentlich die raffgierige Realwirtschaft ist, die es möglich macht, dass ein raffgieriges Finanzsystem überhaupt möglich ist. Sie lässt die Banken und Börsen tun und lassen was sie wollen, derweil diese sich von den Politikern „überreden lassen“, das Geld der Realwirtschaft zu verschenken, um „Arbeitsplätze zu retten“. Der Kapitalismus in dem wir heute leben ist im Grunde immer noch der „alte“ – in dem schon

Marx lebte. Das zu übersehen ist besonders peinlich für die Kritiker und Gegner des Kapitalismus und insbesondere für die Bewegungen, die aus der klassischen sozialistischen, kommunistischen und überhaupt linken Tradition hervorgegangen sind. War für sie immer das Kapital bzw. der Kapitalist der Feind, ist es jetzt auf einmal das Geld und das Finanzsystem. Indem sie mit großer Verspätung endlich das Geld theoretisch entdeckt haben, eifern sie gerade der genuin faschistischen Ideologie nach, die über die „raffende Geldwirtschaft“ schimpfte und der „schaffenden Realwirtschaft“ huldigte. Die heutigen Linken und die anderen Gegner und Feinde des Finanzsystems bzw. der Geldschöpfung „aus dem Nichts“ sind also nur insoweit im Recht, als dort einiges geändert werden muss. Die Frage heißt: Aber was?

Es spricht alles dafür, dass man sich schon seit langer Zeit bewusst war, wie leicht sich die Geldschöpfung der Notenbank missbrauchen lässt, weil es schwer oder fast unmöglich ist, sie zu kontrollieren und gesetzlich zu sanktionieren. Und wie man es schon seit langer Zeit von den Menschen kennt, streben sie nach einfachen und groben Lösungen, wenn sie sich ratlos und ohnmächtig fühlen. Für uns ist das beste Beispiel das Verbot der Zinsen. Zu den einfachen und groben Lösungen für das Problem der Geldschöpfung zählt auch und gerade der Goldstandard, also das bedingungslose Verbot der Geldschöpfung „aus dem Nichts“. Der Goldstandard gehört eigentlich zu den ältesten und hartnäckigsten Irrtümern des ökonomischen Denkens. Auch deshalb, weil es dem gesunden Menschenverstand plausibel zu sein scheint, dass das richtige und gerechte Geld nur durch einen „echten“ und „unvergänglichen“ Wert gedeckt sein muss. Diesen Wert hat man schon immer im Gold gesehen. Aus der Erfahrung ist aber auch gut bekannt, dass man mit dem einfachen Denken nicht weit kommt und bei den groben Methoden das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Auch beim Goldstandard hat sich das bestätigt, aber diese Erkenntnis kam erstaunlich spät. Mit dem Angriff auf die Deflation von Fisher wurde der offensichtliche Irrtum von der Geldneutralität zum ersten Mal theoretisch auch von der Angebotsseite angegriffen und damit auch der Goldstandard, wenn

auch nur vorsichtig und indirekt. Mit seiner betriebswirtschaftlichen Argumentation gegen die Deflation konnte Fisher damals jedoch nicht viele überzeugen und man kann sich auch gut denken warum. Es ist offensichtlich schwer die Deflation für alles verantwortlich zu machen, wenn die Erfahrung zeigt, dass die Preise bis kurz vor dem Zusammenbruch der Wirtschaft steigen. Sie fallen erst danach, als eine Nebenwirkung der begonnenen Krise. Die Deflation verursacht dann nicht wenigen Unternehmen große Verluste (*Fisher-Effekt*), das ist zwar unbestritten, aber viel sagt es nicht. Mit dieser Deflation lässt sich theoretisch nicht viel anfangen und erklären. Außerdem war es für die theortreuen Neoliberalen schwer erträglich zu hören, wie Fisher über den „Tanz des Dollars“ lästert und spottet. Das vermittelte den Eindruck, dass er die freie Preisfindung nicht sehr zu schätzen wusste, die bekanntlich von Anfang an eine heilige Kuh der Neoliberalen war. Für jene, die um die ökonomische Freiheit besorgt waren, war das so befremdlich, dass sie sich für die Gedanken von Fisher nicht mehr ernsthaft interessieren wollten. Außerdem liegt die von ihm befürchtete Deflation, zu der der Goldstandard früher oder später führt, im Interesse nicht weniger gesellschaftlicher Gruppen. Vor allem macht sie Gläubiger bzw. Geldbesitzer ohne jegliche Leistung reicher, indem sie den realen Wert (Kaufkraft) des Geldes erhöht, und zwar auf die Kosten der realen Wirtschaft. Fisher hat in der Tat nie die Mühe gescheut, auf diese ungerechte Umverteilung des produktiven Einkommens zum unproduktiven hinzuweisen, was man wirklich als theoretische Leistung anerkennen muss. Deshalb verwundert es nicht, wenn die Gläubiger immer alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um die Deflation bzw. den Goldstandard zu verteidigen. Darüber hinaus ist es nicht einmal so, dass die Deflation für eine Volkswirtschaft global betrachtet unbedingt von Nachteil ist. Sie liegt eigentlich immer im Interesse der exportorientierten Wirtschaft, weil sie automatisch ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Erinnern wir uns noch einmal an den deutschen Kanzler Brüning, der damals das Heil gerade in der Deflation suchte, in der Strategie „*beggar-my-neighbor*“, mit dem bekannten fatalen Ergebnis. Die echte Tragik der Deflation besteht aber vor allem darin, dass sie auch

immer die Konsumenten auf ihrer Seite hat, also eine große Mehrheit der Bürger. Nicht nur der reiche Geldbesitzer, der als Sparer durch reale Wertsteigerung des Geldes profitiert, erfreut sich an den Preissenkungen, sondern auch jeder, der mit seinem gerade verdienten Groschen sofort in den Laden rennen muss, um etwas zum Essen zu kaufen. Die größeren Zusammenhänge, dass er wegen der Deflation real weniger verdient oder bald arbeitslos sein wird, leuchten ihm nicht ein.

Der wichtigste und erfolgreichste Kritiker des Goldstandards und der Deflation war bekanntlich Keynes. Ihm ging es aber nicht alleine darum, die Deflation zu verhindern, sondern vor allem darum, dem Staat ökonomische Argumente zu liefern, mit Geldausgaben Nachfrage zu schaffen. Genauere Gedanken darüber, wie viel Geld geschöpft werden sollte und wer es direkt oder indirekt bekommen sollte, hat er sich aber nicht gemacht. Es ist kaum übertrieben zu sagen, dass Keynes jeden staatlichen Geldverbrauch gleich gut fand, egal wofür, und vielleicht sogar angenommen hat, je mehr Geld man ausgeben würde, desto besser sollte es der Wirtschaft gehen – weil das die Nachfrage absichert. Dieser Standpunkt ist folgerichtig, wenn man von der Annahme ausgeht, dass die Nachfrage mehr oder weniger immer fehlt oder zu fehlen droht. Sollten die Schaffung der Nachfrage eine dermaßen einfache ökonomische Angelegenheit sein, bräuchte man sich schließlich auch keine großen Gedanken darüber zu machen, wer über die Geldmenge und seine Ausgabe entscheiden soll. Man kann sich gut vorstellen, dass die Regierungen bzw. Politiker diese einfache Aufgabe sozusagen nebenbei erledigen könnten. Sollten sie nach ihrem Gutdünken über die Geldschöpfung entscheiden, ist es angemessen, solches Geld als *staatliches Geld* zu bezeichnen. Würde der Staat dieses Geld auch noch egalitär verteilen, von den Keynesianern ist das bildhaft als „Helikoptergeld“ immer wieder ins Gespräch gebracht worden, kann man von *vergesellschaftetem Geld* sprechen. Das war in groben Zügen die praktische Geldpolitik des Keynesianismus. Sie ist unbestimmt bis willkürlich, weil ihr zugrunde liegende monetäre Nachfragetheorie analytisch sehr dünn und argumentativ schwach ist (Kapitel 2). Aber damit noch nicht genug.

Es gibt auch einen allgemeinen Grund, warum die von Keynes empfohlene staatliche Geldpolitik in der Praxis wenig erfolgreich sein musste. Dieser Grund ist im Prinzip derselbe, warum auch die von den Banken bestimmte Geldpolitik und Geldschöpfung in der Praxis schlecht funktioniert. Unabhängig davon, ob die „unabhängige“ Notenbank in der Übereinstimmung mit den Privatbanken (Monetarismus) oder die Regierung sozusagen nach eigenem Gutdünken (Keynesianismus) über das Geld und die Geldschöpfung entscheidet, lässt sich nämlich diese Aufgabe in beiden Fällen nur durch hierarchische Strukturen bewältigen. In der Sprache der Kybernetik würde man beide Organisationsformen des Finanzsektors und der Geldschöpfung als *gesteuerte monetäre Ordnungen* bezeichnen. Warum solche Ordnungen nicht gut funktionieren können, ist schon hinreichend erörtert. Die Alternative wäre eine *geregelte monetäre Ordnung*. Dann würden Regelungen bestimmen, *wie viel* Geld „gedruckt“ werden und *wer* es direkt oder indirekt bekommen soll. Die eigentliche Aufgabe der Regierungen wäre dann, diese Regelungen praktisch einzuführen und ihre Einhaltung zu beaufsichtigen. Bei einer solchen Geldmarktpolitik ließe sich vom *demokratischen Geld* sprechen. Was daran demokratisch sein kann oder besser gesagt, wann dies der Fall wäre, lässt sich einfacher verstehen, wenn zuerst geklärt wird, wie sich das Geld bzw. die Geldschöpfung regeln lässt.

8.5a Das Geld „aus dem Nichts“ und die Möglichkeit die Geldmenge zu regeln

Keiner hat sich so sehr für eine Geldmengenregelung eingesetzt und dabei auch einige Anstöße für regelungstheoretische Überlegungen geboten wie Friedman. Es ist ihm zwar nicht gelungen, eine praktisch funktionierende Geldmengenregelung zu entwerfen, aber einiges war doch richtig durchdacht und auch einige seiner Fehler sind zweifellos „theoretisch interessant“ – haben also neue Fragen und Gedanken angestoßen. Um das zu verdeutlichen und zugleich auch noch zu würdigen, stellen wir seiner Argumentation die älteren monetären Auffassungen und auch die monetäre Theorie von Keynes gegenüber.

Dadurch wird zugleich auch der Stand der heutigen monetären Analyse in groben Zügen wiedergegeben. Ein wenig Wiederholung des bereits Gesagten darf dabei nicht stören.

Die Wirtschaftswissenschaft, so wie sie begonnen hat, beruht im Wesentlichen auf *realen* Erklärungen der Wirtschaft und in der neoklassischen oder neoliberalen Theorie ist das noch mehr der Fall. Einer der wichtigsten Vorgänger des Neoliberalismus, der Vulgärökonom Say, hat diese Auffassung in eine klare Form gebracht, dass nämlich Güter mit Gütern gekauft werden, also nicht mit Geld. In dem Modell von Walras soll die Marktwirtschaft imstande sein für das Gleichgewicht und das Wachstum spontan und ganz von selbst zu sorgen, das Geld und die (nominalen) Preise sind dabei nichts mehr als fast harmlose begleitende Erscheinungen – die auf keinen Fall etwas stören. Indem die reale Funktionsweise der Marktwirtschaft vom Preisniveau angeblich nicht beeinflusst wird, soll dasselbe auch für die Geldmenge gelten, die angeblich ausschließlich das Preisniveau bestimmt. Für diese neoliberale Auffassung wäre die klassische Metapher vom „Öl“ für die Maschine fast zu stark; besser wäre das Geld als „Schleier“ zu betrachten, hinter dem sich in der Wirtschaft alles abspielen würde, was „wichtig“ ist. Friedman und vor ihm Fisher sind die ersten bedeutenden Neoliberalen, für die das Preisniveau doch wichtig gewesen ist, vor allem weil sie in der Deflation eine große Gefahr für die Marktwirtschaft gesehen haben. Mit der richtigen Geldmenge sollte man ihnen zufolge die Deflation verhindern und das würde zugleich alle Probleme der Marktwirtschaft bezüglich der Stabilität und des Wachstums lösen. Bei der Marktwirtschaft käme es laut Friedman immer auf die Geldmenge an: „money matters“ – so dar beliebte Ausdruck von ihm. Oder auch: „cherchez la monnaie“, also hinter allem solle man das Geld suchen, in Anspielung auf die französische Redewendung „cherchez la femme“, wonach hinter allem immer eine Frau stünde. In der Tat ist es keinem sonst so gut gelungen, die Anhänger der Marktwirtschaft aus der Gefangenschaft im realen Denken zu befreien und ihr theoretisches Interesse auch auf die monetären Aspekte zu lenken. Schon das allein ist nicht wenig, da

jeder wissenschaftliche Fortschritt mit dem Ausbruch aus den alten Denkgewohnheiten beginnt.

Die Auffassung, die Preise und das Geld wären doch wichtig oder gar sehr wichtig, konnte den theortreuen Neoliberalen gar nicht gefallen. Noch weniger wollen sie hören, wie zuerst Fisher und dann Friedman der Wirtschaft die Fähigkeit absprachen, sich aus der Deflation selbst befreien zu können, und damit indirekt auch die Fähigkeit, spontan für das Gleichgewicht zu sorgen. Gerade der Freiheit diese Unfähigkeit zu attestieren, bedeutet eigentlich nichts weniger als die dreiste Gotteslästerung gegen die neoliberale Auffassung von der spontanen Bildung des allgemeinen Gleichgewichts. Um die Ehre der Freiheit doch zu retten, ist es Friedman eingefallen, die damalige Deflation und die Große Depression der angeblich falschen Geldpolitik der Notenbank in die Schuhe zu schieben. Mit dieser Spitzfindigkeit war also der Staat doch wieder an allem schuld und nicht die Marktwirtschaft. Ein gar nicht kleines Problem dabei ist aber, dass die periodischen Krisen älter als die Notenbanken sind. Wer konnte also früher der Schuldige für die Deflation und wirtschaftliche Krisen sein? Die Notenbanken sind eigentlich gerade deshalb entstanden, weil man die offensichtlich vom Geld ausgehenden Gefahren für die Stabilität der Marktwirtschaft beseitigen wollte.

Und das ist noch nicht alles, womit der Monetarismus dem klassischen Neoliberalismus den Boden unter den Füßen weggezogen hat. Der Zins ist für Friedman ein rein monetäres, aber kein reales Phänomen. Er hat also nichts mit der „realen „Grenzproduktivität“ des Kapitals zu tun. Da fährt er der neoliberalen Theorie richtig in die Parade. Die Aufgabe der Notenbank sei es nach Friedman nicht, durch Zinsmanipulationen die Konjunktur zu steuern. Ja, er ließ in aller Klarheit verkünden, dass „die wahre Aufgabe der Federal Reserve die Geldmenge zu kontrollieren ist, und daß sie sich nicht durch Überlegungen, was mit den Zinsen geschieht, davon ablenken lassen sollte“ (1979: 53). Diese Aussage bedeutet nicht weniger als eine Absage an das nächste neoliberale Dogma, dass die Kostensenkung automatisch zum Wachstum führt. Bei den orthodoxen Neoliberalen,

die im Gleichgewichtsmodell von Walras bzw. in der (realen) Kostensenkung der Weisheit letzten Schluss sehen, vor allem bei den kontinentaleuropäischen Liberalen – den „Österreichern“ und den deutschen Ordoliberalen beispielsweise –, hat sich Friedman damit recht unbeliebt gemacht. Er wurde sogar in einem Wutausbruch von Mises als „Sozialist“ beschimpft. Damit jetzt aber keine Missverständnisse auftauchen: An der zauberhaften Wirkung der Lohnsenkung und Steuersenkung auf das Wachstum würde Friedman nie zweifeln, weil er sich wie schon Walras die Existenz von Profit nicht vorstellen konnte. Schließlich hat Friedman zur Überwindung des Neoliberalismus kaum beigetragen. Er hat seine innere Konsistenz nur weiter ramponiert, was jedoch scheinbar und oberflächlich auch Vorteile für sie brachte. So kann die neoliberale Lehre heute immer mehr Tatsachen im Nachhinein (*ex post*) „methodisch streng“ erklären, auch wenn sie immer weniger etwas vorhersagen kann (*ex ante*) – wie es bei degenerierten Theorien und Paradigmen üblich ist.

Was den Zins betrifft, hat Friedman mit seinen Überlegungen sogar Keynes überholt, dem es nicht richtig gelungen ist, sich aus dem neoliberalen Irrtum zu befreien, dass die Zinssenkung das Wachstum anschiebt. Vielleicht ist die Theorie von Keynes nirgendwo so unglaublich wie bei ihrer Unfähigkeit, sich von dem Kostenfaktor Zins im neoliberalen Sinne zu befreien. Der bleibende Verdienst von Keynes wird voraussichtlich sein, dass er die monetäre Wende in der Wirtschaftswissenschaft überhaupt herbeigeführt hat. Das dürfte Friedman im Sinne gehabt haben, als er für manche unerwartet oder gar bestürzend erklärte: „We are all Keynesians now!“ Keynes hat zweifellos wie kaum ein anderer dazu beigetragen, dass der bis dahin vorhandene Konsens zugunsten des Goldstandards zerbrochen ist und die weltweite Abkehr von ihm begonnen hat. Hoffentlich wird es den ökonomischen Machteliten nie mehr gelingen, die Bürger in den „goldenen Käfig“ einzusperren. Als dann später auch Friedman mit dem Goldstandard nichts anfangen konnte, musste sich auch der neoliberale Mainstream von ihm endgültig verabschieden. Auch dafür konnte Friedman von den Neoliberalen, die in dem *realen* Gleichgewicht von Walras bzw. in seiner „reinen Theorie“ stecken

geblieben sind, alles andere als Dankbarkeit erwarten. Ohne Goldstandard, wenn also die Notenbank für das richtige Preisniveau in der freien Wirtschaft sorgen soll, lässt sich über *laissez-faire* nur schwer reden. Der Monetarismus kann also keine echte Fortentwicklung des Neoliberalismus sein, sondern stellt eher eine Zäsur im Rahmen des neoliberalen Paradigmas dar, wie es sie davor noch nie gegeben hat. Es wäre nicht übertrieben, ihn als Bastard-Neoliberalismus zu bezeichnen.

Es ist interessant, die von Friedman vorgeschlagene Geldmarktpolitik auch mit den diesbezüglichen Überlegungen von Smith zu vergleichen. Man kann nur staunen, dass Smith schon lange Zeit vor Friedman der Auffassung war, dass „die Geldmenge in einem Lande naturgemäß zunehmen muß, wenn der Wert des Jahresertrags steigt“ (*Wohlstand*: 405). Wenn man also die Geldneutralität als „klassische Dichotomie“ bezeichnet, ist das ein bisschen geschummelt. Warum die Geldmenge steigen sollte, hat Smith aber nicht näher erklärt. Er hat voraussichtlich nur beobachtet, dass eine gute wirtschaftliche Entwicklung und die Vergrößerung der Geldmenge zusammengehen. Hier kommt der empirische Rationalismus bei ihm zum Ausdruck, der in der neoliberalen Theorie durch den ontologischen Rationalismus ersetzt wurde. Das Wichtigste über diese beiden Rationalismen wurde am Anfang des Buches gesagt (Kapitel 1.1a), jetzt heben wir nur das hervor, was uns hilft noch besser zu verstehen, warum Smith und später der Monetarismus das Geld für wichtig gehalten haben. Der ontologische Rationalismus hat nie ein Problem damit, der Realität zu erwidern: „desto schlimmer für die Tatsachen“, der empirische oder auch angelsächsische Rationalismus ist dagegen der Theorie nur solange treu, bis die Tatsachen richtig wehtun. Deshalb verwundert es nicht, dass die angelsächsischen Ökonomen zuerst begonnen haben, sich über das Geld und die (nominalen) Preise neue Gedanken zu machen, während das für die kontinentalen Neoliberalen immer noch etwas bedeutet, womit man nur nutzlos Zeit verschwenden würde, anstatt wie sie sich die Mühe zu machen, das „Wesen“ unter der Oberfläche der Tatsachen zu verstehen. Erwähnenswert dazu ist auch noch: Fisher war bekanntlich ein leidenschaftlicher Statistiker und

Friedman wollte seine Geldanalyse nicht aus irgendwelchen abstrakten Überlegungen herleiten, sondern auf empirischen Datenquellen aufbauen (*Monetary History*).

Bezogen auf die klassische Metapher vom Geld als das Öl in der Maschine, hätte Friedman sagen können, dass die Maschine normalerweise das Öl verbraucht und dieses unbedingt ersetzt werden muss, soll sie sich nicht festfressen. Genau so dürfte es auch der empirische Rationalist Smith zwei Jahrhunderte davor gesehen haben. Deshalb hat er sich Gedanken darüber gemacht, wie sich die Geldmenge vergrößern lässt. Damals, als mit der Geldmenge die Goldmenge gemeint war, schlug er vor, eine zusätzliche Menge von „Gold und Silber ... zu kaufen, wo sie eben zu haben ist“ (*Wohlstand*: 405). Aber wo ist diese „zu haben“? Nur weil Smith in der Zeit lebte, als man neuentdeckte Kontinente gnadenlos ausgebeutet und ausgeraubt hat, kann sein Vorschlag nicht als schlicht realitätsfremd bezeichnet werden. Aber schon damals war er nicht allgemein anwendbar. Nicht alle Länder konnten Gold irgendwo kaufen oder rauben, schon deshalb weil es eben ein knappes Edelmetall ist. Nachdem das Papiergeld das Goldgeld ersetzte, gibt es ein solches Problem nicht mehr. Es ist problemlos, beliebig viel Geld zu drucken. Die entscheidende Frage lautet dann: *Wie viel* wäre optimal? Sowohl für Fisher als auch später für Friedman sollte die ultimative theoretische Grundlage dafür die Quantitätstheorie liefern. Die aus ihr hergeleitete Quantitätsformel sollte nach Friedman eine Geldmengenregelung ermöglichen. Regelungstheoretisch betrachtet würde die Geldmenge (M) dann als *Stellwert* und das Preisniveau (P) als *Sollwert* dienen. Gäbe es zwischen der Geldmenge und dem Preisniveau wirklich einen strengen kausalen Zusammenhang, wie es die Quantitätsformel vorgibt, würde das funktionieren. Im kybernetischen Sinne würde man dann aber die Geldmenge eigentlich nicht regeln, sondern steuern. Aber einmal abgesehen davon, dass hier eine Steuerung nicht funktionieren kann, weil es den (monetaristischen) kausalen Zusammenhang zwischen der Geldmenge und dem Preisniveau nicht gibt, trotzdem sollten wir die Gedanken über die Geldmengenregelung von Friedman nicht einfach als einen

ganz falschen Ansatz verwerfen. Wie bereits erörtert, ist aus der Erfahrung bekannt und gilt in der Technik als selbstverständlich, dass es manche Prozesse und Systeme gibt, die nicht steuerbar, aber doch gut regelbar sind. Warum sollten wir also nicht versuchen, das Geld im wahrsten (kybernetischen) Sinne des Wortes zu *regeln*?

Die Regelung verlangt von einem System zwar nicht so viele Erkenntnisse wie die Steuerung, aber einige Voraussetzungen müssen schon erfüllt werden. Im Kapitel 5.2c wurde etwas mehr auch darüber gesagt. Diese allgemeinen kybernetischen Überlegungen wenden wir jetzt auf das monetäre System an. Auch hier lässt sich nicht ganz vermeiden, einiges zu wiederholen, aber das darf uns nicht stören, im Gegenteil. Damit lässt sich die vorgeschlagene Lösung für die Geldmengenregelung klarer und prägnanter darlegen. Im Kapitel 5.2 wird zuerst erklärt, warum der Weg zur Wissenschaft der Regelung lang war. Eine wissenschaftliche Anerkennung des Regelungsprinzips bedeutete die Überwindung der Denkweise, die von der klassischen Mechanik geprägt war, nach dem wissenschaftlichen Methoden mit prognostizierbaren Ergebnissen nur dann möglich sind, wenn das Forschungsgebiet ein streng kausales System mit genau messbaren Größen (Variablen) ist. Das war der Zeitgeist der deterministischen und partikelmechanischen Wissenschaft – die Zeit der Postkutsche und der Dampflok. Das Gleichgewichtsmodell von Walras und Pareto ist ein von den Ökonomen errichtetes theoretisches Denkmal für diese schon längst vergangene Zeit. Erst allmählich wurden wissenschaftliche Methoden entwickelt, mit denen sich Vorhersagen machen und gewünschte Ergebnisse realisieren lassen, auch wenn die Struktur und Funktionsweise des Systems weitgehend unbekannt sind. In der Sprache der Ökonomen könnte man sagen, dass die Wissenschaft seitdem immer mehr Methoden entdeckte, um Systeme mit „unvollständigen Informationen“ zu erklären und praktisch zu beherrschen. Zu diesen Methoden gehört nun auch die *Regelung*. Es hat sich also als Irrtum erwiesen, was die markttotalitären Liberalen immer behauptet haben und worin ihnen heute auch die sogenannten „postmodernen“ Philosophen und Soziologen (Kapitel 1.3c) beiseite springen, nämlich dass uns wegen der zu großen „Komplexität“ der

Gesellschaft nichts anderes übrigbliebe, als vor der Freiheit auf die Knie zu fallen: Möge sie alles zu unserem Besten erledigen.

Stehen wir nun vor der Aufgabe, ein System regeln zu wollen, müssen wir zuerst herausfinden, ob es in ihm Größen gibt, zwischen denen eine ausreichend starke Beziehung besteht. Die schon vor mehreren Jahrhunderten bemerkte, die zwischen dem Preisniveau (P) und der Geldmenge (M) soll als unbestritten gelten. Die Erfahrung bestätigt, dass eine rasche Geldvermehrung Inflation verursacht und dass bei einer etwa konstanten Geldmenge die Preise langsam fallen. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die Geldmenge auch zwischen diesen beiden Extremen, also im „Zwischenbereich“, mehr oder weniger doch die Preise bestimmen muss. Dieser Zusammenhang ist aber bei Weitem nicht so stark, wie es uns später die Monetaristen weismachen wollten. Die von ihnen zur Hilfe geholte Umlaufgeschwindigkeit (V) hat nichts gebracht. Sie ist nicht der zweite Faktor, der zusammen mit der Geldmenge das Preisniveau streng deterministisch erklären kann. Die Umlaufgeschwindigkeit wurde immer nur als Joker benutzt, um die praktisch nutzlose und empirisch widerlegte Quantitätsformel hinterher (*ex post*) an die Tatsachen anzupassen und ihre Richtigkeit vorzutäuschen. Aus der kreislauftheoretischen Analyse, die den Nachfragemangel beweist und erklärt, lässt sich schlussfolgern, dass neben der Geldmenge der (reale) Nachfragemangel (Γ) ein wichtiger Faktor sein kann bzw. ist, der die (nominalen) Preise bestimmt. Wie wir gesehen haben, bietet er eine plausible Erklärung, warum ziemlich unabhängig von der Geldmenge die Preise beim Aufschwung steigen und in der Krise fallen. Mit einer ausreichenden Gewissheit können wir also schlussfolgern, dass die Geldmenge (M) und der Nachfragemangel (Γ) die beiden Faktoren sind, die weitaus stärker mit dem Preisniveau (P) korrelieren als alle anderen, und zwar mit der Geldmenge (M) positiv und dem Nachfragemangel (Γ) negativ. Diese Zusammenhänge müssen schließlich eine verlässliche empirische Grundlage für *Regelungen* liefern. Davon ausgehend, muss im nächsten Schritt herausgefunden werden, was bei den Regelungen im monetären Bereich *Sollwert* und was *Stellwert* sein soll.

Wenn man regeln will, müssen einige Größen ausreichend gut messbar sein. Für den Nachfragemangel – weder den systemimmanenten (Γ) noch den induzierten – gilt das leider nicht. Schließlich kann die Aufgabe Nachfrage zu schaffen nicht als ein numerisches Ziel der Regelung vorgegeben werden. Regelungstheoretisch gesprochen kann der Nachfragemangel nicht als *Sollwert* benutzt werden. Das Preisniveau (P) ist dagegen eine ziemlich gut messbare Größe und als solche bietet sie sich als Sollwert an. Bis hierher sind wir mit den Monetaristen der gleichen Meinung. Die Geldmenge (M) sollte als Stellwert dienen, wie auch von Friedman vorgeschlagen, aber vor allem aus dem nachfragetheoretischen Grund. Mit der zusätzliche Geldmenge wird der Nachfragemangel gezielt verringert: *zum einen* weil das von außen zugeführte Geld eine Nachfrage an sich ist und *zum anderen* durch die von diesem Geld hervorgerufene Preissteigerung. Vor allem aus diesem zweiten Grund stimmen wir Friedman zu, dass die Preise in der Wirtschaft langsam steigen sollen – vielleicht würde der Sollwert 2% meistens optimal sein. Die langsam steigenden Preise reichen aus um zu verhindern, dass die nominal gleichen Schulden real steigen (*Fisher-Effekt*), was nicht nur ungerecht ist, sondern bei den Unternehmen auch noch Risiken und Ungewissheiten vergrößert. Damit ist aber die Einigkeit mit den neoliberalen Monetaristen erschöpft. Der von uns jetzt vorgeschlagene Algorithmus der Geldmengenregelung unterscheidet sich wesentlich von ihrem. Nicht nur, weil die Quantitätsformel falsch und praktisch völlig unbrauchbar ist, sondern auch was die Preissteigerung betrifft. Die von Friedman gemeinte Preissteigerung ist eine allgemeine, die alle gleichermaßen betrifft. Die betriebswirtschaftlichen Gründe für die Preissteigerung sind tatsächlich bei allen Unternehmen gleich, deshalb ist es konsequent von ihm, wenn er es den Banken überlassen will, das Geld „aus dem Nichts“ so den Unternehmen zukommen zu lassen, wie sie es schon immer getan haben, nur viel mutiger. Uns dagegen geht es schwerpunktmäßig um die Preissteigerung bei den Produktionsgütern, weil nur diese zusätzliche Nachfrage schafft. Die Aufgabe, mit dem Geld „aus dem Nichts“ möglichst viel Nachfrage bei kleinstmöglicher

Preissteigerung zu schaffen, ist damit nicht eine dermaßen simple, dass sie bedenkenlos den Banken zu überlassen wäre, besser gesagt nicht ihnen *allein*. Das muss vor allem eine gesellschaftliche Aufgabe sein, die sich von Regierungen durch zweckmäßige Staatsausgaben realisieren lässt. Das Wichtigste dazu wurde am Ende des vorigen Kapitels gesagt, wo in den Grundzügen die Wirkungen der Staatsausgaben auf die Nachfrage analysiert wurden. Wir fassen das jetzt kurz zusammen:

Damit mehr Nachfrage nach den Gütern der höheren Produktionsstufen geschaffen wird, soll der Staat das Geld für die Produktion von sogenannten *Kollektivgütern* ausgeben, sowie für *Investitionen*, die sehr umfangreich sind und für Privatinvestoren zu lange dauern. Dort wurde der Bau eines Krankenhauses als ein Beispiel für Kollektivgüter angeführt. Mit diesem Beispiel ließ sich nicht nur gut veranschaulichen, wie Geld „aus dem Nichts“ mehr Nachfrage schafft, sondern wie Staatsausgaben für die ganze Gesellschaft nützlich sind. Am Beispiel des Krankenhauses ließ sich auch zeigen, dass sich ein Teil des Geldes, das für die Staatsausgaben verbraucht wird, auch zurückerhalten lässt. Die dort erwähnten und andere Möglichkeiten für die Zurückerstattung des eingesetzten Geldes gibt es auch bei anderen Staatsausgaben. Am Beispiel des Krankenhauses ließ sich darüber hinaus auch leicht erklären und rechtfertigen, warum eine Rückerstattung eigentlich gar nicht nötig ist, wenn es sich um Geld „aus dem Nichts“ handelt. Das gilt auch für viele andere staatlich geförderte (subventionierte) Projekte. Die Neoliberalen und Monetaristen würden davon natürlich nichts wissen wollen. Es ist hinlänglich bekannt, was für ein Reizwort die Staatsausgaben für sie sind. Sie wittern hinter jeder staatlichen Ausgabe immer eine Geldverschwendung und die Gefahr von Korruption, die ihnen unerträgliche moralische Schmerzen bereitet, und darüber hinaus fürchten sie auch die Inflation, die dadurch angeblich mit Sicherheit verursacht würde. Der Staat ist für die Neoliberalen so etwas wie die „übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft“ (Marx) oder das „kälteste aller kalten Ungeheuer“ (Nietzsche). Der psychopathische Hass auf den Staat ist eine der vielen realitätsfremden Phantasien, die

fast unabdingbar entstehen müssen, wenn schwaches Denken und ideologische Gemeinheit verschmelzen. In der Praxis enden diese Phantasien in der Hölle auf Erden. Auch nach dem „Absterben des Staates“ im Kommunismus war das der Fall. Was folgte war nicht das halluzinierte „Reich der Freiheit“, sondern eine allgemeine Anarchie, die zum Totalitarismus überging. Was die neoliberalen Lösungen der Entstaatlichung gebracht haben, können wir uns heute selbst ansehen. Es ist zwar schwierig zu trennen, was davon die „alte“ neoliberale Wirtschaftspolitik verursacht hat und was die neue monetaristische Geldpolitik, versuchen wir es, soweit es geht.

Zu dem, wofür sich der Monetarismus *eher* oder *vor allem* verantworten muss, gehören die Folgen der legalisierten Geldfälschung durch die „unabhängigen Notenbanken“. Erwähnen wir nur die wichtigsten: die galoppierende Staatsverschuldung, die (legale) Enteignung der Naturressourcen und öffentlichen Einrichtungen vonseiten der Reichen, die Ausplünderung der kleineren und mittleren Sparer durch die Finanzwirtschaft, die legalisierte Korruption in der Politik, bei den Medien, in dem Schulwesen und in anderen Bereichen. Das sind die sonst gern verschwiegenen Ergebnisse der so erstrebenswerten „Befreiung der Bürger vom Staat“. Ohne die QE ließe sich das unvergleichbar schwieriger erreichen. Der heutige Wert von der QE lässt uns erahnen, welche gewaltigen Ausmaße die Umverteilung von unten nach oben dank ihr angenommen hat. Sie bedeutet *de facto* die „Befreiung der Bürger“ von allem, was ihre private Existenz sichern und sinnvoll machen kann. Das einzig Gute daran ist, dass die befürchtete „schreckliche“ Inflation durch die QE nicht gekommen ist. Warum sollte sie dann durch die Staatsausgaben zugunsten der ganzen Gesellschaft kommen? Das ist nur eine unter vielen anderen Irrtümer und Lügen der vormonetären neoliberalen Theorie.

Aus der rein regelungstheoretischen Sicht, haben die überlegt eingesetzten Staatsausgaben noch einen wichtigen Vorteil, der auch in unserem Beispiel zum Vorschein kommt. Der Bau des Krankenhauses ist eine Angelegenheit, die Jahre dauert und sich auch noch fast

beliebig verlangsamten und beschleunigen lässt. Bei schwacher Konjunktur kann die Regierung den Bau mit vergrößerten Geldausgaben (Stellwert) beschleunigen und umgekehrt. Sollten die Preise (Istwert) schneller als vorgesehen steigen (Sollwert), kann die Regierung dazu noch die Geldausgaben drosseln und umgekehrt. Die großen Projekte ermöglichen also ziemlich *feine quantitative Veränderungen* des Stellwerts und damit genügen sie einer wichtigen Voraussetzung einer guten Mengenregelung. Das gilt natürlich nicht nur für die Staatsausgaben für Kollektivgüter, sondern genauso für alle großen und zukunftsorientierten Investitionen (Subventionen) in der Wirtschaft.

Abschließend zur Geldmengenregelung soll noch fast beiläufig etwas bemerkt werden, und zwar besonders für diejenigen, die sich mit dem Thema Regelungen und der kybernetischen Sprache auskennen. Wenn das Preisniveau (P) als Sollwert der Regelung dient, müsste man eigentlich von *Preisniveauregelung* sprechen. Es ist trotzdem berechtigt, bei der bereits bestehenden Bezeichnung *Geldmengenregelung* zu bleiben, weil sie in der Geldtheorie geläufig ist. Einem der nicht streng kybernetisch denkt, assoziiert diese Regelung zugleich, dass es sich um die geschöpfte Geldmenge handelt, und dem ist auch so, wenn auch im Sinne des Stellwertes.

8.5b Geldschöpfung und Geldmengenregelungen vom und für das Volk

Der eigentliche Grund, warum Friedman für die Geldschöpfung eine Regelung haben wollte, waren seine Zweifel an der Kompetenz und moralischen Integrität der Angestellten der Notenbank. Er argumentierte dabei anthropologisch und da hat er sich als ein würdiger Nachfolger von Smith und manchen anderen frühmodernen Denkern und Philosophen erwiesen. „Der Liberale stellt sich den Menschen als ein unvollkommenes Wesen vor. Das Problem der sozialen Organisation betrachtet er ebenso sehr als ein negatives Problem, also ‚schlechte‘ Menschen daran zu hindern, Schlimmes zu tun, wie ‚gute‘ Menschen in den Stand zu setzen, Gutes zu tun; dabei

können natürlich die ‚schlechten‘ und die ‚guten‘ Menschen dieselben sein, wobei alles davon abhängt, wer sie beurteilt.“ Für Friedman wäre also kein Mensch klug und gut genug, um richtige Entscheidungen über das Schicksal der anderen zu treffen, deshalb „ist der einzige Weg, der verheißungsvoll erscheint, eine Regelung durch Gesetze, anstatt durch Menschen“ (1971: 77). Friedman hat diesen Unterschied auf eine knappe, berühmt gewordene Formel gebracht: *rules versus authority*. Auch hier knüpft er an die philosophischen Vorstellungen der frühmodernen Philosophen über die Regeln an und unterscheidet sich von den Neoliberalen, die sich dafür schon längst nicht mehr interessiert haben. Leider hat er sich keine Mühe gegeben, sich über die wissenschaftliche bzw. kybernetische Auffassung von der Regelung kundig zu machen. Aber abgesehen davon, ist seine Vorstellung von *rules versus authority* ohnehin äußerst vage, unvollständig und widersprüchlich geblieben. Erwähnen wir jetzt kurz nur ihre schwächsten Stellen:

Die Notenbank sollte die Geldmengenregelung anwenden, warum sie aber willens sein sollte, das auch zu tun, hat Friedman nicht erklärt. Anders gesagt, warum sollte es für die Angestellten der Notenbank, die frei oder, wie es offiziell heißt, „unabhängig“ entscheiden dürfen, nicht viel bequemer sein zu tun und zu lassen was ihnen gerade beliebt? Die „unabhängige“ Notenbank muss heute nämlich ihre Arbeit nicht einmal der Öffentlichkeit gegenüber transparent machen, womit die nicht kontrollierten und nicht transparent arbeitenden Angestellten der Notenbanken *de facto* nie zur Verantwortung gezogen werden können. Wer kann sie – auch nur als „unvollkommene Wesen“ – daran hindern, schlampig zu arbeiten und ihre egoistischen Interessen zu verfolgen? Nun will uns Friedman diese Sorgen nehmen, indem er gerade dem Staat, also dem ewigen Erzfeind der Liberalen, auf einmal Vertrauen schenkt: „Die Notwendigkeit einer Regierung ergibt sich aus der Tatsache, daß es eine absolute Freiheit nicht gibt. So reizvoll die Anarchie als Philosophie seien mag, in einer Welt der Unvollkommenheit ist sie nicht durchführbar. Bei der Freiheitsentfaltung der Menschen kann es zu Konflikten kommen, und dann muß die Freiheit eines Menschen

beschränkt werden, um die Freiheit des anderen zu bewahren“ (1971: 49). Vollkommen richtig. Wer kann das sonst machen, wenn nicht der Staat? Will man aber mehr Staat haben, was tut man dann mit der „Unabhängigkeit“ der Banken und all den anderen zahlreichen Freiheiten, die der Liberale den mächtig gewordenen Einzelnen und Gruppen nicht entziehen will? Man kann nicht beides gleichzeitig haben: Einerseits einen starken Staat, der die Wucherungen und die Willkür privater Macht unterbindet, und andererseits eine starke private Macht, die den Missbrauch der staatlichen Macht verhindert. Man kann es also drehen und wenden wie man will, immer wieder stellt man fest, dass das „unvollkommene Wesen“ und die Freiheit sich nicht in Einklang bringen lassen. Hier kommt uns Schigaljow aus dem berühmten Dostojewski– Roman „Die Dämonen“ in den Sinn, als er über sein eigenes System einer freiheitlichen Welteinrichtung entrüstet feststellt: „Ich habe mich in meinen eigenen Beweisen verstrickt, und der Schluss steht in direktem Widerspruch mit der ursprünglichen Ideen. Ich bin von der uneingeschränkten Freiheit ausgegangen und schließe mit dem absoluten Despotismus.“ Ja, Schigaljow ist in die Falle getappt, der bisher kein logisch denkender Liberaler entwichen ist und je entweichen wird. Was bleibt dann übrig?

Wir sind natürlich bereit, Friedman darin zu folgen, dass nicht die Menschen nach ihrer Einschätzung und Eingebung (*ad hoc*) bestimmen sollen, *wie viel* Geld konkret geschöpft werden soll. So wie man sich heute nicht auf Einschätzungen erfahrener Meister verlassen kann, wie eine Brücke gebaut werden soll, sondern nur auf die Gesetze der Mechanik, auch die Gelschöpfung muss man der Geldmengenregelung überlassen. Etwas präziser ausgedrückt, soll über die Geldmenge der Algorithmus dieser Regelung bestimmen. Allgemein betrachtet kann man für diesen Algorithmus nur sagen, dass in ihm die Geldmenge (M) und der Nachfragemangel (Γ) relevant sein müssen; man kann aber davon ausgehen, dass sich im Zuge der weiteren Forschung auch andere Umstände (Größen) als bedeutend erweisen werden. Außerdem müssten dabei immer auch gesellschaftliche Werte und Ziele berücksichtigt werden. Das würde den Algorithmus ganz

bestimmt kompliziert machen. Deshalb drängt sich gleich die Frage auf: Wer sollte dann einen solchen Algorithmus entwerfen?

Auf jeden Fall wird man dafür Spezialisten benötigen. Wie auch alle anderen Menschen, sind natürlich auch sie „unvollkommene Wesen“, nicht nur im moralischen, sondern auch rationalen Sinne – also von ihrer Intelligenz und Kreativität her betrachtet. Da uns aber nur solche und keine besseren Menschen zur Verfügung stehen, bleibt uns freilich nichts anderes übrig, als ihnen zu überlassen, Geldmengenregelungen zu entwerfen. Sie dürfen in einer echten demokratischen Ordnung aber kein Teil der Regierung und überhaupt des Staates sein. Auch nicht als die sogenannten „Berater“, die sich heute die Politiker – dabei auch noch unverschämt „im Namen des Volkes“ – angeblich zur Hilfe holen. Die Spezialisten für Geldmengenregelungen sollten als untereinander konkurrierende private Dienstleistungsunternehmen organisiert werden, die verschiedene Projekte für die Wirtschaft und den Staat auf dem Markt anbieten, darunter auch Projekte für die Geldmengenregelung. Die Regierung würde dann aus mehreren angebotenen Projekten das beste und günstigste auswählen. Wenn sich die Ökonomen selbst für seriöse Wissenschaftler halten, sollen sie schließlich auch so wie alle anderen Dienstleister der Gesellschaft wirtschaften und auch so behandelt werden. Wenn zum Beispiel eine Regierung vorhat eine Brücke über einen Fluss zu bauen, will und braucht sie selbst nicht mehr über den Brückenbau zu wissen, als welchem Zweck die Brücke dienen und welchen Anforderungen sie genügen soll. Sie gibt dann das Projekt in Auftrag, die verschiedenen technischen Planungsbüros und Bauunternehmer verfertigen ihre Angebote, die Regierung wählt die günstigsten aus und bezahlt dafür. Sollte etwas schief laufen oder es wurde zu viel versprochen, dann zieht die Regierung die Büros oder die Bauunternehmen zur Verantwortung. Diese leistungsorientierte Praxis ist bekanntlich gerade das, was alle Experten aus der Wirtschaftswissenschaft immer und vorbehaltlos propagieren, nur nie für sich selbst. Sie dulden keine Kritik und über von eigener Verantwortung wollen sie gar nichts wissen. Es wäre höchste Zeit, dass

man auch auf sie selbst das anwendet, was sie von allen andern beharrlich verlangen.

Zu diesem Zweck müsste eine Regierung eine demokratische sein. Wenn wir aber über die Demokratie sprechen, kann nicht die heute real existierende westliche Demokratie gemeint sein. In dieser Demokratie sind die gewählten Politiker zuerst alles andere als „Volksvertreter“ im echten Sinne des Wortes. Und die Wahlen alle vier oder fünf Jahre ändern daran wenig. Schon vor langer Zeit wurde richtig gemerkt, dass die Wahlen nicht viel mehr sind als die Konkurrenz der Einzelnen und der Gruppen – genannt Parteien – um lukrative Posten in den Organen und Institutionen, welche für den Erhalt der bestehenden Klassenherrschaft nötig sind. Die kapitalistische Parteien–Demokratie wie wir sie kennen ist so aufgestellt, dass es gar nicht attraktiv und lohnend ist, ein Vertreter des Volkes zu sein. Ein politisches Mandat kann bekanntlich dem Politiker eine Karriere und einen sozialen Aufstieg nur dann bescheren, wenn er im Parlament zu einem Lobbyisten des „tiefen Staates“ (deep state) wird, also wenn er sich für die Interessen der Kapital– und Geldbesitzer erfolgreich engagiert, auch wenn er in der Öffentlichkeit etwas anderes erzählt. Wie man es auch schon seit langer Zeit weiß, herrschen in den heutigen Demokratien nicht diejenigen, die gewählt worden sind, und diejenigen, die herrschen, sind nicht gewählt worden. Die heutigen Politiker sind auch nur ein „beherrschter Teil der Herrschenden“, um mit Bourdieu zu sprechen. Kybernetisch präzise ausgedrückt, die Regierung im real existierenden Kapitalismus ist nur die zweithöchste Stufe eines hierarchisch gesteuerten Herrschaftssystems, an deren Spitze die Kleptokratie steht. Wir müssen also etwas grundlegend an dieser politischen Ordnung ändern, damit sie dem Sinn der Demokratie entspricht. Das wird nicht weniger verlangen, als dass wir auch die *Demokratie neu denken*.

Ganz allgemein und prinzipiell gesprochen, wird eine echte Demokratie nur als geregelte Ordnung funktionieren können. Mit Regeln – nicht mit moralischen Appellen und ausgeklügelten Gesetzen – wird man erreichen, dass die Politiker, die immer nur ganz

gewöhnliche „unvollkommene Wesen“ sind und bleiben werden, aus ihrem ureigenen Interesse heraus zu Dienstleistern der Bürger und nicht der Machteliten werden. Wir können von den Volksvertretern so wenig erwarten, dass sie aus reinem Wohlwollen etwas für uns tun, so wie wir auch „nicht von dem Wohlwollen des Fleischers, Brauers oder Bäckers unsere Mahlzeit erwarten, sondern von ihrer Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse“ – um hier die berühmteste Aussage von Smith noch einmal zu zitieren. Er fügt dann noch hinzu: „Nur ein Bettler will lieber ganz vom Wohlwollen seiner Mitbürger abhängen. Und selbst ein Bettler hängt nicht völlig davon ab“. Es sollte Einigkeit darüber bestehen, dass das Volk nicht auf das Niveau eines Bettlers fallen darf. Wie eine auf Regelungen beruhende politische Ordnung konkret funktionieren könnte, ist ein Thema für sich. Wenn in einer Ordnung wirtschaftspolitische sowie alle andere Entscheidungen aus Regelungen entstammen und nicht von übergeordneten – delegierten oder nicht delegierten – Instanzen aufgezwungen werden, dann wäre diese Ordnung im Grunde eine *echte Demokratie*. Die in ihr ausgewählte und angewandte Geldmengenregelung ließe sich dann durchaus als *demokratisch* bezeichnen und das von ihr geschöpfte Geld „aus dem Nichts“ folglich als das *demokratische Geld*.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	15
1 Wie die Theorie der liberalen Ordnung entwickelt, verraten und verfälscht wurde	27
1.1 Der ursprüngliche Liberalismus von Adam Smith – eine wissenschaftlich konzipierte geregelte Ordnung	29
1.1a Zwei Rationalismen, die moderne Wissenschaft und die Werte	34
1.1b Die Ordnung durch Regeln im Dienste der Werte kurz gefasst	53
1.2 Der Vulgärliberalismus des Sayschen Gesetzes – eine Flucht in die naive pars–pro–toto Denkweise	58
1.2a Der Sieg des freien Marktes und die „säkulare Stagnation“	59
1.2b Das Saysche Gesetz als Ergebnis einer problematischen Methode	63
1.3 Der Neoliberalismus nach dem Weltbild der klassischen Mechanik – eine Ideologie für die neue Herrschaftsklasse	70
1.3a Der Verrat an den Prinzipien der modernen Wissenschaft	71

1.3b	Der Verrat an den Werten des ursprünglichen Liberalismus	86
1.3c	Die „postmoderne“ Landung des Liberalismus in der Vormoderne	104
2	Die Nachfragetheorie von Keynes: ein überforderter Paradigmenwechsel	123
2.1	Die empirischen Wurzeln der Auffassung über die fehlende Nachfrage	125
2.1a	Absatzprobleme als offensichtliche Erscheinung der Krisen	125
2.1b	Die Innovationen als misslungene Erklärung der Absatzprobleme	130
2.2	Die Geldhortung als Ausgangspunkt der monetären Nachfragetheorie	137
2.2a	Die Vollendung der monetären Nachfragetheorie von Keynes	140
2.2b	Der Beginn einer monetären Theorie über Zins und Konjunktur	150
2.3	Die Irrtümer und ungelösten Probleme der monetären Nachfragetheorie	152
2.3a	Die erfolglose Suche nach dem sozusagen „vergrabenen Geld“	154
2.3b	Die „Grenzeistungsfähigkeit des Kapitals“ – eine Sackgasse	159
2.3c	Die misslungenen Versuche die „General	163

Theory“ nachzubessern

3	Eine neue analytische Grundlage für das nachfragetheoretische Paradigma	167
3.1	Kreislauftheoretisches versus partikelmechanisches Modell	178
3.1a	Kumulation als ein wirtschaftliches Phänomen	180
3.1b	Gerichtetheit als ein wirtschaftliches Phänomen	185
3.1c	Struktur als ein produktionstechnisches Phänomen	186
3.2	Die Erklärung des ‚realen‘ Nachfragemangels und des Ungleichgewichts	190
3.2a	Einfache Beispiele zur Veranschaulichung des Nachfrageproblems	190
3.2b	Der Nachfragemangel und ein Nachruf auf das Saysche Gesetz	203
3.2c	Die allgemeine Gleichung des Sparens	206
3.2d	Das Problem des allgemeinen Gleichgewichts bzw. der Stabilität	209
3.3	Exkurs: Eine kurze Geschichte der kreislauftheoretischen Analyse	213
4	Die Eignung der (realen) Nachfragetheorie zur Erklärung von ökonomischen Tatsachen	217
4.1	Die Nachfrage als Voraussetzung und Ursprung der Marktwirtschaft	225

4.1a	Der historisch einmalige Nachfrageschub durch Edelmetalle	226
4.1b	Die endogene Nachfrage durch goldverursachte Preissteigerung	228
4.2	Wie hohe Löhne zur steigenden Produktivität und mehr Nachfrage beitragen	230
4.2a	Die Auswanderung als Ursache für steigende Löhne	231
4.2b	Die kreislauftheoretische Analyse der Lohnsenkung und Lohnsubstitution	240
4.2c	Zusammenfassung: Der Kapitalismus als Kind der Nachfrage	247
4.3	Die kreislauftheoretische Erklärung der marktwirtschaftlichen Dynamik	249
4.3a	Die Dynamik des Wachstums und des ökonomischen Zyklus	252
4.3b	Krieg als altbewährter Weg aus der ökonomischen Krise	257
4.3c	Der Irrtum der Kapitalakkumulation und der Kapitalknappheit	260
4.4	Weitere nachfragetheoretisch erklärbare „Paradoxe“ der Marktwirtschaft	268
4.4a	Das angebliche Paradox des Protektionismus und der Monopolduldung	268
4.4b	Das angebliche Paradox der Preissteigerung von Produktionsgütern	275
4.4c	Das angebliche Paradox des	277

„starrsinnigen“ Verhaltens des Zinses

5	Die neue Auffassung über die Affekte als Geburtsort der geregelten Ordnung	287
5.1	Als das vormoderne Paradigma in der Ethik starb und ein neues geboren wurde	290
5.1a	Ein weiteres Scheitern der uralten Idee der Menschenverbesserung	292
5.1b	Die neue Philosophie (Ontologie) und ihre Ethik der Affekte	303
5.1c	Spinoza als Vordenker des neuen Paradigmas in der Ethik und der Ordnungstheorie	307
5.1d	Das gelöste Geheimnis der Affekte: ihre relative Beständigkeit	312
5.1e	Der Konsequentialismus als Ausgangspunkt der Regelungstheorie	318
5.2	<i>Steuerung</i> und <i>Regelung</i> : zwei Möglichkeiten zur Schaffung von Ordnung	328
5.2a	Steuerung und Regelung als zwei unterschiedliche Lenkungsarten	330
5.2b	Die Idee der Neutralisierung der Affekte und die Rückkoppelung	333
5.2c	Regelung als Wissenschaft von nichtdeterministischen Prozessen	341

5.2d	Die Regelung als das universale Prinzip der lebenden Welt	350
5.2e	Fehlender Sollwert („unsichtbare Hand“) und Stabilitätsproblem	355
5.2f	Die Freiheit als „Ordnung des Fortschritts“. Ein Abgesang	359
6	Wie der Mensch nach Smith <i>wirklich ist</i> und die Regeln für die Marktwirtschaft	367
6.1	Die Erklärung des Menschen durch das Verhalten bzw. die „Sympathie“	369
6.1a	Zwei Bedeutungen von „Sympathie“: emotionale und methodische	371
6.1b	Der Mensch als sozial und historisch bestimmtes Wesen	377
6.1c	Der Mensch als moralisch und rational beschränktes Wesen	380
6.2	Die (Verhaltens–)Regeln für eine gerechte und effiziente Wirtschaftsordnung	385
6.2a	Das Problem des Gütertausches unter unvollkommenen Menschen	386
6.2b	Der Profit als sozusagen „Abgeltung“ für die menschliche Unvollkommenheit	390
6.2c	Das überflüssige Experiment mit dem „kollektiven“ Kapital	394

6.3	Konkurrenz bzw. Nachfragepreis als die Ursache des Produktivitätswachstums	400
6.3a	Die Erste industrielle Revolution und das technische Wissen	401
6.3b	Die Zweite industrielle Revolution und das technische Wissen	405
6.3c	Die Technostruktur und ihre angebliche Innovationsfähigkeit	407
6.3d	Das unnötige Experiment mit der Herrschaft der sogenannten „Intellektuellen“	416
6.3e	Die Ordnungsvision von Adam Smith: Eine kritische Würdigung	420
7	Die makroökonomischen Regelungen für eine funktionierende Marktordnung	435
7.1	Präventive endogene Förderung der Nachfrage statt Kostensenkungen	437
7.1a	Steuern als Maßnahme zur Stabilisierung der Nachfrage	439
7.1b	Volkswirtschaftliche Regelung der Arbeitszeit und der Lohnquote	450
7.1c	Warum eine liberal globalisierte Weltordnung scheitern muss	474
7.2	Exogene Schaffung der neuen Nachfrage durch Staatsausgaben	479
7.2a	Staatsausgaben für Güter der finalen	481

	Produktionsstufen	
7.2b	Staatsausgaben für Güter der höheren Produktionsstufen	482
8	Schuldenfreie Nachfrageschaffung durch eine echte demokratische Geldmarktpolitik	493
8.1	Die ökonomischen Funktionen und der Missbrauch von Geld und Zins	495
8.1a	Das Zinsproblem als ein Problem der menschlichen Natur	496
8.1b	Die legale Praxis des Finanzsystems zur Ausbeutung der Bürger	501
8.2	Eine Krisenerklärung in der Manier der „klassischen“ neoliberalen Theorie	512
8.2a	Die Spitzfindigkeiten zur Erklärung der Wirtschaftskrise 2008	513
8.2b	Die Schulden und das angebliche „Leben über die Verhältnisse“	519
8.3	Das Versagen der monetaristisch vervollständigten neoliberalen Theorie	525
8.3a	Es hätte sehr lustig sein können, wenn es nicht so traurig wäre	526
8.3b	Die „Quantitätsformel“ und das tatsächliche Niveau der Preise	530
8.3c	Die angebliche „Neutralität“ des Geldes und die empirischen Tatsachen	536

8.4	Kreislauftheoretisch argumentierte Wirkungsweisen und Folgen des Geldes	549
8.4a	Zyklustypische Preisbewegungen kreislauftheoretisch erklärt	550
8.4b	Die angebliche „zurückgestaute“ Inflation aus dem Buchgeld bzw. der Quantitativen Lockerung (QE)	553
8.5	Das private Geld als Problem und das demokratische als die Lösung	562
8.5a	Das Geld „aus dem Nichts“ und die Möglichkeit die Geldmenge zu regeln	569
8.5b	Geldschöpfung und Geldmengenregelungen vom und für das Volk	580

Verzeichnis der zitierten Literatur

- Abelshauser, W.:** *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, Verlag C.H. Beck, München. 2004.
- Adamy, W. – Steffen, J.:** *Abseits des Wohlstands*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1998.
- Adler, A.:** *Über den nervösen Charakter*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1997.
- Adler, A.:** *Neurosen*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1981.
- Adler, A.:** *Lebensprobleme*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1994.
- Adorno, T.:** *Negative Dialektik*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1966.
- Adorno, T., u. a.:** *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Deutscher Taschenbuchverlag, München, 1993.
- Afheldt, H.:** *Wohlstand für niemand?*, Verlag Antje Kunstmann, München, 1994.
- Albert, H.:** *Ökonomische Ideologie und politische Theorie*, Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen, 1954.
- Albert, H.:** *Traktat über kritische Vernunft*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1975.
- Albert, H.:** *Aufklärung und Steuerung*, Hoffmann und Campe, Hamburg, 1976.
- Albert, H.:** *Die Wissenschaft und die Fehlbarkeit der Vernunft*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1982.
- Albert, H.:** *Freiheit und Ordnung*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1986.
- Altvater, E.:** *Sachzwang Weltmarkt*, VSA-Verlag, Hamburg, 1987.
- Altvater, E.:** *Die Zukunft des Marktes*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, 1991.
- Aly, G.:** *Hitlers Volksstaat*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2005.
- Arendt, H.:** *Macht und Gewalt*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1970.
- Arendt, H.:** *Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten*, Dr. Ernst Hauswedell & Co. Verlag, Hamburg, 1960.

- Armin, H.:** *Das System – Die Machenschaften der Macht*, Droemer, München, 2001.
- Armin, H.:** *Das Europa-Komplott*, Carl Hanser Verlag, München Wien, 2006.
- Aron, R.:** *Die industrielle Gesellschaft*, Fischer Bücherei KG, Frankfurt am Main und Hamburg, 1965.
- Aron, R.:** *Opium für Intellektuelle*, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 1957.
- Aristoteles:** *Politik*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1989.
- Aristoteles:** *Nikomachische Ethik*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1969.
- Arndt, H.:** *Kapitalismus Sozialismus Konzentration und Konkurrenz*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1976.
- Ashby, W. R.:** *Einführung in die Kybernetik*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1974.
- Atteslander, P., u. a.:** *Methoden der empirischen Sozialforschung*, Walter de Gruyter, Berlin – New York, 1991.
- Bachelard, G.:** *Der neue wissenschaftliche Geist*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1988.
- Bachelard, G.:** *Die Bildung des wissenschaftlichen Geistes*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1987.
- Bachelard, G.:** *Die Philosophie des Nein*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1980.
- Bachrach, P. – Baratz, M. S.:** *Macht und Armut*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1977.
- Barnes, H. E.:** *An Introduction to the History of Sociology*, The University of Chicago Press, Chicago, 1948.
- Barnes, H. E.:** *Soziologie der Geschichte*, Humboldt-Verlag, Wien – Stuttgart, 1951.
- Barro, R. J.:** *Makroökonomie*, Transfer-Verlag, Regensburg, 1986.
- Bastiat, F.:** *Volkswirtschaftliche Harmonien*, Verlag von Gustav Hempel, Berlin, 1850.
- Baudrillard, J.:** *Die fatalen Strategien*, Matthes & Seitz Verlag, München, 1991.
- Bauman, Z.:** *Die Ansichten der Postmoderne*, Argument-Verlag, Hamburg, 1995.
- Beck, U.:** *Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1986.

- Beck, U.:** *Schöne neue Arbeitswelt*, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York, 1999.
- Beck, U. – Giddens, A. – Lash, S.:** *Reflexive Modernisierung*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1996.
- Beck, U.:** *Globalisierung*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1997.
- Bell, D.:** *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 1985.
- Bendix, R.:** *Herrschaft und Industriearbeit*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1956.
- Bergson, H.:** *Denken und schöpferisches Werden*, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg, 1993.
- Berle, A. A.:** *Macht ohne Eigentum*, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan, 1967.
- Berlin, I.:** *Freiheit, vier Versuche*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1995.
- Bernal, J. D.:** *Science and Industry in the Nineteenth Century*, London, 1953.
- Bernstein, E.:** *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Dietz Verlag, Berlin, 1991.
- Bertalanffy, L.:** *Das biologische Weltbild*, A. Francke Verlag, Bern, 1949.
- Bertalanffy, L.:** *Theoretische Biologie*, Verlag von Gebrüder Borntraeger, Berlin, 1932.
- Berthold N. – Hank, R.:** *Bündnis für Arbeit: Korporatismus statt Wettbewerb*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1999.
- Berthold N.:** *Der Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1997.
- Beyme, K.:** *Interessengruppen in der Demokratie*, R. Piper Verlag, München, 1969.
- Beyme, K.:** *Die politischen Theorien der Gegenwart*, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 2000.
- Birnbaum, N.:** *Nach dem Fortschritt*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 2002.
- Bischoff, J.:** *Mythen der New Economy*, VSA-Verlag, Hamburg, 2001.
- Bischoff, J.:** *Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts*, VSA-Verlag, Hamburg, 1999.

- Bischof, N.:** *Struktur und Bedeutung*, Hans Huber Verlag, Bern – Göttingen – Toronto – Seattle, 1998.
- Bloom, A.:** *Der Niedergang des amerikanischen Geistes*, Hoffmann und Campe, Hamburg 1988.
- Bobbio, N.:** *Die Zukunft der Demokratie*, Rotbuch Verlag, Berlin, 1988.
- Bochenski, I. M.:** *Die Zeitgenössischen Denkmethode*, Francke AG Verlag, Bern, 1955.
- Bode, T.:** *Die Demokratie verrät ihre Kinder*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 2003.
- Bodin, J.:** *Sechs Bücher über den Staat*, Verlag C.H. Beck, München, 1986.
- Böhm, F.:** *Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden–Baden, 1980.
- Bollmann, S. (Hrsg.):** *Patient Deutschland*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 2002.
- Borchardt, K. – Schötz, H. O. (Hrsg.):** *Wirtschaftspolitik in der Krise*, Die (Geheim-) Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft im September 1931 über Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden–Baden, 1991.
- Borchardt, K.:** *Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1985.
- Boulding, K. E.:** *Ökonomie als Wissenschaft*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1976.
- Bourdieu, P.:** *Die feinen Unterschiede*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1982.
- Bourdieu, P.:** *Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1973.
- Bourdieu, P.:** *Sozialer Sinn*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1987.
- Bourdieu, P.:** *Satz und Gegensatz*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1993.
- Bourdieu, P.:** *Der Tote packt den Lebenden*, VSA-Verlag, Hamburg, 1997.
- Bourdieu, P.:** *Die verborgenen Mechanismen der Macht*, VSA-Verlag, Hamburg, 1992.
- Bourdieu, P. – Passeron J.-C.:** *Die Illusion der Chancengleichheit*, Ernst Klett Verlag, Stuttgart, 1971.

- Boxberger, G. – Klimenta, H.:** *Die 10 Globalisierungslügen*, Deutscher Taschenbuchverlag, München, 1998.
- Bracher, D. K.:** *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Ring-Verlag, Villingen, 1971.
- Brennan, G. – Buchanan, J. M.:** *Die Begründung von Regeln*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1993.
- Brennan, G. – Buchanan, J. M.:** *Besteuerung und Staatsgewalt*, Steuer- und Wirtschaftsverlag, Hamburg, 1988.
- Brühl, T., ... (Hrsg.):** *Die Privatisierung der Weltpolitik*, Dietz Verlag, Bonn, 2001.
- Buchanan, J. M.:** *Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zu ihren Nachbardisziplinen*, in: Reimut Jochimsen/Helmut Knobel (Hg.), *Gegenstand und Methoden der Nationalökonomie*, Köln, 1971.
- Buchanan, J. M.:** *Markt, Freiheit und Demokratie*, COMDOK Verlagsabteilung, Sankt Augustin, 1992.
- Buchanan, J. M.:** *Die Grenzen der Freiheit: zwischen Anarchie und Leviathan*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1984.
- Burckhardt, J.:** *Weltgeschichtliche Betrachtungen*, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1946.
- Bürklin, W.:** *Die vier kleinen Tiger*, Wirtschaftsverlag Langen Müller / Herbig, München, 1993.
- Burnham, J.:** *Begeht der Westen Selbstmord?*, Econ-Verlag, Düsseldorf – Wien, 1965.
- Burnham, J.:** *Das Regime der Manager*, Union deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, 1951.
- Butterwegge, C. – Hickel, R. – Ptak, R.:** *Sozialstaat und neoliberale Hegemonie*, Elefanten Press, Berlin, 1998.
- Butterwegge, C. – Kutscha, M. – Berghahn, S. (Hrsg.):** *Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1999.
- Butterwegge, C.:** *Wohlfahrtsstaat im Wandel*, Leske + Budrich, Opladen, 1999.
- Canetti, E.:** *Masse und Macht*, Claassen Verlag, Hildesheim, 1992.
- Carey, H. C.:** *Die volkswirtschaftlichen Systeme und die Handelspolitik der europäischen Staaten und der Vereinigten Staaten von Amerika*, Verlag der Königl. Hofbuchhandlung von J. Weise, Stuttgart, 1877.

- Carey, H. C.:** *Volkswirtschaft und Socialwissenschaft*, Fleischmann's Buchhandlung, München, 1866.
- Carey, J.:** *Haß auf die Massen*, Steidl Verlag, Göttingen, 1996.
- Cassirer, E.:** *Aufsätze und kleine Schriften*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 2004.
- Cawthorne, N.:** *Das Sexleben der Päpste – Die Skandalchronik des Vatikans*, Akzente Versandbuchhandlung, Lahnstein, 2011.
- Chomsky, N.:** *Profit over People*, Europa Verlag, Hamburg – Wien, 1999.
- Chomsky, N.:** *Clintons Vision*, Trotzdem Verlag, Grafenau, 1994.
- Cipolla, C. und Borchardt, K., Hrsg.:** *Europäische Wirtschaftsgeschichte*, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart – New York, 1979, Bd. 1–5.
- Clark, J. B.:** *The Distribution of Wealth*, Kelley, New York, 1965.
- Cohen, D.:** *Unsere modernen Zeiten*, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York, 2001.
- Constant, B.:** *Über die Gewalt*, Verlag Herbert Lang, Bern, 1942.
- Condorcet, Marquis de:** *Entwurf einer historischen Darstellung der Fortschritte des menschlichen Geistes*, Suhrkamp, Köln, 1976.
- Cortés, D.:** *Der Staat Gottes*, Badenia in Karlsruhe, 1933.
- Courtois, S., u. a.:** *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, Piper Verlag, Zürich, 1998.
- Creveld, M. van:** *Aufstieg und Untergang des Staates*, Gerling Akademie Verlag, München, 1999.
- Creveld, M. van:** *Die Zukunft des Krieges*, Gerling Akademie Verlag, München, 1998.
- Czichon, E.:** *Wer verhalf Hitler zur Macht?*, Pahl–Rugenstein Verlag, Köln, 1967.
- Dahl, A. R.:** *Dilemmas of Pluralist Democracy*, Yale University Press, New Haven and London, 1982.
- Dahl, A. R.:** *Und nach der Revolution?*, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 1975.
- Dahrendorf, R.:** *Markt und Plan*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1966.
- Dahrendorf, R.:** *Fragmente eines neuen Liberalismus*, Deutsche Verlags–Anstalt, Stuttgart, 1987.

- Dahrendorf, R.:** *Die Chancen der Krise*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1983.
- Dahrendorf, R.:** *Die globale Klasse und die neue Ungleichheit*. In: Merkur 54 Jg., November 2000.
- Dahrendorf, R.:** *Der Wiederbeginn der Geschichte*, Verlag C.H. Beck, München. 2004.
S. 413–434.
- Deschner, K.:** *Opus Diaboli*, Rowohlt Verlag, Hamburg, 1987.
- Deschner, K.:** *Das Jahrhundert der Barbarei*, Verlag Kurt Desch, München, 1966.
- Deschner, K.:** *Abermals krächte der Hahn*, Verlag Arthur Moewig GmbH, Rastatt, 1987.
- Deschner, K.:** *Mit Gott und den Faschisten*, H. E. GüntherVerlag, Stuttgart, 1965.
- Dewey, J.:** *Die Erneuerung der Philosophie*, Junius Verlag, 1989.
- Dearlove, D.:** *Die Bill Gates Methode*, Ueberreuter, Wien – Frankfurt am Main, 2000.
- Dimitroff, G.:** *Gegen Faschismus und Krieg*, Verlag Philipp Reclam, Leipzig, 1982.
- Dirac, P.:** *Die Prinzipien der Quantenmechanik*, Leipzig, Hirzel, 1930.
- Djilas, M.:** *Die neue Klasse*, Kindler Verlag, München, 1959.
- Downs, A.:** *Ökonomische Theorie der Demokratie*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1968.
- Duhem, P.:** *Ziel und Struktur der physikalischen Theorien*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 1978.
- Dunlop, J.G.:** *The Movement of Real and Money Wage Rates*, Economic Journal 48, 1938.
- Durkheim, E.:** *Regeln der soziologischen Methode*, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin, 1961.
- Durkheim, E.:** *Der Selbstmord*, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin, 1973.
- Durkheim, E.:** *Über die Teilung der sozialen Arbeit*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1977.
- Duverger, M.:** *Demokratien im technischen Zeitalter – Das Janusgesicht des Westens*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1973.
- Dworkin, R.:** *Bürgerrechte ernstgenommen*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1984.

- Eco, U.:** *Das Foucaultsche Pendel*, Carl Hanser Verlag, München, 1989.
- Ehrenberg, H.:** *Raus aus der Krise*, Verlag J. H. W. Dietz, Bonn, 1999.
- Elias, N.:** *Über den Prozeß der Zivilisation*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1976.
- Elias, N.:** *Die höfische Gesellschaft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1999.
- Einstein, A – Infeld, L.:** *Physik als Abenteuer der Erkenntnis*, A. W. Sijthoff Verlag, Leiden, 1949.
- Einstein, A.:** *Mein Weltbild*, Europa Verlag A. G., Zürich, 1953.
- Engdahl, F. W.:** *Der Untergang des Dollar-Imperiums*, Kopp-Verlag, Rottenburg, 2009.
- Engels, F.:** *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, Dietz Verlag, Berlin, 1957.
- Engels, W.:** *Den Staat erneuern – den Markt retten*, Deutscher Instituts-Verlag, Köln, 1983.
- Engels, W.:** *Der Kapitalismus und seine Krisen*, Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf, 1996.
- Eppler, E.:** *Die Wiederkehr der Politik*, Insel Verlag, Frankfurt am Main, 1998.
- Eppler, E.:** *Privatisierung der politischen Moral?*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2000.
- Eppler, E.:** *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt?*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2002.
- Erber, G. – Hagemann, H. – Seiter, S.:** *Zukunftsperspektiven Deutschlands im internationalen Wettbewerb*, Physica-Verlag, Heidelberg, 1998.
- Erdmann, K. D.:** *Die Zeit der Weltkriege*, Union Verlag, Stuttgart, 1973.
- Erhard, L. – Müller-Armack, A.:** *Soziale Marktwirtschaft*, Ullstein, Frankfurt am Main, 1950.
- Eschenburg, T.:** *Das Jahrhundert der Verbände*, Wolf Jobst Siedler Verlag, Berlin, 1989.
- Eschenburg, T.:** *Herrschaft der Verbände?*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1963.
- Etzioni, A.:** *Jenseits des Egoismus-Prinzips*, Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart, 1994.

- Eucken, W.:** *Kapitaltheoretische Untersuchungen*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1954a.
- Eucken, W.:** *Unser Zeitalter der Misserfolge*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1954b.
- Eucken, W.:** *Nationalökonomie wozu?*, J. G. Cotta'sche Buchhandlung, Stuttgart, 2005.
- Eucken, W.:** *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1960.
- Felderer, B. Homburg, St.:** *Makroökonomik und neue Makroökonomik*, Springer Verlag, Berlin, 1987.
- Ferguson, A.:** *Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1986.
- Ferguson, N.:** *Der Aufstieg des Geldes*, EconVerlag, Berlin, 2009.
- Ferguson, N.:** *Politik ohne Macht*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart – München, 2001.
- Ferguson, N.:** *Das verleugnete Imperium*, Propyläen Verlag, Berlin, 2004.
- Feess, E.:** *Grundzüge der neoricardianischen Preis- und Verteilungstheorie*, Metropolis Verlag, 2000.
- Feyerabend, P.:** *Wider den Methodenzwang*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1976.
- Feyerabend, P.:** *Probleme des Empirismus*, Friedr. Vieweg & Sohn Verlagsgesellschaft mbH, Braunschweig, 1981.
- Feyerabend, P.:** *Der wissenschaftstheoretische Realismus und die Autorität der Wissenschaften*, Friedr. Vieweg & Sohn Verlagsgesellschaft mbH, Braunschweig, 1978.
- Fischer, F.:** *Bündnis der Eliten*, Droste Verlag, Düsseldorf, 1979.
- Fischer, W.:** *Deutsche Wirtschaftspolitik*, C.W. Leske Verlag, Opladen, 1968.
- Fisher, I.:** *Illusion des Geldes*, Verlag von Reimar Hobbing, Berlin, 1928.
- Fisher, I.:** *Die Kaufkraft des Geldes*, Georg Reimer Verlag, Berlin, 1916
- Fisher, I.:** *Der schwankende Geldwert*, Walter de Gruyter & Co., Berlin 1924.
- Flach, K.-H.:** *Noch eine Chance für die Liberalen*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1971.

- Flassbeck, H.:** *Preise, Zins und Wechselkurs*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1988.
- Flechtner, H. J.:** *Grundbegriffe der Kybernetik*, Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, 1970.
- Fleck, F.:** *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1980.
- Foerster, H.:** *Einführung in den Konstruktivismus*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1992.
- Forrester, V.:** *Der Terror der Ökonomie*, Wilhelm Goldman Verlag, München, 1997, S. 65.
- Forrester, V.:** *Die Diktatur des Profits*, Carl Hanser Verlag, München Wien, 2001.
- Foucault, M.:** *Die Ordnung der Dinge*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1971.
- Foucault, M.:** *Das Wahrsprechen des Anderen*, Materialis Verlag, Frankfurt am Main, 1988.
- Fourastié, J. – Schneider, J.:** *Warum die Preise sinken*, Campus Verlag, Frankfurt – New York, 1989.
- Föhl, C.:** *Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf*, Duncker & Humblot, Berlin, 1955.
- Föhl, C.:** *Ökonomie ist Sozialwissenschaft*, Verlag Franz Vahlen, München, 1990.
- Frank, P.:** *Das Kausalgesetz und seine Grenzen*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1988.
- Freud, S.:** *Das Unbehagen in der Kultur*, Fischer Taschenbuch, Frankfurt am Main, 1994.
- Frey, G.:** *Die Mathematisierung unserer Welt*, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 1967.
- Frey, G.:** *Erkenntnis der Wirklichkeit*, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 1965.
- Frey, G.:** *Philosophie und Wissenschaft*, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz, 1970.
- Frey, G.:** *Einführung in die philosophischen Grundlagen der Mathematik*, Schroedel Verlag, Hannover und Schöningh Verlag, Paderborn, 1968.
- Friedman, M.:** *Es gibt nichts umsonst*, Verlag Moderne Industrie, München, 1979.

- Friedman, M.:** *Chancen, die ich meine*, Ullstein, Berlin – Frankfurt am Main – Wien, 1980.
- Friedman, M.:** *Kapitalismus und Freiheit*, Seewald Verlag, Stuttgart, 1971.
- Friedman, M.:** *Die optimale Geldmenge und andere Essays.*, Verlag Moderne Industrie, München, 1970.
- Fukuyama, F.:** *Ende der Geschichte*, Kindler Verlag GmbH, München, 1992.
- Gahlen, B.:** *Der Informationsgehalt der neoklassischen Wachstumstheorie für die Wirtschaftspolitik*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1972.
- Gahlen, B.:** *Einführung in die Wachstumstheorie*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1973.
- Gahlen, B.:** *Die Überprüfung produktionstheoretischer Hypothesen für Deutschland (1850–1913)*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1968.
- Galbraith, J. K.:** *Geld*, Droemer–Knaur, München/Zürich, 1976.
- Galbraith, J. K.:** *Die Arroganz der Satten*, Scherz Verlag, Bern und München, 1980.
- Galbraith, J. K.:** *Die moderne Industriegesellschaft*, Droemer – Knaur, München, 1974.
- Galbraith, J. K.:** *Der amerikanische Kapitalismus*, A. J. Walter Verlag, Stuttgart – Wien – Zürich, 1956.
- Galbraith, J. K.:** *Die Entmythologisierung der Wirtschaft*, Paul Zsolnay Verlag, Wien–Darmstadt, 1988.
- Galbraith, J. K.:** *Die solidarische Gesellschaft*, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 1998.
- Galbraith, J. K.:** *Die Herrschaft der Bankrotteure*, Hoffman und Campe, Hamburg 1992.
- Galbraith, J. K.:** *Anatomie der Macht*, C. Bertelsmann Verlag, München, 1987.
- Galbraith, J. K.:** *Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs*, Siedler Verlag, München 2005.
- Gall, L. – Pohl, M.:** *Unternehmen im Nationalsozialismus*, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München, 1998.

- Garatty, J. A.:** *The New Deal, National Socialism, and the Great Depression*, in *The American Historical Review*, Band 78, Nr. 4 (Oktober 1973).
- Garegnani, P.:** *Kapital, Einkommensverteilung und effektive Nachfrage*, Metropolis Verlag, Marburg, 1989.
- Gasset, J. O. y:** *Der Aufstand der Massen*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1955.
- Gehlen, A.:** *Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1949.
- Gehlen, A.:** *Der Mensch*, Athenäum Verlag, Frankfurt am Main – Bonn, 1966.
- George, H.:** *Schutz oder Freihandel*, Verlag von E. Staude, Berlin 1887.
- George, H.:** *Soziale Probleme*, Verlag Gustav Fischer, Jena, 1921.
- Georgescu-Roegen, N.:** *The Mechanistic Dogma in Economics*, *British Review of Economic Issues*, 2, 1978.
- Gesell, S.:** *Gesammelte Werke*, Gauke-Verlag, Hann. Münden, 1988.
- Giddens, A.:** *Die Konstitution der Gesellschaft*, Campus Verlag, Frankfurt am Main – New York, 1995.
- Giddens, A.:** *Entfesselte Welt*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1999.
- Giddens, A.:** *Die Frage der sozialen Ungleichheit*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2001.
- Giddens, A.:** *Der dritte Weg*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1999.
- Giddens, A.:** *Jenseits von Links und Rechts*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1999.
- Gillman, J. M.:** *Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate*, Europa Verlag, Wien, 1969.
- Glucksmann, A.:** *Die Macht der Dummheit*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1985.
- Goffman, E.:** *Rahmen-Analyse*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1977.
- Goldhagen, D. J.:** *Hitlers willige Vollstrecker*, Siedler Verlag, Berlin, 1996.
- Gorz, A.:** *Abschied vom Proletariat*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1980.

- Gorz, A.:** *Kritik der ökonomischen Vernunft*, Rotbuch Verlag, Berlin, 1989.
- Gorz, A.:** *Wege ins Paradies*, Rotbuch Verlag, Berlin, 1983.
- Göhler, G. – Lenk, K. – Schmalz–Bruns, R. (Hrsg.):** *Die Rationalität politischer Institutionen*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden–Baden, 1990.
- Gouldner, A. W.:** *Die Intelligenz als neue Klasse*, Campus Verlag, Frankfurt am Main / New York, 1980.
- Gouldner, A. W.:** *Die westliche Soziologie in der Krise*, Rowohlt, Reinbeck bei Hamburg, 1974.
- Gouldner, A. W.:** *Reziprozität und Autonomie*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1984.
- Greider, W.:** *Endstation Globalisierung*, Wilhelm Heyne Verlag, München, 1998.
- Gramlich, L. (Hrsg.):** *Bundesbankgesetz, Währungsgesetz, Münzengesetz*, Carl Heymanns Verlag, Köln, 1988.
- Gray, J.:** *Liberalism*, University of Minnesota Press, Minneapolis, 1995.
- Gray, J.:** *Die falsche Verheißung*, Alexander Fest Verlag, 1999.
- Greider, W.:** *Endstation Globalisierung*, Wilhelm Heyne Verlag, München, 1998.
- Greiffenhagen, M.:** *Politische Legitimität in Deutschland*, Bartelsmann Verlag, Gütersloh, 1997.
- Groth, K. J.:** *Spitzenversager*, Wirtschaftsverlag Langen Müller, Herbig, 1997.
- Guicciardini, F.:** *Vom politischen und bürgerlichen Leben*, Verlag Küpper, Berlin, 1955.
- Guilford, J. P. – Hoepfner R.:** *Analyse der Intelligenz*, Belz Verlag, Weinheim und Basel, 1976.
- Habermas, J.:** *Faktizität und Geltung*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1992.
- Habermas, J.:** *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1973.
- Hagemann, H.:** *Rate of Return und Profitrate*, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan, 1977.
- Hahn, O.:** *Die Währungsbank: Behörde, Unternehmung, Autorität*, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 1993.

- Hallgarten, W. G.:** *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis in die Gegenwart*, Athenäum Verlag, Frankfurt am Main, 1986.
- Hansen, A.:** *Keynes' ökonomische Lehren*, Ring-Verlag, Stuttgart 1959.
- Harold, J.:** *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1988.
- Hayek, F. A.:** *Liberalismus*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1979.
- Hayek, F. A.:** *Geldtheorie und Konjunkturtheorie*, Hölder-Pichler-Tempsky A. G., Wien – Leipzig, 1929.
- Hayek, F. A.:** *Missbrauch und Verfall der Vernunft*, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main, 1959.
- Hayek, F. A.:** *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, Eugen Rentsch, Erlenbach – Zürich, 1952.
- Hayek, F. A.:** *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*, Verlag Moderne Industrie, München, 1980.
- Hayek, F. A.:** *Die Verfassung der Freiheit*, Eugen Rentsch, Erlenbach – Zürich, 1971.
- Hayek, F. A.:** *Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1977a.
- Hayek, F. A.:** *Entnationalisierung des Geldes*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1977b.
- Hayek, F. A.:** *Der Weg zur Knechtschaft*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 2004.
- Hayek, F. A.:** *Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1977c.
- Hawking, W.:** *Eine kurze Geschichte der Zeit*, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1988.
- Hegel, G. W. F.:** *Phänomenologie des Geistes*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 1980.
- Hegel, G. W. F.:** Werke (Band VIII – *Grundlinien der Philosophie des Rechts*), Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 1883.
- Heilbroner, R. L.:** *Der Niedergang des Kapitalismus*, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 1977.
- Heim, H. – Jochmann, W. (Hrsg.):** *Adolf Hitler Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944*, Albrecht Knaus Verlag, Hamburg, 1980.

- Heine, M. – Herr, H.:** *Volkswirtschaftslehre*, R. Oldenbourg Verlag, München – Wien, 2003.
- Heine, M. – Herr, H.:** *Die Europäische Zentralbank*, Metropolis Verlag, Marburg, 2004.
- Heinsohn, G. – Steiger, O.:** *Eigentum, Zins und Geld*, Rohwohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg, 1979.
- Heisenberg, W.:** *Wandlungen in den Grundlagen der Naturwissenschaft*, Acht Vorträge, Zürich, 1949.
- Heisenberg, W.:** *Der Teil und das Ganze*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1969.
- Heisenberg, W.:** *Ordnung der Wirklichkeit*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1989.
- Heisenberg, W.:** *Physik und Philosophie*, S. Hirzel Verlag, Stuttgart, 1990.
- Heisenberg, W.:** *Deutsche und Jüdische Physik*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1992.
- Held, D.:** *Democracy and the Global Order*, Polity Press, Cambridge, 1995.
- Helmedag, F.:** *Die Technikwahl bei linearer Einzelproduktion oder Die dritte Krise der Profitrate*, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main – Bern – New York, 1986.
- Hengsbach, F.:** *Globalisierung aus wirtschaftlicher Perspektive*, C. F. Müller Verlag, Heidelberg, 1998.
- Hennig, E.:** *Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1973.
- Hereth, M.:** *Montesquieu zur Einführung*, Junius Verlag, Hamburg, 1995.
- Herz, D.:** *Die wohlerwogene Republik*, Ferdinand Schöningh, Paderborn, 1999.
- Hicks, J. R.:** *Theory of Economic History*, Oxford University Press, Oxford, 1969.
- Hickel, R., Kisker, K. P., Mattfeldt, H., Troost, A., (Hrsg.):** *Politik des Kapitals – heute*, VSA-Verlag, Hamburg, 2000.
- Hirsch, F.:** *Die sozialen Grenzen des Wachstums*, Rohwohlt Verlag, Reinbeck bei Hamburg, 1980.
- Hirsch, J.:** *Kapitalismus ohne Alternative?*, VSA-Verlag, Hamburg, 1990.

- Hirschman, A. O.:** *Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart, 1967.
- Hirschman, A. O.:** *Leidenschaften und Interessen*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1980.
- Hirschman, A. O.:** *Entwicklung, Markt und Moral*, Carl Hanser Verlag, München – Wien, 1989.
- Hobbes, T.:** *Leviathan*, Rowohlt, München, 1965.
- Hobbes, T.:** *Vom Menschen – Vom Bürger*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 1994.
- Hobbes, T.:** *Naturrecht und allgemeines Staatsrecht in den Anfangsgründen*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1976.
- Hobhouse, L. T.:** *Liberalism and Other Writings*, Cambridge University Press, Cambridge, 1994.
- Hobson, J. A.:** *The Problem of the Unemployed*, London, 1896.
- Hobsbawm, E. J.:** *Das imperiale Zeitalter 1875–1914*, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1995.
- Hobsbawm, E. J.:** *Wieviel Geschichte braucht die Zukunft*, Carl Hanser Verlag, München – Wien, 1998.
- Hobsbawm, E. J.:** *Die Blütezeit des Kapitalismus*, Kindler Verlag GmbH, München 1977.
- Hobsbawm, E. J.:** *Das Gesicht des 21. Jahrhunderts*, Carl Hanser Verlag, München – Wien, 1999.
- Höffe, O. (Hrsg.):** *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main, 1989.
- Holtfrerich, C.–L.:** *Die deutsche Inflation 1914–1923*, Walter de Gruyter, Berlin, 1980.
- Holtfrerich, C.–L.:** *Requiem auf eine Währung*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 2001.
- Holtfrerich, C.–L.:** *Alternativen zu Brünnings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise*, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden, 1982.
- Holtfrerich, C.–L.:** *Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik?*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 1984/Heft 1.
- Holtfrerich, C.–L. – Schötz, H. O.:** *Vom Weltgläubiger zum Weltschuldner*, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main, 1988.
- Homann, K. – Blome-Drees, F.:** *Wirtschafts- und Unternehmensethik*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1992.

- Honderich, T.:** *Das Elend des Konservatismus*, Rotbuch Verlag, Hamburg, 1994.
- Hoppe, H.–H.:** *Demokratie, Der Gott, der keiner ist*, Thomas Hoof KG, Leipzig, 2003.
- Horkheimer, M. – Adorno, T.:** *Dialektik der Aufklärung*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1969.
- Hübner, K.:** *Theorie der Regulation*, Sigma Bohn Verlag, Berlin, 1988.
- Huffschied, J.:** *Wem gehört Europa?*, Distel Verlag, Heilbron, 1994.
- Humboldt, von Wilhelm:** *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen*, Philipp Reclam, Stuttgart, 1995.
- Hume, D.:** *Politische und ökonomische Essays*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 1988.
- Hume, D.:** *Abriß eines neuen Buches, betitelt: Ein Traktat über die menschliche Natur, etc.*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 1980.
- Hume, D.:** *Eine Untersuchung über die Prinzipien der Moral*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1984.
- Huxley, A.:** *Wackere neue Welt*, Steinberg Verlag, Zürich, 1952.
- Huxley, A.:** *Dreissig Jahre danach*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1960.
- Jahoda, M. – Lazarsfeld, P. – Zeisel, H.:** *Die Arbeitslosen von Marienthal*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1978.
- James, H.:** *Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924–1936*, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1988.
- James, W.:** *Der Pragmatismus*, Verlag von Dr. Werner Klinkhardt, Leipzig, 1908.
- James, H.:** *Der Rückfall*, Pieper Verlag, München–Zürich, 2001.
- Janich, P.:** *Grenzen der Naturwissenschaften*, Verlag C. H. Beck, München, 1992.
- Jencks, Ch.:** *Chancengleichheit*, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg, 1973.
- Jencks, Ch.:** *Inequality. A Reassessment of the Effect of Family and Schooling in America*, Basic Books, New York, 1972.
- Jenner, G.:** *Das Ende des Kapitalismus*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1999.
- Jevons, W. S.:** *Die Theorie der Politischen Ökonomie*, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1924.

- Jöckel, E.:** *Das deutsche Jahrhundert*, Deutsche Verlag-Anstalt, Stuttgart, 1996.
- Jodl, F.:** *Geschichte der Ethik als philosophischer Wissenschaft*, Phaidon Verlag, Essen, 1998.
- Jonas, H.:** *Das Prinzip Verantwortung*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1984.
- Judt, T.:** *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*, Carl Hanser Verlag, München, 2006.
- Kalecki, M.:** *Krise und Prosperität im Kapitalismus*, Metropolis, Marburg, 1987.
- Kalecki, M.:** *Theorie der wirtschaftlichen Dynamik*, Europa Verlag, Wien – Frankfurt – Zürich, 1966.
- Kaldor, M.:** *Neue und alte Kriege*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1999.
- Kaldor, N.:** *Grenzen der „General Theory“*, Springer-Verlag, Berlin-Heidelberg-New York-Tokyo, 1983.
- Kalmbach, P.:** *Wachstum und Verteilung in neoklassischer und postkeynesianischer Sicht*, Duncker & Humblot, Berlin, 1972.
- Kant, I.:** *Kritik der reinen Vernunft*, bei Johan Friedrich Hartknoch, Leipzig, 1828.
- Kant, I.:** *Zum ewigen Frieden*, Verlag der Nation, Berlin, 1987.
- Kant, I.:** *Politische Schriften*, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen, 1965.
- Kant, I.:** *Metaphysische Anfangsgründe der Naturwissenschaft*, Harald Fischer Verlag, Erlangen, 1984.
- Kelsen, H.:** *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, Scientia Verlag, Aalen, 1981.
- Keynes, J. M.:** *Das Ende des Laissez-faire*, Duncker & Humbolt, Berlin, 1928.
- Keynes, J. M.:** *Vom Gelde*, Duncker & Humbolt, München und Leipzig, 1932.
- Keynes, J. M.:** *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Duncker & Humblot, Berlin, 1952.
- Koch, Claus:** *Die Gier des Marktes*, Carl Hanser Verlag, München, 1995.
- Kofler, L.:** *Der Konservatismus*, VSA-Verlag, Hamburg, 1984.

- Kolakowski, L.:** *Der Mensch ohne Alternative*, R. Piper & Co. Verlag, München, 1976.
- Kornai, J.:** *Anti-Äquilibrium*, Springer Verlag, Berlin–Heidelberg–New York, 1975.
- Koslowski, P.:** *Ethik des Kapitalismus*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1984.
- Kostolany, A.:** *Kostolanys Bilanz der Zukunft*, Econ & List Taschenbuch Verlag, München, 1999.
- Koyre, A.:** *Von der geschlossenen Welt zum unendlichen Universum*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1969.
- Koyre, A.:** *Galilei – Die Anfänge der neuzeitlichen Wissenschaft*, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin, 1988.
- Krais, B. (Hrsg.):** *An der Spitze*, UVK Verlagsgesellschaft, 2001.
- Kroll, G.:** *Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur*, Duncker & Humblot, Berlin, 1958.
- Kromphardt, J.:** *Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus – von seiner Entstehung bis zur Gegenwart*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1987.
- Kromphardt, J.:** *Wachstum und Konjunktur*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1977.
- Kromphardt, J.:** *Strukturwandel und Einkommensverteilung*, J. C. B. Mohr, Göttingen, 1987.
- Krugman, P.:** *Die Große Rezession*, Campus Verlag, Frankfurt / New York, 1999.
- Krugman, P.:** *Schmalspur-Ökonomie*, Campus Verlag, Frankfurt / New York, 2000.
- Kuhn, T.:** *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1967.
- Kulla, B.:** *Die Anfänge der empirischen Konjunkturforschung in Deutschland 1925–1933*, Duncker & Humblot, Berlin, 1996.
- Kurz, R.:** *Schwarzbuch Kapitalismus*, Eichborn Verlag, Frankfurt am Main, 1999.
- Lafargue, P.:** *Das Recht auf Faulheit*, Trotzdem–Verlagsgenossenschaft, Grafenau, 2000.
- Lakatos, I.:** *Die Methodologie der wissenschaftlichen Forschungsprogramme*, Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig/Wiesbaden, 1982.

- Lakatos, I. – Musgrave, A. (Hrsg.):** *Kritik und Erkenntnisfortschritt*, Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig, 1974.
- Landes, D. S.:** *Wohlstand und Armut der Nationen*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1999.
- Landes, D. S.:** *Der entfesselte Prometheus*, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 1973.
- Lange, O.:** *Say's law: a restatement and criticism*, in Lange, O., *Studies in Mathematical Economics and Econometrics*, University of Chicago Press, Chicago, 1942, IL, S. 49–68.
- Langer, J.:** *Grenzen der Herrschaft*, Westdeutscher Verlag, Opladen, 1988.
- Lasch, C.:** *Das Zeitalter des Narzißmus*, Verlag Steinhausen GmbH, München, 1980.
- Lasch, C.:** *Die blinde Elite*, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 1995.
- Laski, H. J.:** *The Rise of European Liberalism. An Essay in Interpretation*, London, George Allen & Unwin Ltd., 1936
- Lasswell, H. D.:** *Politik und Moral*, Ring Verlag, Stuttgart und Düsseldorf, 1957.
- Lasswell, H. D.:** *Politics, Who Gets What, When, How*, Smith Peter, New York, 1936.
- Lau, E. E.:** *Interaktion und Institutionen*, Duncker & Humblot, Berlin, 1978.
- Le Bon, G.:** *Psychologie der Massen*, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1964.
- Lederer, E.:** *Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1981.
- Lederer, E.:** *Wirkungen des Lohnabbaus*, Tübingen, 1931
- Leggewie, C.:** *Der Geist steht rechts*, Rotbuch Verlag, Berlin, 1987.
- Leijonhufvud, A.:** *Über Keynes und den Keynesianismus*, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 1973.
- Lenin, V. I.:** *Staat und Revolution*, Dietz Verlag, Berlin, 1962.
- Lenk, H.:** *Kreative Aufstiege*, Surkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2000.
- Lenk, H.:** *Erfassung der Wirklichkeit*, Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg, 2000.

- Lévi-Strauss, C.:** *Strukturelle Anthropologie*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1967.
- Lind, M.:** *The Next American Nation – The Nationalism and the Fourth American Revolution*, The Free Press, New York/London, 1995.
- Lipset, S. M.:** *Soziologie der Demokratie*, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied am Rhein, 1962.
- List, F.:** *Das nationale System der politischen Oekonomie*, J. G. Cotta'scher Verlag, Stuttgart und Tübingen, 1841.
- Locke, J.:** *Zwei Abhandlungen über die Regierung*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1967.
- Lorenz, K.:** *Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit*, R. Piper & Co. Verlag, München – Zürich, 1973.
- Lorenz, K.:** *Die Naturwissenschaft vom Menschen*, R. Piper & Co. Verlag, München – Zürich, 1992
- Lorenz, K.:** *Das sogenannte Böse*, Borotha-Schoeler Verlag, Wien, 1963.
- Luhmann, N.:** *Zweckbegriff und Systemrationalität*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1968.
- Luhmann, N.:** *Soziale Systeme*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1984.
- Luhmann, N.:** *Macht*, Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart, 1975.
- Lundberg, F.:** *Die Reichen und die Superreichen*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1971.
- Lytard, J.-F.:** *Grabmal des Intellektuellen*, Edition Passagen, Graz – Wien – Böhlau, 1985.
- Machiavelli, N.:** *Discorsi*, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1977.
- Machiavelli, N.:** *Der Fürst*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1961.
- Macpherson, C. B.:** *Demokratie-Theorie*, Verlag C. H. Beck, München, 1977.
- Macpherson, C. B.:** *Die politische Theorie des Besitzindividualismus*, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, 1967.
- Macpherson, C. B.:** *Nachruf auf die liberale Demokratie*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1983.
- Malinowski, B.:** *Argonauten des westlichen Pazifik*, Syndikat, Frankfurt am Main, 1979.

- Malthus, T. R.:** *Grundsätze der Politischen Ökonomie*, Verlag R. L. Prager, Berlin, 1910.
- Mander, J. – Cavanaugh, J.:** *Eine andere Welt ist möglich*, Riemann Verlag, München, 2003.
- Mandeville, B.:** *Die Bienenfabel*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1968.
- Mankiw, N. G.:** *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*, Schäffer–Poeschel Verlag, Stuttgart, 1998.
- Marcuse, H.:** *Der eindimensionale Mensch*, Luchterhand Verlag, Neuwied – Berlin, 1964.
- Marshall, A.:** *Principles of Economics*, MacMillan and Co., London, 1920.
- Martin, H.–P. – Schumann H.:** *Die Globalisierungsfalle*, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg, 1996.
- Marx, K.:** *Das Kapital*, Dietz Verlag, Berlin, 1955.
- Marx, K.:** *Manifest der kommunistischen Partei*, Verlag Das Neue Wort, Stuttgart, 1953.
- Maslow, A. H.:** *Motivation und Persönlichkeit*, Walter–Verlag, Olten, 1977.
- Mattfeldt, H.:** *Keynes*, VSA–Verlag, Hamburg, 1985.
- Matussek, P.:** *Kreativität als Chance*, R. Piper & Co. Verlag, München – Zürich, 1974.
- Mayer–Tasch, P. C.:** *Die Bürgerinitiativbewegung*, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, 1976.
- Mazower, M.:** *Der dunkle Kontinent*, Alexander Fest Verlag, Berlin, 2000.
- Mead, G. H.:** *Philosophie der Sozialität*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1969.
- Mead, G. H.:** *Geist, Identität und Gesellschaft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1973.
- Menger, C.:** *Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften, und der Politischen Oekonomie insbesondere*, Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig, 1883.
- Menger, C.:** *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1968.
- Merseburger, P.:** *Die unberechenbare Vormacht*, C. Bertelsmann Verlag, München, 1983.

- Merton, R. K.:** *Soziologische Theorie und soziale Struktur*, Walter de Gruyter, Berlin – New York, 1995.
- Michels, R.:** *Masse, Führer, Intellektuelle*, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 1987.
- Michels, R.:** *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1989.
- Miegel, M.:** *Die deformierte Gesellschaft*, Propyläen Verlag, Hamburg, 2002.
- Miegel, M. – Wahl, S.:** *Das Ende des Individualismus*, Aktuell Verlag, München, 1993.
- Mill, J. St.:** *Grundsätze der politischen Ökonomie*, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1913.
- Mill, J. S.:** *Der Utilitarismus*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1965.
- Mill, J. S.:** *Die Freiheit*, Scientia Verlag, Aalen, 1968.
- Mills, C. W.:** *Die amerikanische Elite*, Holstein-Verlag, Hamburg, 1962.
- Mills, C. W.:** *Kritik der soziologischen Denkweise*, Luchterhand Verlag, Neuwied am Rhein, 1963.
- Mills, C. W.:** *Die Konsequenz*, Kindler Verlag, München, 1959.
- Minc, A.:** *Das neue Mittelalter*, Hoffmann und Campe, Hamburg, 1994.
- Mirowski, P.:** *More heat than light*, Cambridge University Press, Cambridge, 1990.
- Mises, L.:** *Die Gemeinwirtschaft*, Gustav Fischer Verlag, Jena 1922.
- Mises, L.:** *Liberalismus*, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1927.
- Mises, L.:** *Die Wurzeln des Antikapitalismus*, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main, 1958.
- Mommsen, H.:** *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar*, Ullstein, Berlin, 1997.
- Mommsen, H.:** *Der Mythos von der Modernität*, Klartext Verlag, Essen, 1999.
- Montaigne, M. de.:** *Essais*, Eichborn Verlag, Frankfurt am Main, 1998.
- Montesquieu, C. de.:** *Vom Geist der Gesetze*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1965.
- Moore, M.:** *Stupid White Men*, Piper Verlag, München – Zürich, 2002.
- Morgenstern, O.:** *Spieltheorie und Wirtschaftswissenschaft*, R. Oldenbourg Verlag, München – Wien, 1963.

- Mosca, G.:** *Die herrschende Klasse*, Leo Lehnen Verlag, München, 1950.
- Mousnier R. und Labrousse F.:** *Le XVIIIe siècle*, Paris, 1959.
- Müller, A.:** *Die Reformlüge*, Droemer, München, 2004.
- Müller, A.:** *Machtwahn*, Droemer, München, 2006.
- Müller, Ch. (Hrsg.):** *Der soziale Rechtsstaat*, Nomos Verlag, Baden-Baden, 1984.
- Müller, K. O. W.:** *Die bürgerliche Kreislauftheorie*, Verlag die Wirtschaft, 1970, Berlin.
- Müller–Armack, A.:** *Genealogie der Wirtschaftsstile*, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 1944.
- Müller–Armack, A.:** *Genealogie der sozialen Marktwirtschaft*, Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart, 1981.
- Münch, R.:** *Die Kultur der Moderne*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1986.
- Münch, R.:** *Risikopolitik*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1996.
- Mussler, W.:** *Die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Gemeinschaft im Wandel*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden–Baden, 1998.
- Myrdal, G.:** *Das Wertproblem in der Sozialwissenschaft*, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover, 1965.
- Myrdal, G.:** *Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung*, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover, 1963.
- Myrdal, G.:** *Objektivität in der Sozialforschung*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1971.
- Napoleoni, L.:** *Die Ökonomie des Terrors*, Verlag Antje Kunstmann, München, 2004.
- Naschold, F. – Bogumil, J.:** *Modernisierung des Staates*, Laske + Budrich, Opladen, 1998.
- Neumann, F.:** *Demokratischer und autoritärer Staat*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1967.
- Neumann, J.:** *Spieltheorie und wirtschaftliches Verhalten*, Physica Verlag, Würzburg, 1961.
- Nigel, C.:** *Das Sexleben der Päpste*, Edition Enfer, 1996.
- Nietzsche, F.:** *Das Hauptwerk*, Verlagsbuchhandlung GmbH, München, 1990.

- Nietzsche, F.:** *Nachgelassene Werke*, Alfred Kröner Verlag, Leipzig, 1911.
- Nordmann, J.:** *Der lange Marsch zum Neoliberalismus*, VSA-Verlag, Hamburg, 2005.
- North, D.:** *Theorie des institutionellen Wandels*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen. 1988.
- Nozick, R.:** *Anarchie Staat Utopia*, Moderne Verlags Gesellschaft, München, 1975.
- Nozick, R.:** *Vom richtigen, guten und glücklichen Leben*, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 1993.
- Oberndörfer, D.:** *Von der Einsamkeit des Menschen in der modernen amerikanischen Gesellschaft*, Rombach Verlag, Freiburg im Breisgau, 1958.
- Offe, C.:** *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1972.
- Offe, C.:** *Leistungsprinzip und industrielle Arbeit*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1970.
- Offe, C.:** *Der Tunnel am Ende des Lichts*, Campus Verlag, Frankfurt am Main – New York, 1994.
- Olson, M.:** *Umfassende Ökonomie*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1991.
- Olson, M.:** *Aufstieg und Niedergang von Nationen*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen. 1985.
- Olson, M.:** *Die Logik des kollektiven Handelns*, Mohr, Tübingen, 1968.
- Ogger, G.:** *Nieten in Nadelstreifen*, Droemer Knaur, , München, 1992.
- Ogger, G.:** *Das Kartell der Kassierer*, Droemer Verlag, München, 1994.
- Ogger, G.:** *Absahnen und abhauen*, Droemer Verlag, München, 1998.
- Ogger, G.:** *Macher im Machtrausch*, Droemer Verlag, München, 1999.
- Ogger, G.:** *Die Ego-AG*, C. Bartelsmann Verlag, München, 2003.
- Orwell, G.:** *1984*, Diana-Verlag AG, Zürich, 1980.
- Orwell, G.:** *Farm der Tiere*, Diogenes-Verlag, Zürich, 1982.
- Osborne, D. – Gaebler, T.:** *Der innovative Staat*, Gabler Verlag, Wiesbaden, 1997.
- Overholt, W.:** *Gigant der Zukunft*, Droemer Knaur, München, 1994.
- Paech, N. – Stuby, G.:** *Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen*, VSA-Verlag, München, 2001.

- Pais, A:** *Raffiniert ist der Herrgott ... Albert Einstein*, Eine wissenschaftliche Biographie, Vieweg Verlag, Wiesbaden, 1986.
- Papen, F.:** *Vom Scheitern einer Demokratie*, Hase&Koehler-Verlag, Mainz, 1985.
- Pareto, V.:** *System der allgemeinen Soziologie*, Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart, 1962.
- Parkinson, C.N.:** *Big Business*, Econ Verlag, Düsseldorf – Wien, 1975.
- Parsons, T:** *Das System moderner Gesellschaften*, Juventa Verlag, Weinheim und München, 2000.
- Pasinetti, L. L.:** *Vorlesungen zur Theorie der Produktion*, Metropolis Verlag, Marburg, 1988.
- Perelman, C.:** *Über die Gerechtigkeit*, Verlag C. H. Beck, München, 1967.
- Perelman, C.:** *Das Reich der Rhetorik*, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München, 1980.
- Perelman, C.:** *Logik und Argumentation*, Athenäum Verlag, Königstein/Ts., 1979.
- Perroux, F.:** *Zwang – Tausch – Geschenk*, Curt E. Schwab, Stuttgart, 1961.
- Peter, H.:** *Strukturlehre der Volkswirtschaft*, Verlag Otto Schwartz, Göttingen, 1963.
- Peter, H.:** *Mathematische Strukturlehre des Wirtschaftskreislaufes*, Verlag Otto Schwartz, Göttingen, 1954.
- Petzina, D.:** *Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit*, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden, 1977.
- Petzina, D.:** *Die Verantwortung des Staates für die Wirtschaft*, Klartext Verlag, Essen, 2000.
- Piaget, B. J.:** *Weisheit und Illusionen der Philosophie*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1974.
- Piaget, B. J.:** *Die Entwicklung der Erkenntnis*, Ernst Klett Verlag, Stuttgart, 1972.
- Piaget, B. J.:** *Der Strukturalismus*, Walter-Verlag, Olten, 1973.
- Pierre V.:** *Or et monnaie dans l'histoire 1450–1920*, Flammarion, Paris, 1974.
- Pigou, A.:** *The Economics of Welfare*, London: Macmillan, 1952.
- Piore, J.M. – Sabel C. F.:** *Das Ende der Massenproduktion*, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin, 1985.

- Planck, M.:** *Vom Wesen der Willensfreiheit und andere Vorträge*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1991.
- Platon:** *Der Staat*, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 1955.
- Platt, H.:** *Input–Output Analyse*, Verlag Anton Hain K. G., Meisenheim am Glan, 1957.
- Plessner, H.:** *Die verspätete Nation*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1982.
- Poincaré, H.:** *Wissenschaft und Hypothese*, Verlag von B. G. Teubner, Leipzig, 1906a.
- Poincaré, H.:** *Der Wert der Wissenschaft*, Verlag von B. G. Teubner, Leipzig, 1906b.
- Poincaré, H.:** *Wissenschaft und Methode*, Verlag von B. G. Teubner, Stuttgart, 1973.
- Polanyi, K.:** *The Great Transformation*, Europa Verlag, Wien, 1977.
- Polanyi, K.:** *Ökonomie und Gesellschaft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1979.
- Pollock, F.:** *Automation*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1964.
- Popper, K.:** *Das Elend des Historismus*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1987.
- Popper, K.:** *Logik der Forschung*, Verlag von Julius Springer, Wien, 1935.
- Popper, K.:** *Der Zauber Platons*, A. Francke Verlag, Berlin, 1957.
- Popper, K.:** *Conjectures and Refutations: The Growth of Scientific Knowledge*, Routledge & Kegan Paul, London, 1969.
- Popper, K.:** *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Francke AG Verlag, München, 1975.
- Popper, K.:** *Die Zukunft ist offen*, R. Piper, München – Zürich, 1985.
- Postman, N.:** *Die zweite Aufklärung*, Berlin Verlag, Berlin 1999.
- Prantl, H.:** *Kein schöner Land*, Droemer Knauer, München, 2005.
- Preiser, E.:** *Bildung und Verteilung des Volkseinkommens*, Göttingen – Vandenhoeck, Ruprecht, 1970.
- Preller, L.:** *Sozialpolitik in der Weimarer Republik*, Franz Mittelbach Verlag, Stuttgart, 1949.
- Prokop, D.:** *Der Medien–Kapitalismus*, VSA–Verlag, Hamburg, 2000.
- Putnam, H.:** *Vernunft, Wahrheit und Geschichte*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1980.

- Quetelet, A.:** *Über den Menschen und die Entwicklung seiner Fähigkeiten*, E. Schweizerbart's Verlagshandlung, 1838, Stuttgart.
- Quine, W. V. O.:** *Von einem logischen Standpunkt*, Ullstein, Frankfurt am Main, Berlin, Wien, 1979.
- Quine, W. V. O.:** *Theorien und Dinge*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1985.
- Quine, W. V. O.:** *Ontologische Relativität*, Phillip Reclam jun., Stuttgart, 1975.
- Quine, W. V. O.:** *Wort und Gegenstand*, Philipp Reclam jun., Stuttgart, 1980.
- Radermacher, F.:** *Balance oder Zerstörung*, Ökosoziales Forum Europa, 2004.
- Rawls, J.:** *Gerechtigkeit als Fairneß*, Verlag Karl Alber, Freiburg – München, 1977.
- Rawls, J.:** *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1975.
- Rawls, J.:** *Die Idee des politischen Liberalismus*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1994.
- Reich, R. B.:** *Superkapitalismus*, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 2008.
- Reich, R. B.:** *Die neue Weltwirtschaft*, Ullstein, Frankfurt am Main, 1993.
- Reichenbach, H.:** *Der Aufstieg der wissenschaftlichen Philosophie*, Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig, 1968.
- Remane, A.:** *Sozialleben der Tiere*, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart – New York, 1976.
- Ricardo, D.:** *Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung*, Metropolis-Verlag, Marburg, 1994.
- Richter, R.:** *Deutsche Geldpolitik 1948–1998*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1999.
- Rickert, H.:** *Grundprobleme der Philosophie*, Verlag von J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1934.
- Rieger, E. – Leibfried, S.:** *Grundlagen der Globalisierung*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2001.
- Riesman, D.:** *Die einsame Masse*, Hermann Luchterhand Verlag, Darmstadt, 1956.
- Riesman, D.:** *Wohlstand wofür?*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1966.

- Rifkin, J.:** *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Campus Verlag, Fankfurt/New York, 1995.
- Rifkin, J.:** *Der Europäische Traum*, Campus Verlag, Fankfurt/New York, 2004.
- Robinson, J.:** *Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft*, Verlag C. H. Beck, München, 1965.
- Robinson, J.:** *Die Akkumulation des Kapitals*, Europa Verlag, Wien, 1958.
- Robinson, J.:** *The Second Crisis of Economic Theory*, in: American Economic Review, Papers and Proceedings 62, 1972.
- Robinson, J (Hrsg.):** *After Keynes*, Oxford, 1973.
- Röpke, W.:** *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart, 1979.
- Röpke, W.:** *Civitas humana*, Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart, 1979.
- Röpke, W.:** *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart, 1979.
- Röpke, W.:** *Die Lehre von der Wirtschaft*, Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart, 1994, 13. Aufl.
- Rörich, W.:** *Politik und Ökonomie der Weltgesellschaft*, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg, 1978.
- Rorty, R.:** *Wahrheit und Fortschritt*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2000.
- Rorty, R.:** *Der Spiegel der Natur – Eine Kritik der Philosophie*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1981.
- Rorty, R.:** *Hinter den Spiegeln*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2001.
- Rorty, R.:** *Philosophie & die Zukunft*, Fischer-Verlag, Frankfurt am Main, 2000.
- Rorty, R.:** *Kontingenz, Ironie und Solidarität*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1989.
- Rorty, R.:** *Stolz auf unser Land*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1998.
- Roscher, W.:** *Ansichten der Volkswirtschaft aus dem geschichtlichen Standpunkte*, Leipzig und Heidelberg, 1861, S. 297.
- Rostow, W. W.:** *Stadien wirtschaftlichen Wachstums*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1960.
- Rothermund, D.:** *Indiens wirtschaftliche Entwicklung*, Ferdinand Schöningh, Paderbon – München – Wien – Zürich, 1985.

- Rothermund, D.:** *Staat und Gesellschaft in Indien*, BI – Taschenbuchverlag, Mannheim – Leipzig – Wien – Zürich, 1993.
- Rothschild, K. W.:** *Einführung in die Ungleichgewichtstheorie*, Springer-Verlag, Berlin, 1981.
- Rousseau, J.-J.:** *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundlagen des politischen Rechts*, Insel Verlag, Frankfurt am Main, 1996.
- Rufin, J.-C.:** *Das Reich und die neuen Barbaren*, Verlag Volk & Welt, Berlin, 1993.
- Russell, B.:** *Die Probleme der Philosophie*, Weltkreis-Verlag, Erlangen, 1926.
- Russell, B.:** *Philosophische und politische Aufsätze*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1995.
- Russell, B.:** *Macht und Persönlichkeit*, W. Kohlhammerr, Stuttgart, 1949.
- Russell, B.:** *Philosophie - Die Entwicklung meines Denkens*, Fischer-Verlag, Frankfurt am Main, 1988.
- Rüstow, A.:** *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus*, Metropolis-Verlag, Marburg 2001.
- Rüstow, A.:** *Die Religion der Marktwirtschaft*, Lit Verlag, Münster, 2001.
- Sauer, H.-D.:** *Das Gibson-Paradoxon*, Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum, 1977.
- Samuelson, P. A.:** *Collected Scientific Papers*, Cambridge / Mass., 1972.
- Sargent, T.:** *Makroökonomik*, R. Oldenbourg Verlag, München – Wien, 1994.
- Sauer, H. – D.:** *Das Gibson-Paradoxon*, Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum, 1977.
- Schelsky, H.:** *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen, 1961.
- Scheuch, E.:** *Muß Sozialismus mißlingen?*, MUT-Verlag, Asendorf, 1991.
- Schmidt, M. G.C.:** *Demokratietheorien*, Leske + Budrich, Opladen, 2000.
- Schmitt, Klaus (Hg.):** *Silvio Gesell – "Marx" der Anarchisten?*, Karin Kramer Verlag, Berlin, 1989.

- Schmoller, G.:** *Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre*, Duncker & Humblot, Leipzig, 1900.
- Schnädelbach, H.:** *Zur Rehabilitierung des animal rationale*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1992.
- Schnädelbach, H.:** *Vernunft*, Reclam, Stuttgart, 2007.
- Schopenhauer, A.:** *Parerga und Paralipomena*, Zweiter Band, Hoffmans Verlag, Zürich, 1999.
- Schopenhauer, A.:** *Die Welt als Wille und Vorstellung*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1987.
- Schubert, K. (Hrsg.):** *Leistungen und Grenzen politisch-ökonomischer Theorie*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1992.
- Schui, H. – Blankenburg, S.:** *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis*, VSA-Verlag, Hamburg, 2002.
- Schumpeter, J.:** *Geschichte der ökonomischen Analyse*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1965.
- Schumpeter, J.:** *Konjunkturzyklen*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1961.
- Schumpeter, J.:** *Aufsätze zur Wirtschaftspolitik*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1985.
- Schumpeter, J.:** *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Verlag von Duncker & Humblot, Berlin, 1987.
- Schumpeter, J.:** *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Verlag A. Francke, Bern, 1946.
- Sen, A.:** *Ökonomie für den Menschen*, Carl Hanser Verlag, München Wien, 2000.
- Sennett, R.:** *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens*, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1983.
- Sennett, R.:** *Der flexible Mensch*, Goldmann Verlag, Berlin, 1998.
- Shiller, R. J.:** *Irrationaler Überschwang*, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2000.
- Simek, P.:** *Ekonomiska misao na raskršćima i stranputicama*, ekonomika, Beograd, 1997.
- Simmel, G.:** *Soziologie*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1992.
- Simmel, G.:** *Philosophie des Geldes*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1989.

- Simon, H. A.:** *Homo rationalis*, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 1993.
- Sismondi, J.–C. Simonde de:** *Neue Grundsätze der politischen Ökonomie*, Akademie–Verlag, Berlin, 1971.
- Skidelsky, R.:** *Die Rückkehr des Meisters*, Verlag Antje Kunstmann, München, 2009.
- Sloterdijk, P.:** *Kritik der zynischen Vernunft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1983.
- Smith, A.:** *Der Wohlstand der Nationen*, Zweitausendeins, Frankfurt am Main, 2009.
- Smith, A.:** *Theorie der ethischen Gefühle*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 2004.
- Smith, A.:** *Vorlesungen über Rechts– und Staatswissenschaften*, Academia Verlag, Sankt Augustin, 1996.
- Solow, R. M.:** *Wachstumstheorie*, Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen, 1971.
- Sombart, W.:** *Die drei Nationalökonomien*, Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig, 1930.
- Sombart, W.:** *Die Zukunft des Kapitalismus*, Buchholz & Weißwange, Berlin, 1932.
- Sombart, W.:** *Deutscher Sozialismus*, Buchholz & Weißwange, Berlin, 1935.
- Sombart, W.:** *Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?* J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1906.
- Soros, G.:** *Die Krise des globalen Kapitalismus*, Alexander Fest Verlag, Berlin, 1999.
- Spatz, H.:** *Die allgemeine Gleichgewichtstheorie*, V. Florentz, München, 1979.
- Spencer, H.:** *Einleitung in das Studium der Soziologie*, F. A. Brockhaus, Leipzig, 1985.
- Spencer, H.:** *System der synthetischen Philosophie*, E. Schweizerbart'sche Verlagshandlung (E. Koch), Stuttgart, 1894.
- Spinner, H.:** *Begründung, Kritik und Rationalität*, Fridr. Vieweg & Sohn, Braunschweig, 1977.
- Spinoza, B.:** *Die Ethik*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1977.
- Spinoza, B.:** *Politischer Traktat*, Felix Meiner Verlag, Hamburg, 1994.

- Spinoza, B.:** *Theologisch-politischer Traktat*, L. Heimann, Berlin, 1870.
- Sraffa, P.:** *Warenproduktion mittels Waren*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1976.
- Stalin, J.:** *Fragen des Leninismus*, Dietz Verlag, Berlin, 1951.
- Starbatty, J. (Hrsg.):** *Klassiker des ökonomischen Denkens*, Verlag C. H. Beck, München, 1989.
- Stegmüller, W.:** *Glauben, wissen und erkennen*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1965.
- Stegmüller, W.:** *Neue Wege der Wissenschaftsphilosophie*, Springer-Verlag, Berlin-Heidelberg-New York, 1980.
- Sternburg, W.:** *Warum wir? Die Deutschen und der Holocaust*, Taschenbuch Verlag, Berlin, 1996.
- Steuart, J.:** *Untersuchung über die Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1913.
- Stiglitz, J.:** *Die Schatten der Globalisierung*, Siedler Verlag, Berlin, 2002.
- Stirner, M.:** *Der Einzige und sein Eigentum*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1972.
- Stolper, G.:** *Deutsche Wirtschaft seit 1870*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1966.
- Strieder, J.:** *Zur Genesis des modernen Kapitalismus*, Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig, 1904.
- Strieder, J.:** *Studien zur Geschichte kapitalistischer Organisationsformen*, Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig, 1914.
- Tarshis, L.:** *Changes in Real and Money Wages*, Economic Journal 49, 1939.
- Tenbrock, C.:** *Amerika – wohin?* Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1996.
- Thurow, L.:** *Economics 1977*, Daedalus, 1977.
- Thurow, L.:** *Die Null-Summen-Gesellschaft*, Verlag Franz Vahlen, München, 1981.
- Thurow, L. C.:** *Gefährliche Strömungen*, Campus Verlag, Frankfurt am Main / New York, 1984.
- Thurow, L.:** *Die Zukunft des Kapitalismus*, Metropolitan Verlag, Düsseldorf, 1998.

- Thurow, L. C.:** *Wirtschaft - Das sollte man wissen*, Campus Verlag, Frankfurt am Main / New York, 2002.
- Thurow, L.:** *Die Zukunft der Weltwirtschaft*, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2004.
- Tobin, J.:** *Vermögensakkumulation und wirtschaftliche Aktivität*, R. Oldenbourg Verlag, München, 1981.
- Tocqueville, A. de:** *Über die Demokratie in Amerika*, Manesse Verlag, Zürich 1987, Buch 1 und 2.
- Tocqueville, A. de.:** *Der alte Staat und die Revolution*, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 1978.
- Todd, E.:** *Die neoliberale Illusion*, Rotpunktverlag, Zürich, 1999.
- Todd, E.:** *Weltmacht USA. Ein Nachruf*, Piper Verlag, München – Zürich, 2003.
- Tooze, A.:** *Ökonomie der Zerstörung*, Siedler-Verlag, München, 2007.
- Topitsch, E.:** *Hume*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1981.
- Touraine, A.:** *Die Postindustrielle Gesellschaft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1972.
- Toynbee, J. A.:** *Der Gang der Weltgeschichte*, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 1958.
- Tuck, R.:** *Hobbes*, Verlag Herder, Freiburg, 1994.
- Tugan-Baranowsky, M.:** *Studie zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England*, Scientia Verlag, Aalen, 1969.
- Turgot, A. R. J.:** *Betrachtung über die Bildung und Verteilung des Reichtums*, Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main, 1946.
- Turner, H. A.:** *Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers*, Siedler Verlag, Berlin, 1985.
- Turner, H. A.:** *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1972.
- Ullrich, V.:** *Die nervöse Großmacht 1871–1918*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1997.
- Ulrich, P.:** *Der entzauberte Markt*, Herder Verlag, Freiburg, 2002.
- Vaihinger, H.:** *Die Philosophie des als ob*, Verlag von Reuther & Reichard, Berlin, 1911.
- Vanberg, V.:** *Wissenschaftsverständnis, Sozialtheorie und politische Programmatik*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1973.
- Vattimo, G.:** *Das Ende der Moderne*, Philipp Reclam, Stuttgart, 1990.

- Veblen, T.:** *Theorie der feinen Leute*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1986.
- Vilar, P.:** *Or et monnaie dans l'histoire 1450–1920*, Flammarion, Paris, 1974.
- Vogt, W.:** *Theorie der kapitalistischen und einer laboristischen Ökonomie*, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 1986.
- Walpen, B.:** *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft*, VSA–Verlag, Hamburg, 2004.
- Walras, L.:** *Mathematische Theorie der Preisbestimmung der wirtschaftlichen Güter*, Verlag von F. Enke, Stuttgart, 1881.
- Walzer, M.:** *Zweifel und Einmischung*, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 1991.
- Watzlawick, P.:** *Anleitung zum Unglücklichsein*, R. Piper & Co. Verlag, München – Zürich, 1983.
- Watkins, J. W. N.:** *Wissenschaft und Skeptizismus*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1992.
- Weber, M.:** *Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, Wissenschaftlicher Verlag, Schutterwald, 1995.
- Weber, M.:** *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1920.
- Weber, M.:** *Wissenschaft als Beruf, Politik als Beruf*, Ernst Klett, Stuttgart, 1995b.
- Wehler, H.–J.:** *Deutsche Gesellschaftsgeschichte – Vierter Band*, Verlag C. H. Beck, München, 2003.
- Werner, R.:** *Neue Wirtschaftspolitik*, Vahlen Verlag, München, 2007.
- Weisbrod, B.:** *Schwerindustrie in der Weimarer Republik*, Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 1978.
- Wenzel, S.:** *Was war die DDR wert? Das Neue Berlin*, Berlin, 2003.
- Whitehead A. N.:** *Abenteuer der Ideen*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1971.
- Whitehead A. N.:** *Wissenschaft und moderne Welt*, Morgarten Verlag, Zürich, 1949.
- Whitehead A. N.:** *Der Begriff der Natur*, VCH Verlagsgesellschaft, Weinheim, 1990.
- Whitehead A. N.:** *Prozeß und Realität*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1979.

- Whitehead, A.:** *Die Funktion der Vernunft*, Philipp Reclam Jun., Stuttgart, 1974.
- Wicksell, K.:** *Vorlesungen über Nationalökonomie*, Scientia Verlag, Aalen, 1969.
- Wiener, N.:** *Mathematik – mein Leben*, Econ Verlag, Düsseldorf – Wien, 1962.
- Wiener, N.:** *Kybernetik*, Econ Verlag, Düsseldorf – Wien, 1963a.
- Wiener, N.:** *Mensch und Menschmaschine*, Athenäum Verlag, Frankfurt am Main, 1964.
- Wiener, N.:** *Gott & Golem Inc.*, Econ Verlag, Düsseldorf – Wien, 1963b.
- Wiesing, L.:** *Philosophie der Wahrnehmung*, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2002.
- Willis, P.:** *Spaß am Widerstand: Gegenkultur in der Arbeiterschule*, Syndikat, Frankfurt am Main, 1979.
- Willke, H.:** *Systemtheorie*, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart – Jena, 1993.
- Willke, H.:** *Systemtheorie entwickelter Gesellschaften*, Juventa Verlag, Weinheim und München, 1993
- Willke, H.:** *Ironie des Staates*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1992.
- Winkler, H. A. (Hrsg.):** *Die deutsche Staatskrise 1930–1933: Handlungsspielräume und Alternativen*, R. Oldenbourg Verlag, München, 1992.
- Wittgenstein, L.:** *Tractatus logico-philosophicus*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1963.
- Young, M.:** *Es lebe die Ungleichheit*, Econ-Verlag, Düsseldorf, 1961.
- Zakaria, F.:** *Das Ende der Freiheit*, Frankfurter Allgemeine Buch, Frankfurt am Main, 2005.
- Ziegler, J.:** *Genossen an der Macht*, Athenäum Verlag, Frankfurt am Main, 1988.
- Ziegler, J.:** *Die Barbaren kommen*, Wilhelm Goldmann Verlag, München, 1999.
- Ziegler, J.:** *Die neuen Herrscher der Welt*, C. Bertelsmann, München, 2003.
- Zilsel, E.:** *Die sozialen Ursprünge der neuzeitlichen Wissenschaft*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1976.

Zimmerman, L. J.: *Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre*, Bund-Verlag, Köln, 1961.

Zitelmann, R.: *Hitler – Selbstverständnis eines Revolutionärs*, Ernst Klett Verlag, Stuttgart, 1987.